

## *Die Schattenallianz*

### *Die preußisch-russischen Militärabsprachen vor dem Deutsch-Französischen Krieg als Spiegel von Bismarcks „Diversions“-Strategie*

von Michael Schmid

Essay zu Ehren von Prof. Dr. Josef Becker  
anlässlich seines 75. Geburtstages

„In Rußland gewährten die persönlichen Gefühle Alexanders II., nicht nur die freundschaftlichen für seinen Oheim, sondern auch die antifranzösischen, uns eine Bürgschaft, die freilich durch die französirende Eitelkeit des Fürsten Gortschakow und durch seine Rivalität mir gegenüber abgeschwächt werden konnte. [...] Seine Eitelkeit, seine Eifersucht gegen mich waren größer als sein Patriotismus.“<sup>1</sup> So erinnerte sich Bismarck in seinen Memoiren an zwei der führenden russischen Staatsmänner, mit denen er das Vergnügen gehabt hatte, während der Reichsgründungszeit Außenpolitik zu betreiben. Bismarck schrieb jene Zeilen zu einer Zeit, als das Zarenreich bereits zur Bedrohung No. 1 geworden zu sein schien, ja als pessimistische Geister befürchteten, Russland werde zusammen mit Frankreich zum Totengräber des Deutschen Reichs werden. In den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft und darüber hinaus hatte sich Bismarck zu rechtfertigen für eine Außenpolitik, welche nicht zuletzt darauf abzielte, Russlands Ambitionen auf den Balkan und den Orient abzulenken wie durch einen Blitzableiter, um eine direkte deutsch-russische Konfrontation zu vermeiden. „Diversionen“, Ablenkungsmanöver in den unterschiedlichsten Schattierungen gehörten zum diplomatischen Handwerkszeug Bismarcks, und dieses Mal sollte Russland quasi das Opfer sein. Das war aber nicht immer so gewesen.

„Diversionen“ – dieser Terminus spielte auch eine Schlüsselrolle in einer anderen Episode preußisch-russischer Beziehungen, in denen tatsächlich die genannten Persönlichkeiten, Alexander II. und sein Reichskanzler Gortschakow, Bismarcks maßgebliche Ansprechpartner in Petersburg waren. In jenen Jahren vor der Reichsgründung waren beide Mächte noch Verbündete, welche sich, anknüpfend an den Geist der Napoleonischen Kriege, gegenseitig militärische Unterstützung im Kriegsfall in Aussicht stellten. Ein anderer stand damals im Visier der Bismarckschen „Diversionspolitik“: Napoleon III.

Der nachfolgende Essay ist weit davon entfernt, eine Gesamtdarstellung der preußisch-russischen Beziehungen vor dem Deutsch-Französischen Krieg zu liefern, hierzu liegen bereits zahlreiche Forschungsbeiträge vor.<sup>2</sup> Vielmehr wird sich die Untersuchung direkt auf jene Episode der Ententeabsprachen konzentrieren und die problematische Kommunikation zwischen Bismarcks Diplomatie und der russischen Seite zu skizzieren versuchen. Deutsche Archiv-

---

<sup>1</sup> Otto v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1898, S. 104 und 105.

<sup>2</sup> Hier sei stellvertretend verwiesen auf: Dietrich Beyrau, Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreiches 1866-1870/71, Wiesbaden 1974; Richard Nürnberger, Bismarcks Russlandpolitik in ihrer Bedeutung für die Reichsgründung, in: Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Preußen, Bd. XXII, Berlin 1972, S. 69ff.; E. W. Mosse, The Rise and Fall of the Crimean System, 1855-1871, London / New York 1963; Barbera Jelavich, The Ottoman Empire, the Great Powers, and the Straits, 1870-1887, Bloomington 1973; E. Fleischhauer, Bismarcks Russlandpolitik im Jahrzehnt vor der Reichsgründung und ihre Darstellung in der sowjetischen Historiographie, Köln 1976; W. H. Brennan, The Russian Foreign Ministry and the Alliance with Germany, in: Russian History 1 (1974), S. 18-30; Dieter Hillerbrand, Bismarck and Gorchakov: A Study in Bismarck's Russian Policy 1852-1871, Stanford 1968.

quellen sollen erstmals ergänzt werden durch russische diplomatische Schriftwechsel, wie sie nun in der Clark Collection der History Department Library, UC Berkeley zugänglich sind<sup>3</sup> – und insbesondere wird dabei die Frage im Vordergrund stehen, in welchem Maße jene „russische Kommunikation“ Bismarcks als Spiegel dienen kann für sein strategisches Denken gegenüber dem französischen Rivalen, in der grauen Theorie wie auch in der Realität der Juli-krise.

### *1. Vereint im herzlichen Misstrauen – die Anbahnung der Entente im Frühjahr 1868*

„Ich kann hiernach die Bedeutung unserer gemeinsamen Politik und der gegenwärtig beabsichtigten Verabredungen kurz dahin zusammenfassen: im Fall eines österreichisch-russischen Krieges decken wir Rußland gegen Frankreich; im Fall eines französisch-preußischen Krieges deckt Rußland uns gegen Österreich, im Falle eines Krieges von Frankreich und Österreich gegen eine der beiden Mächte ist letztere der Unterstützung der andern gewiß.“

Bismarck in einer „sekreten“ Instruktion an Reuß vom 22. März 1868<sup>4</sup>

„Schattenallianz“ – diese Titulierung mag sich durchaus anbieten für jene seltsame Entente militärisch-diplomatischer Natur zwischen Bismarck und König Wilhelm einerseits und Zar Alexander II. andererseits, aufgrund ihrer Geheimhaltung, ihrer kurzen Lebenszeit und aufgrund ihres Abgleitens zur historischen Marginalie, nachdem ihr die militärische Feuerprobe erspart blieb. Damit aber nicht genug, auch ihre Anfänge lagen gewissermaßen im Schatten der Historie, oder besser, im Nebel der diplomatischen Sondierungen zwischen Berlin und Petersburg. Wer hatte eigentlich als erster den anderen um militärischen Beistand gebeten? Glaubt man der Version der russischen Seite, so hätten Bismarck und Moltke in Unterredungen mit dem russischen Gesandten in Berlin, Paul v. Oubril, im Februar 1868 angefragt, ob Russland bereit wäre, militärische Hilfe zu leisten, falls Preußen es im nächsten Krieg nicht nur mit Frankreich, sondern auch wieder mit Österreich zu tun bekäme. Bismarck dagegen sollte eine derartige Konversation später in Abrede stellen:<sup>5</sup> Niemals habe er eine Bitte um russische Hilfe formuliert; Hintergrund seien gewisse, auch von Oubril aufgegriffene Alarmmeldungen gewesen, wonach Frankreich im Kriegsfall in kürzester Zeit „100.000 Mann über die Grenze werfen“ und ihnen bald darauf „bedeutende Massen nachschieben könne“. „Ich hatte die Notiz dem General v. Moltke mitgeteilt, und als dieser mir darauf die diese Übertreibungen auf ihr Maß zurückführende Darstellung zukommen ließ [...], bat ich den General,

<sup>3</sup> Diese wertvolle Quelle wurde erstmals gebührend ausgewertet in der grundlegenden Edition: Bismarcks spanische „Diversion“ 1870 und der Preußisch-Deutsche Reichsgründungskrieg. Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern-Kandidatur für den Thron in Madrid 1866-1932, in 3 Bänden hrsg. von Josef Becker, unter Mitarbeit von Michael Schmid, Paderborn / München / Wien / Zürich 2003 und 2007. Clark hat die von ihm offenbar geplante Gesamtdarstellung zur europäischen Außenpolitik im späten 19. Jahrhundert nie vollenden können. Vgl. aber seinen Aufsatz mit der Publikation einiger besonders wichtiger russischer diplomatischer Korrespondenzen: Chester W. Clark, Bismarck, Russia, and the Origins of the War of 1870, in: *Journal of Modern History* 14 (1942), S. 197-199.

<sup>4</sup> Bismarck an Reuß, 22.3.1868, - sekret -, AAPA Russland 46, Bd. 1: Acta betreffend die politischen Beziehungen Preußens zu Russland 1868-1873 = R 9863. Diese Passage des Konzepts wurde nachträglich vom Kanzler wieder gestrichen.

<sup>5</sup> Bismarck an Reuß, 23.3.1868, - ganz vertraulich -, AAPA Russland 46, Bd. 1.

selbst gelegentlich mit Hrn. v. Oubril darüber zu sprechen, um ihn über das richtige Verhältnis aufzuklären. Möglicherweise hat Hr. v. Oubril eine solche Unterhaltung im Sinn und ihr eine andere Bedeutung beigelegt.“

Vielleicht spiegelte sich in dieser Episode die problematische Natur jener Entente treffend wider. Und wer hatte nun eigentlich Recht? Aus Oubrils Berichterstattung an Gortschakow und den Zaren geht hervor, dass in der Tat Bismarck mehrfach die Themen Entente bzw. militärische Hilfsdienste ansprach. Aber waren diese Punkte auf einer Wunschliste Bismarcks an die Adresse Russlands schon so etwas wie ein fixes Allianzangebot? Bismarck selbst schien dies nicht so zu sehen, er sollte sich berufen auf die ehernen Imperative realpolitischer Interessenspolitik, die das preußisch-russische Verhältnis bestimmten. Und andererseits war es die russische Seite, welche in fast schon aufdringlicher Weise das diplomatische Geschäft immer wieder auf die Tagesordnung setzte und dabei dennoch stets betonte, dass nicht das große Russland beim kleinen Preußen angefragt habe, sondern umgekehrt. Die russische Diplomatie tat sich offenbar noch schwer, die preußische Krone als gleichberechtigten, ja überlegenen Partner zu akzeptieren – daher war in den Botschaften nach Berlin immer etwas gönnerhaft von den „gewichtigen“ russischen Hilfszusagen an Preußen und den Norddeutschen Bund die Rede.

Der konkrete Anlass war Anfang 1868 eine weitere Runde von Pressescharmützeln zwischen russischen und preußischen Zeitungen – ein Störfeuer, welches die bilateralen diplomatischen Beziehungen auch in Zukunft belasten sollte. Gortschakow hatte dies zum Anlass genommen, seinen Gesandten in Berlin zu beauftragen, bei Bismarck und König Wilhelm nachzufragen, wie es um die aktuellen Beziehungen zum Zarenreich tatsächlich bestellt war.<sup>6</sup> Bismarck verwies in mehreren Gesprächen mit Oubril die These, die preußische Regierung stecke in Wahrheit hinter den antirussischen Artikeln, ebenso ins Reich der Märchen wie die Befürchtung, die Journalistenzunft sei in der Lage, das gute Verhältnis zwischen beiden Monarchien quasi zu Tode zu schreiben. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Bismarck dann eben auch, dass in Preußen die Idee einer preußisch-russischen Entente wachse und gedeihe.<sup>7</sup>

So glaubte Oubril denn auch eine positive Bilanz dieser seiner Rückfrage beim preußischen Premier ziehen zu können: Russland könne mit den freundschaftlichen Versicherungen Preußens zufrieden sein – man dürfe nur nicht vergessen, dass bei Bismarck alles unter dem Vorbehalt des preußischen Interessensegoismus und der Realpolitik stehe: Für Bismarck habe nun einmal die Neuerschaffung Deutschlands unter preußischer Ägide oberste Priorität, wenn möglich im Frieden mit Frankreich und Österreich, aber wenn nötig den Konflikt nicht scheuend. Und auch die Beziehungen zu Russland würden sich diesen Imperativen unterzuordnen haben. Der skeptische Gesandte nannte zwei Beispiele: Bismarck wisse einerseits um den andauernden Preußenhass Frankreichs und Österreichs, und bemühe sich dennoch derzeit auffällig um bessere Beziehungen zu jenen beiden antirussischen Mächten. Zweitens hatte Bismarck im Gespräch mit Oubril den tiefsitzenden russischen Verschwörungstheorien von einem Wiederaufleben der französisch-englischen Krimkriegskoalition neue Nahrung gegeben: England könnte versucht sein, seine vorsichtige Nichtinterventionspolitik zugunsten eines leichten Abenteurers im Orient aufzugeben, um Kompensationen herauszuschlagen für „concessions qu'elle est obligée de faire à l'Amérique.“ Frankreich könnte in analoger Weise bemüht sein, das Mexikodesaster vergessen zu machen. So würden sich die beiden Seemächte erneut mit antirussischer Stoßrichtung zusammenschließen – und die Marine des Zaren hätte dem sicherlich nichts entgegenzusetzen. Es stehe ihm ja nun wirklich nicht zu, der weisen russischen Regierung und dem erfahrenen Staatsmann Gortschakow Ratschläge zu erteilen, so Bismarck gegenüber Oubril, man möge seine Bemerkung einfach verstehen wie eine War-

<sup>6</sup> Gortschakow (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 7.1.1868 (Entwurf), in: Clark Collection Rp 68.1.

<sup>7</sup> Vgl. die beiden Schreiben Oubrils (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg) vom 31.1.1868, - confidentielle -, sowie Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), 31.1.1868, - très confidentielle -; und Gortschakow (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 3.2.1868 (Entwurf), alle in: Clark Collection Rp 68.1.

nung an einen Freund, der von allein nicht merkt, dass er auf einen Abgrund zuläuft.<sup>8</sup> Mit einer gewissen Verwunderung hatte Oubril dabei auch registriert, dass die preußische Cassandra zugleich aber kein Wort über mögliche militärische Hilfsangebote an Russland verlor. Er habe eigentlich auch nichts anderes von Bismarck erwartet, so antwortete Gortschakow seinem Mann in Berlin:<sup>9</sup> Man könne von Preußen nicht verlangen, dass es wegen Russland seine vitalen Interessen hintanstelle – und, wie der russische Reichskanzler hinzusetzte, das Zarenreich würde ja auch seinerseits nicht anders handeln. Dass die preußische Regierung keine übertriebenen Versprechungen gemacht habe, spreche für die Ehrlichkeit der Freundschaftsbekundungen.

Es war nun Alexander II. persönlich, der sich bemühte, den einmal geknüpften Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Am 5. Februar hatte Reuß eine Audienz beim Zaren, und Alexander lenkte das Gespräch auf die österreichische Balkanpolitik. Wien könnte versucht sein, Unruhen in Bosnien und der Herzegowina zu einer militärischen Intervention zu instrumentalisieren: „Hoffen wir [...], daß dies nicht eintreten wird, hoffen wir auch, daß Frankreich Deutschland nicht angreifen wird. Sollten aber wider Erwarten beide Fälle eintreten, so kann der König ebenso auf mich rechnen, um Österreich lahm zu legen, wie ich seine Hilfe in Anspruch nehmen würde. Die Aufstellung einer Armee an der Österr. Grenze würde in einem wie im andern Falle genügen, um diesen Zweck zu erreichen. Es sind dies Eventualitäten, die, wie gesagt, nicht eintreten werden, die man aber ins Auge fassen kann.“ Reuß war nicht zu beneiden, denn er hatte in jener heiklen Frage keinerlei Instruktionen von Bismarck erhalten und wusste momentan nicht, welche Zusagen er im Namen Preußens machen konnte. Der Diplomat behalf sich spontan damit, dem Zaren recht herzlich zu danken, „ohne näher auf den zweiten Theil seiner Andeutungen einzugehen.“<sup>10</sup> Dies war keine erschöpfende Antwort, und nicht zufällig erinnerte Alexander II. in einem Schreiben an Wilhelm I. von Mitte Februar 1868 an die goldenen Zeiten der Befreiungskriege gegen Napoleon und an die Heilige Allianz, als die Entente zwischen Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. Europa Stabilität und Frieden gegeben habe: Man brauche heute nur an jene Wurzeln anzuknüpfen und die alte Entente mit neuem Leben zu erfüllen – und eine schriftliche Fixierung des Abkommen sei dazu nicht zwingend notwendig.<sup>11</sup>

Auch Bismarck war offenkundig unzufrieden. In einem Erlass an Reuß vom 16. Februar zeigte sich der Kanzler nicht sonderlich erfreut über die Einfallslosigkeit seines Gesandten, welche wohl auf russischer Seite das Misstrauen geweckt habe.<sup>12</sup> Sollte Reuß noch einmal die Gelegenheit haben, den Gesprächsfaden aufzunehmen, so habe er auszurichten, „daß Seine Majestät der König ganz ebenso dächten wie der Kaiser, und diesem für seine Äußerungen, die Er nicht anders erwartet habe, um so dankbarer sei, als sie ganz Seinen eigenen Gefühlen und Absichten entsprächen.“ In einer nachträglich hinzugesetzten, längeren Marginalie dozierte Bismarck über das grundsätzliche Verhältnis zwischen Preußen und Russland, und generell über die Dummheit derjenigen Staatsmänner, die nicht rational, „realpolitisch“ zu handeln verstünden: „Jede engere Beziehung zu einer der großen Mächte hat für uns ihre Vortheile u. ihre Nachtheile. Die Unzuverlässigkeit der Genossen ist der übelste unter den letzteren u. stellt die ersteren ganz in Frage. Die Unzuverlässigkeit ist bei Frankreich u. Österreich evident. Die Tradition u. die Personen fallen bei den Allianzen mehr ins Gewicht als die Interessen, die Leidenschaften mehr als die Berechnung. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte lehrt uns augenscheinlich, wie wenig das, was bei ruhiger Erwägung den Interessen der gro-

<sup>8</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), - confidentielle -, 31.1.1868, in: Clark Collection Rp 68.1.

<sup>9</sup> Gortschakow (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 3.2.1868 (Entwurf), in: Clark Collection Rp 68.1.

<sup>10</sup> Notiz zu einer Depesche des Gesandten Reuß an Bismarck, 5.2.1868; pr. 11.2., in: AAPA Russland 46, Bd. 1.

<sup>11</sup> Zar Alexander II. (St. Petersburg) an König Wilhelm, 13.2.1868, in: Clark Collection Rp 68.1.

<sup>12</sup> Bismarck an Reuß, 16.2.1868, - ganz vertraulich -, No. 51 (Konzept Theremin), in: AAPA Russland 46, Bd. 1; Druck in: Otto Fürst v. Bismarck, Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe), 15 Bde., Berlin 1924-1935 [= GW], Bd. 6a, S. 262f., Nr. 1064; Teildruck in: Otto v. Bismarck, Werke in Auswahl, 8 Bde., hrsg. v. Gustav Adolf Rein u. a., Darmstadt 1962-1980, Bd. 4, S. 241f., Nr. 113.

ßen Länder zu entsprechen scheint, bei den folgenreichen Entscheidungen ihrer Machthaber das entscheidende Gewicht übt. Das Verhalten Rußlands<sup>13</sup>, Englands zum orientalischen Kriege, das Frankreichs bezüglich Polens, Italiens, Mexikos, das Österreichs im dänischen Händel u. im Frühjahr 1866 entsprachen schwerlich den Interessen dieser Länder; dieselben traten zurück gegen Personen u. Stimmungen. An der Spitze von Rußland sehen wir einen Herrscher von aufrichtigem geraden Charakter und sicherem Worte, der das volle Vertrauen des Königs [...] genießt, und der die Garantie bietet, daß gegenseitiges Vertrauen nicht erstrebt wird, um es als eine Falle zu benutzen, um gegen uns ausgebeutet zu werden. Das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit<sup>14</sup> würde uns für die Annäherung an die anderen Mächte fehlen<sup>15</sup>. In Österreich können wir ein solches nach hundertjähriger Erfahrung nicht setzen,<sup>16</sup> und wenn wir auch in die Absichten des Kaisers Napoléon keine Zweifel setzen wollten, die Verhältnisse in Frankreich sind von der Art, daß er nicht vollkommen Herr der Situation ist, vielmehr als abhängig von den Strömungen der Parteienlandschaften betrachtet werden muß. Bei der vollständigen Enthaltung, die England in neuerer Zeit in der europäischen Politik beobachtet, bleibt uns daher, soweit wir einer Anlehnung bedürfen, die an Rußland die einzige annehmbare. Die Interessen beider Länder stehen dabei in keinem Widerspruch.<sup>17</sup>

Damit glaubte Bismarck, Reuß mit ausreichend Informationen versorgt zu haben. Doch eigentlich sollte sich jetzt für ihn selbst die Chance bieten, im Gespräch mit dem russischen Gesandten etwaige Irritationen auszuräumen: Inzwischen hatte Oubril neue Instruktionen Gortschakows aus Petersburg erhalten, die ihn anwiesen, direkt bei Bismarck nachzufragen.

Bismarck gewährte dem russischen Gesandten am Morgen des 20. Februar eine außerplanmäßige Audienz (eigentlich hatte der preußische Premier sich eine Urlaubspause gegönnt).<sup>18</sup>

Oubril brachte, wie ihm geheiß, eine Reihe von Fragen und Themenfeldern aufs Tapet, wobei er sich dabei eines bewährten diplomatischen Kunstgriffs bediente. Gortschakow hatte ihm den Brief eines anonymen Autors zugesandt, den Oubril als interessantes Dokument Bismarck vorlesen und dabei en passant dessen Reaktionen eruieren sollte: Zum ersten, was sei dran an der These, die deutsche Einheit werde in Form der Proklamation eines übermächtigen Kaiserreiches vollzogen werden? Diese Idee sei doch inzwischen wieder zurückgestellt, oder nicht? Bismarck beruhigte den Russen: In der Tat würden bei den nächsten Wahlen in den süddeutschen Staaten sowieso die preußenkritischen und ultramontanen Parteien den Sieg davontragen, und überhaupt müsse zunächst erst der Norddeutsche Bund langsam konsolidiert werden – und dazu würden wohl noch weitere zehn Jahre ins Land gehen! Er denke nicht daran, so Bismarck, dieses Werk durch eine voreilige, ja riskante Expansion unnötig zu gefährden. Natürlich dürfe er dies alles nicht in der Öffentlichkeit verkünden, aber die russische Staatsführung könne vollkommen versichert sein, dass die deutsche Einigung noch für lange Zeit nicht auf der Tagesordnung stehen werde.

Eine weitere Frage der (unter notorischer Revolutionsfurcht leidenden) russischen Regierung an Bismarck ging dahin, welche Entwicklung seiner Ansicht nach den revolutionären, anarchistischen Kräften in Europa mehr in die Hände spielen werde: Eine längere Friedensphase oder ein (begrenzter) Krieg? Offenbar hatte sich Gortschakow von Bismarck eine Aussage erhofft, welche konzedierte, ein weiterer Waffengang bringe sicher auch gewisse Revoluti-

<sup>13</sup> Nachträglich eingefügt.

<sup>14</sup> Ursprünglich: „Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit“.

<sup>15</sup> Ursprünglich: „gänzlich fehlen“.

<sup>16</sup> Ursprünglich fand sich an dieser Stelle: „ebenso wenig aber können wir den Versuch einer Verständigung mit Frankreich für gerathen erachten, da...“

<sup>17</sup> Bismarcks ursprüngliche Fassung dieser Passage lautete: „Unter diesen Umständen bleibt für uns bei der vollständigen Enthaltung, die England in neuerer Zeit in der europäischen Politik beobachtet, die Annäherung an Rußland die einzige Möglichkeit, weil sie uns den Vortheil bietet, daß wir dabei auf Ehrlichkeit rechnen können.“

<sup>18</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), - très confidentielle -, 22.2.1868, in: Clark Collection Rp 68.1.

onsrisiken mit sich. Doch Bismarck wich aus in die Formulierung, nichts erleichtere in seinen Augen die revolutionäre Agitation mehr als ein schlechter, ungerechter Friede.

Schließlich lenkte Oubril das Gespräch auf den Stand der französischen Rüstungen, über welche Bismarck bis ins Detail Bescheid wusste, u.a. spekulierte er über die verzögerte Ausrüstung der französischen Armee mit Chassepot-Gewehren. Wie wahrscheinlich sei denn nun der Krieg, wollte Oubril von Bismarck wissen. Sei er unvermeidlich? Bismarck antwortete, dies hänge vom Kräftespiel der beiden Parteien am Pariser Hof ab: Auf der einen Seite Napoleon III., der wenn irgend möglich den Frieden bewahren wolle und die Folgen eines desaströsen Krieges fürchte. Der Kaiser wisse doch, dass dann die im Nationalgefühl geeinte deutsche Bevölkerung „wie ein Mann“ zu den Waffen greifen werde, und dass jede der verfeindeten Mächte eine Niederlage auf dem Schlachtfeld nicht als endgültig, sondern nur als Ausgangspunkt für einen neuen Waffengang ansehen werde. Auf der anderen Seite, so Bismarck weiter, stehe aber die Kriegspartei um Kriegsminister Niel, der *jetzt* das Duell ausfechten wolle, auch, wie Bismarck ausdrücklich hinzusetzte, weil der Marschall Preußens Alliierten Russland noch nicht für kriegsbereit halte. Doch da habe man sich in Paris getäuscht, fügte Bismarck hinzu, denn die militärische Einsatzbereitschaft des Zarenreiches habe sich deutlich verbessert, etwa durch den (obschon noch unvollendeten) Ausbau der strategischen Bahnlinien. Und Bismarck verwies auch auf die Unwägbarkeiten in der französischen Innenpolitik, welche durchaus zu einer politischen Liberalisierung führen könnten, aber auch zu einem Ableiten der Spannungen in eine Aggression nach außen verführten. Oubril jedenfalls hielt wenig von der Einsichts- und Friedensfähigkeit Napoleons, seiner Ansicht nach steuerte dessen Kaiserreich unaufhaltsam auf die große Krise zu. Kurz zuvor hatte Gortschakow seinem Gesandten nochmals erklärt, dass Russland sich im Moment beim besten Willen keine kriegerischen Verwicklungen leisten könne: „Je n’ai pas besoin de Vous répéter que nous désirons avant tout la paix“, man müsse sich im Moment ausschließlich auf die Konsolidierung im Inneren konzentrieren.<sup>19</sup>

Als Beweis für die Großzügigkeit der russischen Politik hatte Gortschakow der preußischen Seite auch Zugang zu den Erkenntnissen der russischen Militärspionage gewährt, und das hieß im konkreten Fall: Informationen zu den aktuellen militärischen Operationsplanungen Frankreichs unter Marschall Niel. Offenkundig waren in diesem Punkt die Spione des Zaren bestens informiert, wie Oubril in seiner Unterredung mit Bismarck demonstrieren konnte:<sup>20</sup> Zwei Hauptvarianten sehe der Plan des Marschalls vor: Eine gemeinsame französisch-österreichische Operation; oder einen französischen Vorstoß durch Süddeutschland und Sachsen auf Berlin, plus einem möglichen Ablenkungsmanöver im Raum Luxemburg.

Oubril hatte erwartet, dass Bismarck, wie bereits bei früheren Unterredungen geschehen, die Existenz einer realen französisch-österreichischen Allianz erneut in Zweifel zog. Doch dieses Mal war Bismarck geneigt, die Möglichkeit dieses Bündnisses seinen weiteren Ausführungen zugrunde zu legen, auch wenn er hinzufügte, dass Österreich sich damit im Grunde selbst schade, denn welche untergeordnete Rolle werde es schon spielen können in einem Mitteleuropa, das nach einem Sieg Napoleons wieder unter französische Knechtschaft gerate.

Allerdings hätten auch Bismarck und die preußische Militärspionage ihre eigenen Informationsquellen zum französischen Operationsplan, und danach sah die gegnerische Strategie doch ein wenig anders aus: Die französischen Heere würden erst das linksrheinische Gebiet erobern und dann den Versuch wagen, direkt auf Berlin zu marschieren, was, wie Bismarck hinzusetzte, ein unmögliches Unterfangen sei, so dass er in diesem Punkt gewisse Zweifel habe. Allerdings sei dieser Plan, so Bismarck, der preußischen Regierung von einem exzellent informierten „Fachmann“ und in großer Detailfülle zugespielt worden, so dass man an seine Authentizität sehr wohl glauben könne. Oubril erwiderte, da treffe es sich doch gut, dass Bis-

<sup>19</sup> Gortschakow (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 22.1.1868, in: Clark Collection Rp 68.1 (Unterstreichung im Original).

<sup>20</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), - secrète -, 22.2.1868, in: Clark Collection Rp 68.1.

marck jetzt auch auf die russischen Informationen zurückgreifen könne, vielleicht hätten Preußens Spione die nördliche Kampagne des Niel-Planes eruiert, und die russische Aufklärung liefere als Ergänzung dazu die Südkampagne über Bayern und Sachsen? Bismarck widersprach nicht; jedenfalls rief bei ihm keine der möglichen Varianten größere Besorgnisse hervor, wie er dem russischen Gesandten nun erläuterte: Eine preußische Armee von 400.000 Mann, disloziert am Main oder zwischen Main und Neckar, könnte einen solchen französischen Vorstoß leicht parieren bzw. in der Flanke bedrohen. Überhaupt hätten die Franzosen dann noch einen langen Weg nach Berlin vor sich, während die Preußen im Gegenzug sehr viel früher vor den Toren von Paris erscheinen könnten. Und was würde wohl passieren, so deutete Bismarck gegenüber Oubril an, wenn Preußen präventiv handeln und dem französischen Angriff schnell zuvorkommen würde?

An der zweiten Front könnte Österreich nach Bismarcks Schätzung sowieso nicht mehr als 200.000 Mann ins Feld schicken – vor allem, wenn die Regierung des Zaren eine Haltung einnehme, die es Kaiser Franz Joseph verbiete, seine Grenzen zu Russland von Truppen zu entblößen. Ohne Umschweife habe Bismarck an dieser Stelle erklärt, er hoffe auf einen russischen Teilaufmarsch von 100.000 Mann an der Grenze zu Österreich, um die österreichische Armee im Grunde komplett zu binden und Wien von Interventionen gegen Preußen abzuschrecken. Österreich könne ja nie sicher sein, ob, wann und wo an der langen gemeinsamen Grenze der Zar sich zum Angriff entschließen würde: „Une concentration de troupes chez Vous, m’a-t-il dit, à cet égard serait dans ce cas d’un grand secours pour nous. Cent mille hommes suffiraient déjà pour paralyser toutes les forces de l’Autriche, car se croyant menacée et ignorant par où Vous déboucheriez, elle serait obligée de couvrir la Galicie, la Hongrie et la Transylvanie, ce qui exigerait de ce côté un grand déploiement de forces.“

Im Vergleich hierzu rief Bismarck dem russischen Gesandten die militärischen Potentiale Preußens in Erinnerung: Bereits im Feldzug von 1866 habe die preußische Gesamtkriegsstärke 680.000 Mann betragen, 400.000 davon in der Feldarmee für den unmittelbaren Kampfeinsatz. Die Stärke jedes Armeekorps betrug 65.000 Mann, aber, so Bismarck etwas prahlerisch, man könnte genauso gut Korps mit 80.000 Mann aufstellen. Heute, so rechnete Bismarck Oubril weiter vor, verfüge Preußen über 12 Korps plus dem Gardekorps, also insgesamt über 845.000 Mann – und darin seien die Kontingente der Mittelstaaten noch gar nicht inbegriffen: Diese Streitmacht (plus der russischen Hilfe) werde wohl ausreichen, um Frankreich und Österreich in Schach zu halten.

Probleme könnte freilich die französische Seemacht bereiten, und Bismarck hielt eine großangelegte amphibische Operation der Franzosen, evtl. sogar in einer Allianz mit Dänemark, nicht für ausgeschlossen. Für diesen Fall würden aber immerhin noch 100.000 Mann der Landwehr zum Küstenschutz aufgeboten werden können, und möglicherweise würde Napoleon durch eine solche Landungsoperation sogar eine erhebliche Ausweitung des Krieges zu Gunsten Preußens heraufbeschwören: Es sei sehr gut möglich, dass die Vereinigten Staaten dieser maritimen Aktion nicht tatenlos zuschauen *wollten*, ja dass England nicht tatenlos zuschauen *könnte*, so notierte Oubril Bismarcks wortwörtliche Bemerkung.

Und wie würden sich in einem großen mitteleuropäischen Krieg eigentlich Belgien und die Schweiz verhalten? Belgien, da war sich Bismarck sicher, wäre zu einer „alliance intime avec la Prusse“ gezwungen, und die Franzosen müssten ein Observationskorps an der belgischen Grenze zurückhalten. Die Schweiz würde natürlich neutral bleiben. Bei dieser Gelegenheit brachte Bismarck auch die Idee ins Spiel, im Falle eines französisch-österreichischen Zweifrontenkrieges Rumänien und Serbien in das Diversionsmanöver gegen die Habsburgermonarchie einzubeziehen, und Gortschakow bemerkte dazu in einer Randnotiz, er für seinen Teil habe dagegen sicherlich nichts einzuwenden.<sup>21</sup> Vor allem deswegen, so Bismarck, habe man zusammen mit Fürst Karl von Rumänien die Bewaffnung der rumänischen Truppen mit preu-

<sup>21</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), - secrète -, 22.2.1868, in: Clark Collection Rp 68.1.

Bischen Gewehren vorangetrieben (was von Russland mit Misstrauen beobachtet worden war).

Offenkundig wollte Bismarck im Zuge dieser Unterredung demonstrieren, dass sich der Zar keine Sorge um Preußens Zukunft zu machen brauchte: 400.000 Mann könne die preußische Armee an den Rhein schicken, 200.000 zurückhalten, um ein österreichisches Eingreifen zu parieren, 100.000 Mann für den Küstenschutz bereitstellen, und dann kämen noch die Allianzbeziehungen hinzu. Im Angesicht der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse über Frankreichs Militär sei auch Kriegsminister Roon ganz besonders auf der Hut, und die preußische Mobilmachungsmaschinerie werde weiter verbessert und beschleunigt: Lediglich elf Tage veranschlagte Bismarck für die Mobilmachung, und der komplette Aufmarsch werde in maximal fünf Wochen abgeschlossen sein. Während dieser ganzen Ausführungen und Kalkulationen des preußischen Premiers fiel Oubril ein Umstand besonders ins Auge: Obgleich es doch um das furchteinflößende Thema eines großen Krieges ging, schien Bismarck richtiggehend aufzuleben, ja Oubril meinte bei ihm so etwas wie Vorfreude festgestellt zu haben.

Kurz danach hatte Oubril auch Gelegenheit, mit Moltke zu sprechen und dessen Ansichten zu den von Bismarck angeschnittenen Themen zu sondieren.<sup>22</sup> Der preußische Stratege, der sich natürlich ebenfalls über die kleinsten Details des französischen Militärwesens bestens informiert zeigte, war der Ansicht, Napoleon III. werde sich für den Krieg entscheiden, wenn er einen sicheren Alliierten an sich gebunden habe. Wenn also das französisch-österreichische Bündnis tatsächlich zustande komme, werde der Krieg wahrscheinlich schon 1869 ausbrechen, wenn die österreichische Wiederaufrüstung beendet sei. Moltke gab sich nicht ganz so optimistisch wie Bismarck, er verhehlte dem russischen Gesandten nicht, dass sich Preußen dann in einer diffizilen Lage wiederfinden würde: Im Zweifrontenkrieg könne es seine Truppen nur gegen einen Gegner konzentrieren, und schon um dem nationalen Feindbild genüge zu tun, werde dies zunächst Frankreich sein. Aber die preußische Regierung müsse sich auf „Verluste“ durch die österreichische Intervention gefasst machen.

Deswegen wollte Moltke ganz ähnlich wie Bismarck gegenüber Oubril seine Hoffnung zum Ausdruck bringen, „que notre attitude politique et militaire ne laisserait pas dans ce cas à l'Autriche la pleine disposition de ses forces“, mithin, dass Russland durch ein militärisches Diversionsmanöver die österreichischen Korps in Schach halte. Oubril nahm an, Moltke sei über die vorausgehende Unterredung zwischen ihm und Bismarck nicht unterrichtet gewesen, und folgerte daraus, wenn diese beiden zentralen Persönlichkeiten unabhängig voneinander das gleiche Thema anschnitten, sei dies doch ein Beleg dafür, dass innerhalb der preußischen Regierung über die Entente mit Russland intensiv diskutiert werde. In Wirklichkeit scheint Moltke auf eine Bitte Bismarcks hin die Unterredung mit Oubril gesucht zu haben und war offensichtlich über die Sprachregelung zur preußisch-russischen Militärkooperation im Bilde. Bei einem Empfang einer Militärdeputation des Zaren hatten sich im Übrigen auch König Wilhelm und Kronprinz Friedrich Wilhelm sehr russophil geäußert. „Es scheint, als hätten wir bereits eine vollständige Allianz mit Russland“, so habe laut Oubril der Kronprinz zu bemerken geruht<sup>23</sup>, sicherlich auch in enger Absprache mit Bismarck, der Oubril auch verraten habe, Prinz Reuß habe um eine Ergänzung seiner Instruktionen angefragt, sie sprächen noch nicht von der Möglichkeit einer bilateralen Allianz, und dies müsse hinzugefügt werden. Bismarck erzählte dem russischen Gesandten, er habe daraufhin Reuß geschrieben, er verstehe dessen Anfrage nicht, denn eine solche Allianz sei seiner Meinung nach die einzig mögliche Option, wenn man die Positionen der anderen europäischen Regierungen betrachte, aufgrund der persönlichen Nähe beider Souveräne wie auch der Interessen beider Staaten. England beispielsweise denke doch nur an seine kommerziellen Vorteile.

<sup>22</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), 22.2.1868, - très secrète -, in: Clark Collection Rp 68.1.

<sup>23</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), 22.2.1868, - très confidentielle -, in: Clark Collection Rp 68.1.



Anfang März 1868 rekapitulierte Gortschakow seine Sicht der Dinge:<sup>24</sup> Bismarck habe also die Hoffnung ausgesprochen, Russland werden im Falle einer französisch-österreichischen Allianz die Truppen Kaiser Franz Josephs durch eine Observationsarmee paralisieren. Zar Alexander lasse als Antwort ausrichten, er werde tatsächlich jenen Wunsch treu erfüllen, freilich in der festen Erwartung, dass die Gegenseitigkeit gewahrt bleibe und dass Preußen ebenfalls ein Beobachtungskorps entsende – direkt an die österreichische Grenze –, falls Russland gezwungen sei, seine Interessen gegen Habsburg mit der Waffe durchzusetzen.

Zur persönlichen Unterrichtung Oubrils fügte Gortschakow in seinen Schreiben hinzu, der Zar wisse natürlich nur zu gut, dass Russland keine große Auswahl an Partnern habe und allein mit Preußen koalieren könne. Doch diese Abhängigkeit müsse man natürlich so weit als möglich zu kaschieren suchen, man dürfe keinesfalls voreilig handeln, den Preußen zu viel anbieten und dabei die eigenen Interessen zu billig verkaufen: Russland müsse auf dem Grundsatz der strikten Gegenseitigkeit beharren. Ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen lasse sich langfristig ebenso wenig vermeiden wie ein Konflikt zwischen Russland und Österreich, so der russische Reichskanzler. Übrigens sollte man Bismarck auch daran erinnern, dass Wien in einem russisch-österreichischen Kriege stets versuchen werde, einen Aufstand in Russisch-Polen anzuzetteln, der zweifellos auch auf die polnischen Gebiete in Preußen übergreifen werde.<sup>25</sup> Darüber hinaus sollte Bismarck auch weiterhin Einblick in Beutedokumente der russischen Spionage gewährt werden – nunmehr handelte es sich um Pläne französischer Festungen und deren Bewaffnung. Oubril solle die brisanten Schriftstücke Bismarck oder Moltke überreichen, und bei dieser Gelegenheit bekräftigen, dass es zwischen Preußen und Russland keine Geheimnisse gebe.<sup>26</sup>

Egal, welche Gerüchte in jenen Jahren vor dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges über die Vorbereitung einer Militärallianz zwischen Napoleon III. und Kaiser Franz Joseph auf dem diplomatischen Parkett gehandelt wurden, für den Zaren und für Gortschakow war sie nahezu eine feste Größe: Die beiden Kabinette in Paris und Wien seien aufs engste verbunden, im Frieden wie im Krieg – so begann ein geheimes Memorandum über die französisch-österreichischen Beziehungen, welches Gortschakow Mitte März 1868 Oubril zusandte.<sup>27</sup> Das Kalkül der Gegner: Es sei nicht zu spät, die Ergebnisse des Krieges 1866 zu revidieren und nach dem Sieg über Preußen dem deutschen Staatswesen eine ausgeprägt föderative, schwache Struktur zu geben. Wenn es gelänge, Russland neutral zuhalten, könnte sich Österreich sogar militärisch zurückhalten; Frankreich sei stark genug, um den Kampf mit Preußen allein auszufechten, als Duell (so Oubril in einer ergänzenden Marginalie). Auf eine Hilfe Englands werde Preußen nicht rechnen können.

Die Kabinette in Wien und Paris unterhielten einen intensiven Informationsaustausch über den Stand der jeweiligen Rüstungen; Beust habe stolz vermeldet, im Zuge der Armereform verfüge die Habsburgermonarchie zum Jahresende 1868 wieder über ein Heer von 300.000 Mann, bewaffnet mit 900.000 Gewehren neuester Konstruktion. Dagegen schienen die französischen Rüstungen – nach Ansicht der russischen Botschaft in Paris – deutlich hinter den Erwartungen der Kriegspartei um Napoleon zurückzubleiben: Für einen sofortigen Krieg sei man jedenfalls nicht gerüstet; beispielsweise sei die Anschaffung der Chassepots weit hinter das Soll zurückgefallen; die Lieferverträge mit den in- und ausländischen Waffenschmieden würden nicht eingehalten; im Moment hielten sich nur die königlichen Arsenale in Madrid (!)

<sup>24</sup> Gortschakow (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 1.3.1868, - très secrète -, in: Clark Collection Rp 68.2.

<sup>25</sup> Gortschakow (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 2.3.1868, in: Clark Collection Rp 68.2.

<sup>26</sup> Gortschakow (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 2.3.1868 (basierend auf einer Notiz Miljutins an Gortschakow). Vgl. ferner Gortschakow an Oubril, 15.3.1868, - personnelle et très secrète -, und Gortschakow an Oubril, 16.3.1868, - personnelle et très secrète -, alle in: Clark Collection Rp 68.2.

<sup>27</sup> Anonymes Memorandum aus Wien, 12.2.1868, - très secrète -, in der Kopie als Anlage zu Gortschakows Depesche an Oubril vom 12.3.1868 beigelegt.

an den Kontrakt; daneben sei die Produktion in den französischen Staatsbetrieben aufs äußerste gesteigert worden (1500 Gewehre pro Tag).

Das würde die Kriegspartei aber nicht daran hindern, eben mit der alten Armee loszuschlagen, etwa im Frühjahr 1869. Die französischen Militärausgaben seien jedenfalls dabei, jeden bisherigen Rahmen zu sprengen.

Soweit die grundsätzliche Bedrohungsanalyse aus Petersburger Sicht. Welche weiteren Besorgnisse den Zaren und die russischen Außenpolitiker damals beschäftigten und warum sie von Preußen gerade jetzt feste Zusagen hören wollten, konnte Oubril aus zwei Memoranden aus der Feder Alexandre de Jominis herauslesen, welche ihm ebenfalls als Hintergrundinformation und Material für die Audienz bei Bismarck zugesandt wurden. Der Sohn des berühmten Militärschriftstellers Antoine-Henri de Jomini zählte zu den engsten Mitarbeitern Gortschakows und sollte zu einer der Grauen Eminenzen des russischen Außenministeriums werden. In seinem ersten Memorandum postulierte Jomini, dass sich die russische Politik gegenüber Preußen zwischen zwei Alternativen zu entscheiden habe – ja nachdem wie Bismarcks Antwort auf die Gretchenfrage ausfalle. Bismarck müsse also nun klar Farbe bekennen.<sup>28</sup>

Beide Alternativen gingen von folgender Konstellation aus: Die harte Hand des Osmanischen Reiches, unterstützt von Frankreich und Österreich, führte zum Aufstand in Bosnien und Herzegowina. Österreich intervenierte militärisch auf dem Balkan, Russland legte sein Veto ein, es kam zum russisch-österreichischen Zusammenstoß:

Werde dann Preußen bereit sein, Truppen an der österreichischen Grenze aufmarschieren zu lassen, um ein Diversionsmanöver an der Flanke der Habsburgermonarchie auszuführen? Dies werde wiederum fast sicher eine Mobilmachung Frankreichs zur Folge haben, denn Napoleon werde sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen („une diversion sur le flanc de l’Autriche au risque (presque certain) d’une guerre contre la France“). „Si oui, c’est la guerre générale“, folgerte Jomini. Für dieses Szenario sollte eine formelle und demonstrative Defensivallianz zwischen Preußen und Russland abgeschlossen werden.

Sollte sich Preußen jedoch feige zeigen („la Prusse caponne“) und durchblicken lassen, in einem solchen Kriegsszenario neutral bleiben zu wollen, oder sollte die russische Regierung zur Überzeugung geraten, dass das Zarenreich in jedem Fall für einen großen Krieg noch nicht gerüstet sei, so sollte mit Berlin zunächst eine Art informeller Allianz für die Zukunft arrangiert werden („une alliance en vue de l’avenir“). Dann müsse Russland eben die Demütigungen Habsburgs auf dem Balkan hinnehmen, während es sich still auf den militärischen Gegenschlag vorbereitete. Wenn dann der richtige Moment gekommen sei, werde Russland wie im Jahre 1815 das entscheidende Gewicht in die Waagschale werfen können: „C’est à dire mater la France, rayer l’Autriche de la carte, et régler les destinées du Monde Oriental entre l’Allemagne et nous conformément à la raison, à la justice et à nos mutuels intérêts.“<sup>29</sup>

Eine dritte Alternative gebe es nicht für die russische Außenpolitik. Und es sei wichtig festzustellen: der bisherige diplomatische Schaukelkurs Russlands habe sein Ende gefunden.

Jene zweite Variante ging von einem Szenario aus, welches aus der Retrospektive, ja vor dem Hintergrund der realen französisch-preußischen Konfrontation äußerst seltsam anmutet: der Furcht vor einer neuen Krimkriegskoalition, welche Jominis zweite Denkschrift dominierte.<sup>30</sup> Napoleon III. sei auf die (wenig originelle, aber dennoch effektive) Strategie seines Onkels verfallen, einzelne Mächte durch fadenscheinige Versprechungen aus der gegnerischen Phalanx herauszulösen, um dann die isolierten Gegner nacheinander angreifen zu können. Preu-

<sup>28</sup> Jomini (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 2.3.1868, in: Clark Collection Rp 68.2.

<sup>29</sup> Eine ähnliche Formulierung findet sich auch in der (von Gortschakow nicht gebilligten und dann überarbeiteten) Schlusspassage des ersten Entwurfes von Jominis Memorandum, welches Oubril Bismarck vortragen sollte.

<sup>30</sup> Eigenhändiges Memorandum Jominis (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 2.3.1868; mit überarbeitetem Schluss von Gortschakow gebilligt, in: Clark Collection Rp 68.2.

ßen sei heute auf dem besten Wege, den Kapitalfehler des Friedens von Basel zu wiederholen, als man bekanntlich stillschweigend zugesehen habe, wie Frankreich im Jahre 1805 die Allianz bei Ulm und Austerlitz vernichtend geschlagen und Österreich zum Frieden gezwungen habe. Im folgenden Jahr sei Berlin dann bei Jena und Auerstedt die Quittung für diesen Verrat präsentiert worden. „Le neveu s’inspire des mêmes traditions“.

Der aktuelle Besuch Prinz Napoleons in Berlin sei der Beginn jenes diplomatischen Schachzuges. Nach Jominis Auffassung habe sich Napoleon III. als ersten Gegner Russland ausgesucht, den es wie im Krimkrieg erneut zu isolieren und auszuschalten gelte; die Spannungen auf dem Balkan böten einmal mehr das geeignete Instrument. Frankreich biedere sich dem neuen Alliierten Habsburg an, der immer stärker seine Mission auf dem Balkan entdecke. Gemeinsam habe man in Wien und Paris eine Kampagne zur Verteufelung der russischen Orientpolitik begonnen, male das Gespenst eines expansiven Panslavismus an die Wand.

Am Ende würden Frankreich und Österreich nicht davor zurückschrecken, im angeblichen Interesse der Pforte militärisch auf dem Balkan zu intervenieren: Frankreich mit seiner Mittelmeerflotte und einer Expeditionstreitmacht; Österreich werde Serbien in Schach halten und Truppen nach Bosnien und in die Herzegowina entsenden.

Und dann werde Russland seine Interessen mit Waffengewalt verteidigen müssen – und dabei vermutlich völlig isoliert sein, denn Preußen (welches die Ablenkung der drei Mächte auf den Balkan mit Wohlwollen verfolgen werde) werde aus Egoismus den Zaren in Stich lassen und sich neutral gegenüber den Aggressoren verhalten, geblendet von französischen Versprechungen. „L’Orient sera livré à la domination Turque et aux influences Occidentales. [...] Non seulement on privera ainsi la Russie d’une diversion importante pour le cas où elle serait engagée dans une grande guerre Européenne, mais on préparera les voies et des diversions contre elle pour l’inquiéter, la menacer, et la paralyser.“

Man beachte bei Jomini den Gebrauch des Begriffes „diversion“, Ablenkungs- bzw. Flankenmanöver – dieser Terminus sollte in den Beziehungen zwischen Bismarck und Petersburg noch eine zentrale Rolle spielen.

Jedenfalls, so Jominis weiterer Gedankengang, werde sich Preußen nur sehr kurz über seine Zuschauerrolle freuen können – denn bald schon werde es von den katholischen (!) Mächten an zwei Fronten gleichzeitig angegriffen werden: „Leur Alliance cimentée par l’idée Catholique serait un danger sérieux pour la Prusse encore plus que pour nous. Pour elle c’est to be or not to be [sic!]. Pour nous il ne s’agirait que d’être paralysées en Orient, et inquiétés en Pologne.“

Die Gefahr dürfe keinesfalls unterschätzt werden, aber nachdem sich Österreich noch immer nicht von seiner letzten Niederlage erholt habe und nachdem Napoleon III. glücklicherweise nicht die Qualitäten seines großen Vorfahren besitze, könnte vielleicht schon ein entschiedener, demonstrativer Schulterschluss Russlands und Preußens dieses Szenario verhindern – dies war jedenfalls die Ansicht Gortschakows.

Bismarck klage doch stets über die Bedrohung Preußens durch Frankreich. Oubril solle ihm nun begreiflich machen, dass im Moment Russland sich in noch höherem Maße gefährdet sehe und endlich Klarheit über die preußische Waffenhilfe erhalten müsse.

Bei der nun folgenden Schlusspassage von Jominis Denkschrift wollte Gortschakow freilich den ursprünglichen Text geändert sehen, die Formulierungen seines Mitarbeiters hielt er offenbar für zu heikel oder zu provokant, um sie (bereits jetzt) nach Berlin zu senden. Darin hatte Jomini nicht nur konkrete Krisenszenarien aufgelistet, er spielte auch die Gegenargumente und Einwände Bismarcks durch und vermutete, der preußische Staatsmann werde auf das Argument verfallen, bei einem Krieg zwischen Russland einerseits und Frankreich und Österreich andererseits werde Preußen immer mit seiner Hauptmacht am Rhein aufmarschieren müssen. Vielleicht auch vor jenem Hintergrund hielt es Jomini für sinnvoller, eine weit umfassendere Allianz zu schließen, bei der die Partner nicht nur Beobachtungskorps entsen-

den sollten, sondern das Gewicht ihrer gesamten Streitkräfte in die Waagschale warfen und den Krieg gemeinsam führten.

Jomini hatte für die Vorsicht seines Chefs übrigens wenig Verständnis, und so legte er dennoch in dem Schreiben an Oubril vertraulich auch seinen ursprünglichen Entwurf bei.

Oubril fand sich also ausreichend mit Material und Anweisungen versorgt – sein Problem war nur: Als er die Wilhelmstraße aufsuchte, war Bismarck für ihn derzeit nicht zu sprechen. Der Kanzler sei auf Urlaub, hatte Thile dem insistierenden Gesandten immer wieder versichert. Pikiert schrieb Oubril nach Hause, offensichtlich habe der hohe Herr dabei immer noch Zeit gefunden, nicht nur mit dem britischen Botschafter Loftus, sondern auch sehr lange mit Prinz Napoleon und mit Benedetti zu dinieren.<sup>31</sup>

Dem Zaren scheint dies außerordentlich missfallen zu haben, und in seinen späteren Unterredungen mit Reuß sollte er sich mehrfach regelrecht beleidigt über das Verhalten Bismarcks äußern. Zu tief saß bei Alexander der Alptraum der Koalitionen und der Verdacht, hinter dem Besuch Prinz Napoleons stecke eine antirussische Intrige. Oubril berichtete von Gerüchten, wonach Napoleon III. selbst bald nach Berlin kommen könnte, und er warnte jedenfalls seine Zentrale vor überstürzten Aktionen im Orient – noch habe Russland keinerlei Zusage von Bismarck erhalten, dessen Realpolitik allein egoistische Interessen verfolge.<sup>32</sup>

Auch Alexanders Botschafter in Paris, Budberg, warnte vor einer konkreten preußisch-französischen Annäherung.<sup>33</sup>

Alexander II. entschied, dass er höchstpersönlich wieder aktiv werden musste. Leidtragender war wieder Reuß, der feststellen musste, dass der Zar mittlerweile so tat, als ob er gerade mit Bismarck eine konkrete Militärallianz mit festem casus foederis ausgehandelt hatte. Reuß, der am 4. und 5. März Alexander II. auf der Fahrt nach Koltonschin begleitete, kabelte eilig ans Auswärtige Amt: „Der Kaiser sprach mir heute von Herrn von Oubrils Gespräch mit Ew. Exzellenz und General v. Moltke über eventuelle gegenseitige militärische Unterstützung. Sehr erfreut diese Ansicht zu hören. Er sei bereit, 100.000 Mann im angenommenen Falle an der österreichischen Grenze aufzustellen, erwarte aber das Gleiche von Preußen.“ Bismarck erkannte sofort die Brisanz der Entwicklungen, er versah jenes Telegramm von Reuß eigenhändig mit der Klassifikation „secret“ und leitete es an König Wilhelm weiter, zusammen mit seinem vorausgehenden Memorandum vom 16. Februar (No. 51), das der Monarch offenkundig erst jetzt zu lesen bekam.<sup>34</sup>

Am 9. März bekam Bismarck mit den Depeschen aus Petersburg Reuß' ausführliche Darstellung der Unterredung.<sup>35</sup> Alexander II. hatte den Gesandten nach dem Frühstück beiseite genommen und Folgendes erklärt: Er habe von Oubril wichtige Berichte über dessen Gespräche mit Bismarck und Moltke erhalten – über die selbe Frage, die der Zar vor drei Wochen mit Reuß besprochen habe, „und habe Er sich gefreut zu sehen, daß sich Seine Ansichten genau mit denen begegneten, welche im Cabinet E.K.M. maßgebend seien.“ Der Zar wiederholt seine Zusage: Er sei bereit, „Österreich in Schach zu halten, wenn Preußen in einem Krieg mit Frankreich oder Österreich verwickelt werden sollte, vorausgesetzt (!), daß E.M. ebenso Ihm hilfreiche Hand leisten würden, wenn Rußland mit Österreich kriegerische Verwicklungen haben sollte.“ Für den ersteren Fall wollte sich der Zar fest verpflichten, 100.000 Mann mobilzumachen und an die russisch-österreichische Grenze zu entsenden – und er erwarte „das Gleiche von Preußen.“

<sup>31</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), 7.3.1868, - secrète -; und Oubril an Gortschakow, 14.3.1868, - très confidentielle -, in: Clark Collection Rp 68.2.

<sup>32</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), 14.3.1868, - secrète -, in: Clark Collection Rp 68.2.

<sup>33</sup> Gortschakow (St. Petersburg) an Oubril (Berlin), 1.3.1868 (Telegramm), in: Clark Collection Rp 68.2.

<sup>34</sup> Reuß an Bismarck, 5.3.1868; Telegramm mit folgenden Vermerken: von Bismarcks Hand: „secret“; v.S.M. 5.3., in: AAPA Russland 46, Bd. 1.

<sup>35</sup> Reuß an Wilhelm I, 4.3.1868, pr. 9.3.; - ganz vertraulich; durch Feldjäger -; Vermerke: v.S.M. 10.3., in: AAPA Russland 46, Bd. 1.

Gemäß Bismarcks Instruktion fiel Reuß' Antwort ebenso herzlich wie dehnbar aus: Er sei beauftragt worden zu sagen, dass Wilhelm I. „ganz ebenso dächten wie Er und Ihm für jene Äußerungen, die E.M. übrigens nicht anders erwartet hätten, um so dankbarer wären, als sie ganz den eigenen Gefühlen und Absichten entsprächen.“

Reuß stellte fest, der Zar sei „sehr erfreut“ über diese Erklärung gewesen. „Er setzte hinzu, wie Er hoffe, daß die ins Auge gefaßte Eventualität nicht eintreten werde, daß es Ihm aber ein beruhigendes Bewußtsein sei, Sich vollkommen mit E.M. in Seinen Absichten zu begegnen.“ Dann ließ Alexander eine Bemerkung über Frankreich folgen: „Er glaube, daß man in Paris jetzt ebensowenig den Krieg wünsche wie in Berlin; indessen könne man den dortigen Verhältnissen nicht trauen.“ Doch noch gefährlicher seien die Konfrontationen im Osten, das Duell mit Österreich werde sich letztendlich nicht vermeiden lassen: Russland würde freilich alles tun „um die Krise im Orient nicht zum Ausbruch zu bringen, und wenn Er auch die Überzeugung habe, daß dies früher oder später geschehen müsse, so wäre es doch sehr zu wünschen, wenn man jenen Ausbruch noch für einige Jahre verhindern könnte. Die Politik Österreichs sei aber so unberechenbar, daß man nicht voraussehen könne, ob nicht von dieser Seite aus der Funke in das Pulverfaß geworfen werden würde.“

Die Unterhaltung wurde dann am Abend, nach dem Diner, weitergeführt. Nun suchte Reuß den Zaren auf, zum Gespräch unter vier Augen, denn der Gesandte wollte sich nochmals die vom Zaren zugesagte Truppenstärke für Bismarck wiederholen lassen: „Die Ziffer von 100.000 Mann ist mir deshalb wichtig, weil sie mir beweist, daß dieselbe nicht nur gesprächsweise hingeworfen, sondern mit Bedacht genannt worden ist. Nach den Beobachtungen des Obersten v. Schweinitz und meinem eigenen Urtheil ist Rußland wohl im Stande, eine Armee von dieser Stärke in kürzerer Zeit an die Grenze zu senden. Wäre höher gegriffen worden, so hätte ich dies als eine Selbsttäuschung betrachten müssen. Es beweist diese Ziffer daher nicht nur, daß man sich vollkommen dessen bewußt ist, was man wirklich leisten kann, sondern daß man es auch ehrlich meint mit dem, was man ausspricht.“

Reuß hatte keine Ahnung, ob Oubril mit Moltke und Bismarck konkrete Truppenzahlen besprochen hatte, jedenfalls bat er abschließend Bismarck und Wilhelm I. um nähere Informationen: „Es scheint mir, als wenn der Kaiser noch näher darüber aufgeklärt zu sein wünscht, ob E.M. mit dieser Stärkeangabe einverstanden sein sollten.“ Ein Satz, den Bismarck am Rande markierte und mit einem großen Fragezeichen versah.

Im Übrigen wollte Reuß die Kritik Bismarcks an seinem ungeschickten Verhalten im ersten Gespräch mit dem Zaren nicht unwidersprochen hinnehmen:<sup>36</sup> Bismarck habe Reuß „zum Vorwurf gemacht“, dem Zaren nicht sofort geantwortet zu haben; aber was hätte er denn spontan anderes sagen sollen? Reuß sei damals davor zurückgeschreckt, „eine Versicherung zu geben, zu welcher ich nicht von meiner Allerhöchsten Regierung autorisiert war.“ Und dies gerade, als es darum ging, „das Engagement zu übernehmen, für einen gegebenen Fall eine Armee aufzustellen.“ „Hierzu konnte ich mich um so weniger für befugt halten, als meiner Ansicht nach dieser gegebene Fall nicht klar definiert war.“

Natürlich käme Reuß nicht auf den Gedanken, Bismarcks Grundsatzörterungen über die Beziehungen zum Zarenreich zu kritisieren, „selbst wenn ich nicht persönlich vollkommen damit einverstanden wäre.“ Aber eine ausdrückliche Warnung zur Vorsicht wollte er sich dennoch nicht versagen: „Ich theile durchaus die Ansicht E.E. über die Garantie, welche uns der aufrichtige, gerade Charakter des Kaisers Alexander bietet, daß gegenseitiges Vertrauen nicht erstrebt wird, um gegen uns ausgebeutet zu werden. Ich war aber geneigt, bei Zusicherungen solcher weittragender Natur vorsichtig zu sein, weil die Ereignisse vielleicht nicht immer von dem Willen des Kaisers abhängen dürften.“ In der Orientfrage lege die Administration in Petersburg ein geradezu irrationales Verhalten an den Tag, und es sei keineswegs

<sup>36</sup> Reuß an Bismarck, 6.3.1868, pr. 9.3., - ganz vertraulich; durch Feldjäger -, AAPA Russland 46, Bd. 1. Reuß verfasste jene Depesche formal als Addendum zu seinem vorausgehenden Immediatbericht, offenbar um sicherzugehen, dass jene Rechtfertigung und Warnung umgehend auch dem König vorgelegt wurde.

unwahrscheinlich, dass bei jenem Spiel mit dem Feuer Alexander II. eher früher als später in einen Krieg mit Österreich hineinstolpere: „E.E. ist es wohl nicht unbekannt, in welcher leidenschaftlicher und oft leichtsinniger Weise von Seiten der Organe der Russischen Regierung die orientalischen Angelegenheiten betrieben werden. In Folge dessen können auf diesem Feld einmal plötzlich selbst gegen den Willen des Kaisers Verwicklungen entstehen, welche der Kaiserlichen Regierung über den Kopf wachsen, und sie zwingen dürften, selbst gegen ihren Willen zur Action überzugehen. Ich habe hier besonders die eventuelle Einmischung Österreichs in Verwirrungen im Auge, welche in Bosnien und der Herzegowina nur zu leicht angefaßt werden könnten, und welche ein sofortiges Eingreifen Rußlands zur Folge haben würden.“

Zum zweiten prophezeite Reuß, dass allen Freundschaftsbeteuerungen zum Trotz der Zar seine Truppen Preußen nur dann zu Hilfe schicken werde, wenn vor der Welt eindeutig Frankreich als Aggressor dastehe. Bismarck bzw. Wilhelm I. dürften daher den Russen keinen Blankoscheck ausstellen, sondern müssten in den Konditionen des *casus foederis* eine klare Defensivklausel einfügen: „Deshalb erlaube ich mir zu bemerken, daß mir jener <sup>a</sup>gegebene Fall nicht klar genug definiert erschienen sei.<sup>a,37</sup> Die Positionen kamen mir nicht ganz gleich vor; unsere Hilfeleistung [sic] konnte verlangt werden im Fall eines Krieges, der möglicherweise durch russische Schuld zum Ausbruch kommt, wohingegen es mehr als wahrscheinlich ist, daß die russische Hilfe nur beansprucht werden wird, wenn Preußen ohne seine Schuld angegriffen werden sollte.“

Reuß' Besorgnisse wurden auch durch die rätselhafte, kühle und einsilbige Reaktion Gortschakows auf die Ententeverhandlungen genährt: „Aufgefallen ist mir, daß, als ich gestern dem Fürsten Gortschakow von den Mittheilungen sprach, welche mir tags zuvor von S.M. dem Kaiser gemacht waren, derselbe eigentlich gar nicht darauf einging, sondern mir nur kurz bemerkte, die Berichte des Herrn von Oubril seien allerdings sehr wichtig gewesen und habe man auch bereits auf dieselben geantwortet. Gegen seine Gewohnheit las mir der Fürst jene Antworten aber nicht vor.“

Bismarck mag mit jener Zurückhaltung Gortschakows gerechnet haben, jedenfalls fühlte er sich in seiner Vorsicht bestätigt, den Russen keine voreiligen Geschenke zu machen. Er wies Reuß an, die bisherige Gratwanderung weiterzuführen: keine Präzisierungen des *casus foederis*, keine korrigierende Gegendarstellung auf Alexanders Herzenswünsche, der Gesandte möge es einfach vermeiden, „auf die Erörterung von Details für eventuelle gegenseitige Hilfsleistungen in den etwaigen Gesprächen mit S.M. dem Kaiser einzugehen. Ew. pp. wollen *auch wenn der Kaiser dergleichen anregt*, dazu eine abwartende Stellung einnehmen und sich auf der [...] Linie derjenigen allgemeinen Versicherungen halten, welchen Sie nach dem vorgedachten Immediatberichte in Gemäßheit meines Erlasses vom 16. v. Monats – No. 51 – gegen den Kaiser Ausdruck gegeben haben.“<sup>38</sup>

Was nun Reuß' leicht gekränkte Rechtfertigung anbelangte, so habe der Gesandte Bismarcks Kritik offenbar „nicht richtig verstanden“; sicherlich habe der Kanzler nicht erwartet, daß Reuß lediglich aufgrund der guten bilateralen Beziehungen in verbindliche Detailverhandlungen eingehen würde. „Mein Wunsch war nur, daß gegenüber von allgemeinen Versicherungen der Freundschaft und der Bereitwilligkeit für eintretende künftige Eventualitäten, Ew. pp. Schweigen nicht etwa den Eindruck der Kälte in der Gesinnung unseres allergn[ädigsten] Herrn mache, sondern daß Ew. pp. in solchen Fällen in derselben Tonart erwidern, das heißt mit Bekundung analoger Gefühle, ohne irgendwelche spezielle Verpflichtung einzugehen. Durch letztere würden Sie mehr gewähren, als Sie von S.M. dem Kaiser empfangen, u. das ist

<sup>37</sup> a...<sup>a</sup> Unterstreichung und Anstreichung am Rande; darunter die Paraphen „V(arzin)“ und „W(ilhelm) 10.3.“

<sup>38</sup> Bismarck an Reuß, 14.3.1868, - Privatschreiben; durch Feldjäger -, AAPA Russland 46, Bd. 1. Kursivierung: Nachträgliche Einfügung durch Bismarck.

nicht die Absicht; sondern nur, daß der Kaiser nicht zu besorgen habe, die diesseitige Stimmung sei weniger wohlwollend als die Seinige.“<sup>39</sup>

Inzwischen war freilich auch Schweinitz zu einem Opfer der diplomatischen Taktik des Zaren geworden, und der verblüffte Militärbevollmächtigte reagierte ähnlich wie Reuß, er floh in Floskeln:<sup>40</sup> „Ich antwortete hierauf mit allgemeinen Betrachtungen über die Gegenseitigkeit, welche in solchen Beziehungen herrschen müsse, worauf der Kaiser mehr ins einzelne einging und endlich sagte: ‘er rechne für den Fall, daß Österreich in Bosnien einrücke, auf eine preußische Truppen-Aufstellung.’“ Als Schweinitz einwandte, „Österreich wisse ja bereits, daß es durch ein solches Einschreiten den Krieg mit Rußland herbeiführe und werde daher wohl kaum so weit gehen“, schüttelte Alexander zweifelnd den Kopf: Nein, Beust stecke mittlerweile mit seiner Politik so tief in der Bredouille, dass „man von dort alles erwarten könne“; immerhin, jenes Balkan-Abenteuer „sei allerdings ohne Frankreichs Unterstützung nicht denkbar und dann würde ohnehin die allgemeine europäische Conflagration unausbleiblich sein.“ Jedenfalls, so Alexander, habe man in Wien „schon von der Krönung des Kaisers Franz Josef in Warschau gesprochen.“ Das Stichwort Polen, die polnische Phobie des Zaren, bot Schweinitz die dankbare Gelegenheit, das Gespräch in einfachere Gewässer zu lenken, denn hier gab es einen unstrittigen *casus foederis*, und der Zar könne gewiß sein, „daß die Solidarität Preußens und Rußlands in Bezug auf Polen unerschütterlich sei, wie ein Naturgesetz, und daß, wenn Österreich wirklich dort vorginge, E.K.M. Armee gewiß neben der russischen stehen werde.“

Abschließend bestand der Zar auf absoluter Geheimhaltung jener Ententeverhandlungen: „Mehrfach legte der Kaiser Nachdruck auf das nothwendige Geheimplieben seiner Äußerungen. ‘Für den König natürlich’, sagte S.M., ‘gibt es kein Geheimnis.’“ Und Bismarck sollte schnell erfahren, dass zumindest auch Alexanders Botschafter in Wien, Graf Stackelberg, bereits eingeweiht worden war.

Stackelberg war mit Bismarcks Gesandtem in Wien, Karl Anton v. Werther, befreundet. Am 8. März hatte der Russe seinem preußischen Kollegen einen weiteren Vertrauensbeweis gegeben und ihn Einblick in die Korrespondenz Oubrils über Unterhandlungen mit Bismarck „in betreff Allianz-Verhältnisse zwischen Preußen u. Rußland im Falle eines austro-französischen Krieges gegen uns im tiefsten Geheimnis“ nehmen lassen.<sup>41</sup> „Das letztere war mehr auf eine Eventualität für das Jahr 1869 als für die Gegenwart in Aussicht genommen“, so Werther. Gortschakow habe in einem Privatbrief an Oubril das Geschäft abgesegnet und „für diesen Fall russische Demonstration an der österreichischen Grenze zugesagt, aber dabei unsererseits auf Reciprocität gemahnt, wenn Rußland beispielsweise wegen Bosnien u. Herzegowina mit

<sup>39</sup> Bismarck an Reuß, 12.3.1868, - vertraulich; durch Feldjäger -, (Konzept Theremin), Vermerk: v.S.M. mit schwer leserlichem Datum, evtl. 18.3., AAPA Russland 46, Bd. 1.

<sup>40</sup> Telegramm v. Flügeladjutant v. Schweinitz an Wilhelm I., 7.3.1868, ab: 16.00; an: 17.12, pr. 7.3., Abschrift, von Wilhelm I. ans Auswärtige Amt übersandt; und: Schweinitz an Wilhelm I., „Beilage zum allerunterthänigsten Bericht No. 11“, 7.3.1868, beide in AAPA Russland 46, Bd. 1; auf Anweisung des Königs leitete Tresckow am 19. März jenen Bericht Bismarck zu, der eine Kopie anfertigen ließ und auch dieses Dokument mit der Geheimhaltungsstufe „sekret“ versah. Vgl. ferner die Tagebuchaufzeichnungen von Schweinitz vom 4. und 7. März sowie vom 14. April 1868 (Denkwürdigkeiten des Botschafters General v. Schweinitz, Berlin 1927, Bd. 1, S. 244f.).

<sup>41</sup> Werther (Wien) an Thile (Berlin), 18.3.1868, pr. 20.3.; Privatbrief, der ebenfalls von Bismarck eigenhändig mit dem Vermerk „secre[et]“ versehen wurde (AAPA Russland 46, Bd. 1). Werther hätte von Thile gerne mehr Hintergrundinformationen erhalten: „Ich schreibe Ihnen dieses nur in aller Kürze, um Ihnen anheimzustellen, mich, wenn Sie es für geeignet halten, darüber mit unseren Auffassungen zu versehen. Doch finden Sie die Sache nicht für reif dazu, so brauchen Sie sich auch nicht darüber zu äußern.“ Eine schriftliche Antwort Thiles ließ sich nicht ermitteln. Später sollte Bismarck seinem Mann in Wien, der bald nach Paris wechseln würde, zumindest vage Andeutungen machen: Falls es zum Krieg mit Frankreich komme, könne Preußen sicher sein, „daß wir gegen jede Einmischung Österreichs auf die Herstellung des materiellen Gleichgewichtes zu unseren Gunsten durch Rußland glauben rechnen zu können.“ (Bismarck an Werther, 18.4.1868, AAPA Russland 46, Bd. 1).

Österreich in Kriegs-Konflikt gerieth.“ Werther war der gleichen Ansicht wie Reuß, auch er hatte jüngst Bismarck mit Blick auf jene beiden osmanischen Provinzen gewarnt, „daß bei Unruhen in den Donau-Ländern dieser Fall mit Bosnien und Herzegowina stets eintreten könnte, wenigstens fortdauernd vom russischen Cabinet im Auge behalten werde.“ Die Lunte am östlichen Pulverfass glimme ununterbrochen, hier herrsche stets latente Kriegsgefahr.

Gortschakow hatte Kopien dieser Korrespondenz an Stackelberg gesandt, und zwar ihm allein und keiner weiteren russischen Auslandsvertretung (ein bemerkenswerter Umstand, immerhin wurde Stackelberg als Nachfolger, ja als Rivale des alten, kränkelnden Gortschakow im Amt des Reichskanzlers gehandelt). Werther war sich sicher, „das Geheimnis der Sache wird auch in St. Petersburg möglichst gewahrt. Von allen russischen Gesandten ist keiner wärmer, aufrichtiger für preuß.-russische Allianz als Gf. Stackelberg, der von der Überzeugung durchdrungen, daß Isolierung für die eine oder die andere der beiden Mächte unheilvoll ausfallen dürfte.“

Die absolute Sekretierung der Verhandlungen mit dem Zaren war auch nach Werthers Meinung dringend geboten – eine Art verdeckter Abschreckungspolitik gegenüber Österreich, eine dezente preußische Drohung gegenüber Wien mit dem russischen Knüppel würde leicht zum Bumerang werden: „Bei den Mißtrauen erweckenden Symptomen Beustscher Politik darf man nach meiner unmaßgeblichen Ansicht dem Staatskanzler nicht sagen, daß dieselben uns die Nothwendigkeit auferlegen, unsre Beziehungen nach anderer Seite hin zu pflegen u. die Möglichkeit eines Rückhalts gegen gewisse Eventualitäten im Auge zu behalten. Er würde in solchen Äußerungen gleich fertige Allianz mit Rußland, sein cauchemar, wittern u. dieses zu unserem Schaden nach Paris melden. Er hat nach Wien französische Sympathien mitgebracht. Die Kaiser-Reisen von Salzburg nach Paris haben dieselben noch vermehrt, u. die Besorgnisse über unser Verhältnis zu Rußland treibt ihn immer mehr in französische Arme. Sein Polonismus ist bei ihm nur Mittel, um Mauern gegen Panlawismus, in dem er Rußland erblickt, aufrecht zu halten. Kurz, die russische Politik macht ihm in seinen Kombinationen nach außen die meisten u. fortdauernde Sorgen.“

An dem Tag, als Bismarck jene Informationen Werthers zuzugingen, am 20. März 1868, gewährte der Kanzler endlich auch Oubril die ersehnte Unterredung. Oubril scheint für seine Ausführungen das Jomini-Papier verwendet zu haben, allerdings in etwas freier und kreativer Weise. Glaubt man der Version Bismarcks, so hatte Oubril ihm auszugsweise einen russischen Diplomatenbericht aus Paris vorgelesen, „in welchem die Absichten Frankreichs erörtert wurden und die Überzeugung ausgesprochen war, Frankreich wolle warten, bis Österreich wieder hinreichend gekräftigt und mit seinen neuen Rüstungen fertig sei, werde aber dann den Anlaß zu einem Kriege mit Preußen suchen“.<sup>42</sup> In der Instruktion für Reuß fügte Bismarck hinzu, dass jene Gefahr selbstverständlich „auch mir sowohl nach der in Paris wie in Wien herrschenden Stimmung keineswegs unwahrscheinlich ist.“ Für dieses Szenario nun bot der Zar die Entsendung einer russischen Streitmacht von 100.000 Mann an die österreichische Grenze an, um Österreich in Schach zu halten und vom Überschreiten des Rubikons abzuschrecken, allerdings nur „unter der bestimmten Voraussetzung“, daß, wenn Rußland von Österreich bedroht wäre, Preußen ebenfalls eine Expeditionsarmee an der Grenze des Habsburgerreiches aufmarschieren lassen würde. Bismarck erkannte natürlich, dass ihm Alexander II. hier ein ungleiches Geschäft auf Kosten Preußens vorschlug; um das Misstrauen in Petersburg nicht noch weiter zu nähren, aber gewissermaßen auch kein diplomatisches Haustürgeschäft abzuschließen, tat er in seiner Antwort an Oubril (dem er, wie später noch zu zeigen sein wird, ohnehin nicht besonderes Vertrauen schenkte) das ganze Militärallianz-Thema als etwas so Selbstverständliches unter engen Freunden ab, dass man im Moment gar nicht über das Kleingedruckte, die Details reden müsse: „Ich habe dem kaiserlichen Gesandten darauf erwidert: Ich bäte ihn, die Aufrichtigkeit unsrer Überzeugung

<sup>42</sup> Bismarck an Reuß, 22.3.1868, - sekret -, AAPA Russland 46, Bd. 1. Die nachfolgenden Kursivierungen stellen nachträgliche Ergänzungen oder wesentliche Korrekturen Bismarcks dar.



danach zu beurteilen, daß ich gar keiner Überlegung bedürfe, um mein eigenes Einverständnis und die Zuversicht der Zustimmung S.M. des Königs zu dieser Eröffnung auszusprechen; meiner vollen und festen Überzeugung nach sei für Preußen gar keine andere Politik zulässig<sup>43</sup>, und ich hätte oft genug Veranlassung gehabt, die Ansicht Seiner Majestät über derartige Eventualitäten einzuholen, um gewiß zu sein, daß Allerhöchstderselbe diese Auffassung vollkommen billige und in der vorgeschlagenen Gegenseitigkeit nur den Ausdruck der natürlichen und notwendigen Entwicklung der Politik beider Mächte erkenne.“ Bismarck schärfte Oubril ausdrücklich ein, den Charakter seiner „sofortigen und unbedenklichen Äußerung“ authentisch wiederzugeben.

In der Regieanweisung für Reuß ließ Bismarck seinen Zorn an Oubril nun offen zutage treten – der arrogante Diplomat trage an den Kommunikationsspannen die Hauptschuld: Bismarck sei „peinlich berührt“ über den „leichten Anflug“ von Misstrauen am russischen Hof, „und zwar nicht bezüglich meines *festen* Vertrauens in die Gesinnung des Kaiserlichen Monarchen und des Kanzlers, sondern weil es *von neuem mein an sich sehr geringes* Vertrauen in die objektive und ungefärbte Berichterstattung des Hrn. von Oubril in Frage stellt.“ Reuß werde ja schon bekannt sein, „daß Hr. von Oubril in den hiesigen Kreisen niemals den Ruf wohlwollender Gesinnung für Preußen besaß. Er gilt vielmehr gleich seinem Schwager Budberg für einen geheimen Gönner eines jeden unserer Gegner. Es ist das an sich ein unerwünschter Umstand für uns, aber ich mache ihm keinen Vorwurf daraus, denn er ist nicht berufen, preußische, sondern russische Politik zu treiben und zu vertreten.“<sup>44</sup>

Hinzu komme bei Oubril eine „maßlose persönliche Empfindlichkeit“, die sich bisweilen auch „in übelwollenden Kundgebungen gegen dritte äußert“. Vielleicht, so Bismarck sarkastisch, trage er ja selbst daran Mitschuld: Er habe Oubril gegenüber anderen Diplomaten „verwöhnt“ und verhätschelt und angesichts der besonderen Beziehungen zu Russland dem Verkehr mit ihm „einen intimeren Charakter gegeben“. „Ich habe ihn öfter empfangen als irgend einen anderen Diplomaten, auch die Botschafter nicht ausgenommen – was nebenbei gesagt, wenig lohnend für mich ist, da Hr. von Oubril stundenlang bei mir bleibt, viel fragt u. zurückhaltend und unklar antwortet.“<sup>45</sup> Um nicht die anderen Diplomaten zu demonstrativ zu benachteiligen, habe Bismarck ihn öfters selbst besucht, „wenn ich eine vertrauliche Besprechung wünschte“. Und Bismarck habe während seines jüngsten Urlaubs, in dem er praktisch die ganze Zeit krank und unpässlich gewesen sei, allein ihm eine Audienz gewährt (dies sei nur ein einziges Mal möglich gewesen, da sich der englische Botschafter darüber sehr erregt habe). Zum Dank habe ihn dieser Russe auch noch ein zweites Mal in den Ferien belästigen wollen. Bismarck polterte weiter: Oubril ersticke „im Keime das Vertrauen, welches zu dem Vertreter Rußlands zu fassen mir stets von neuen zum Bedürfnis wird. Ich bin aber stets wieder genöthigt, die allgemeine Stimmung zu teilen, nach welcher Oubrils Abneigung gegen das preußische Gesamtwesen nun zu tief gewurzelt ist, um heilbar zu sein.“ Dies zu Reuß' persönlicher Orientierung. Umso mehr komme es auf seine diplomatischen Qualitäten an, „daß in dieser wichtigen Phase unserer gegenseitigen Beziehungen meine Äußerungen in vollster Klarheit u. Objektivität an S.M. den Kaiser u. den Fürsten gelangen“. Als erstes rekapitulierte Bismarck das Fundament der preußischen Russlandpolitik: Wilhelm I. vertraue dem Zaren, und aus diesem Vertrauensverhältnis entspringe das gemeinsame Handeln in kriegerischen „Eventualitäten“. Wenn Wilhelm I. dennoch „eine gewisse Scheu vor einer *verfrühten Unterzeichnung* eines bestimmt formulierten Bündnisses<sup>46</sup> hat, so werden Ew.pp mich nicht mißverstehen, wenn ich diese Scheu mit der Ängstlichkeit mancher Leute

<sup>43</sup> In Bismarcks erstem Entwurf: „möglich“.

<sup>44</sup> Bismarcks ursprüngliche Fassung lautete: „Hr. von Oubril ist, wie ich glaube, überhaupt kein enthusiastischer Freund von Preußen und unserer Politik.“

<sup>45</sup> Bismarck hatte ursprünglich diktiert: „... dadurch, daß er seine Besuche unverantwortlich lange auszudehnen und dabei möglichst viel Depeschen-Material herauszuschlagen sucht.“

<sup>46</sup> Bismarcks Fassung im ersten Entwurf: „Schutz- und Trutz-Bündnisses mit Russland“.

vor der Abfassung eines Testaments vergleiche.“ Dabei handle der König nicht aus Aberglauben: „Daß S.M. bei seinem Alter und nach den glänzenden Erfolgen der letzten Jahre, deren Früchte er im Frieden reifen zu sehen wünscht, friedlich gestimmt ist und die Chancen eines neuen Krieges zu vermeiden wünscht, ist natürlich; und er fürchtet, daß der Abschluß eines Bündnisses<sup>47</sup> für den Kriegsfall eben diesen Kriegsfall selbst herbeiführen werde, weil das Bündnis doch nicht geheim bleiben könne, und die Kunde davon auch auf der anderen Seite zu Gegenbündnissen bewegen würde, welche dann von Stufe zu Stufe die Spannung so vermehren müßten, daß man zuletzt in den Krieg hineintreibe, auch ohne daß man denselben wolle.“ Heute würde man dies eine „self-fulfilling prophecy“ nennen. Wilhelm I. befürchtete, derartige Allianzen könnten z.B. durch den privaten Schriftverkehr der Fürsten verraten werden; bei etwaigen Enthüllungen wäre es ihm dann unmöglich, mit Nachdruck zu dementieren; Gerüchte schürten das Misstrauen, und Frankreich und Österreich würden dem Bündnis natürlich eine offensive Ausrichtung zuschreiben. „Dies hindert aber nicht, das volle Einverständnis S.M. mit den oben ausgesprochenen Intentionen, nach welchen Preußen und Rußland für den gegebenen Fall ihrer gegenseitigen Bundesgenossenschaft sicher sein müßten, und daß diese Bundesgenossenschaft ebensowohl durch die Solidarität der beiderseitigen Interessen als durch die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen bedingt werde.“ Wilhelm I. hatte selbst wortwörtlich ausgesprochen, *„daß Preußen sich in einer äußerst gefährdeten Lage finden würde, wenn es einer Vergewaltigung gegen Rußland wie Rußland einer Vergewaltigung Preußens neutral zusehen wolle, und daß es eine unkluge und kurzsichtige Politik wäre, wenn man, wie dies unter dem ersten französischen Kaiserreich geschehen, eine sukzessive Kriegführung gegen die einzelnen Mächte ruhig hinnähme.“*<sup>48</sup> *„Preußen dürfe im Interesse seiner eigenen Sicherheit Rußland nicht in Stiche lassen, u. Rußland kann nicht zugeben, daß Preußen in einem Kampfe gegen die Übermacht einer Koalition unterliegend, in eine Abhängigkeit geriete, welche die französische Grenze gegen Rußland gleichsam bis nach Schlesien vorrückte.“*

Als nächstes ging Bismarck auf die konkreten Bündniszenarien über:<sup>49</sup> Bei seiner Unterredung mit Oubril am 20. März habe er klargestellt, „daß wir einem Kriege gegen Frankreich<sup>50</sup> allein gewachsen zu sein glaubten, und kein Bedürfnis hätten, den Krieg zu verallgemeinern, wenn Rußland uns nur den Rücken gegen Österreich deckte.“<sup>51</sup> „Dasselbe setzen wir von Rußland voraus, wenn es in einem Krieg mit Österreich verwickelt würde und wir ihm die Sicherheit gegen eine Unterstützung dieser Macht durch Frankreich gewährten. Sobald aber einer von uns beiden, sei es Preußen, sei es Rußland, von einer Coalition zu zwei Mächten angegriffen werde, nötige die Solidarität der Interessen jede von beiden Mächten zur Unterstützung der anderen.“

Leider, so fügte Bismarck süffisant hinzu, sei aus den Äußerungen Oubrils nicht ganz klar hervorgegangen, „in welcher Weise sich das russische Kabinett die praktische Ausführung im Fall eines russisch-österreichischen Krieges denke.“ Es habe fast den Anschein, als ob sich Alexander II. und Gortschakow der Erwartung hingeben würden, „daß wir in diesem Falle die unmittelbare Konzentrierung einer [großen<sup>52</sup>] Truppenmacht an der österreichischen Grenze eintreten lassen sollten.“ Dies sei natürlich eine komplett illusorische Hoffnung jener russischen Kreise, die noch nicht begriffen hätten, dass die größte Gefahr für Russland bei einem Waffengang gegen Habsburg – von einem Eingreifen Napoleons III. an der Seite Kaiser Franz

<sup>47</sup> Ursprünglich: „eines auch defensiven Bündnisses.“

<sup>48</sup> Dies das erste Diktat Bismarcks, welches die Äußerung König Wilhelms vielleicht am genauesten einfängt.

<sup>49</sup> Bismarck an Reuß, 22.3.1868, - sekret -, AAPA Russland 46, Bd. 1. Die nachfolgenden Kursivierungen stellen nachträgliche Ergänzungen oder wesentliche Korrekturen Bismarcks dar.

<sup>50</sup> Ursprüngliche Formulierung Bismarcks im Konzept: „einem Angriff von Frankreich“.

<sup>51</sup> Im Konzept folgte an dieser Stelle: „und dies von der aktiven Teilnahme abhalte, so daß wir unsere ganze Kraft gegen Frankreich wenden könnten.“

<sup>52</sup> So im Konzept – nachträglich wieder gestrichen.

Josephs ausgehe, „*denn die Hauptgefahr in einem russisch-österreichischen Kriege würde aus der Haltung Frankreichs zu demselben hervorgehen, und es würde darauf ankommen diese Macht in Schach zu halten.*“ Und es sei dann Bismarck, der jene neue Variante der Krimkriegskoalition verhindern werde, indem er in Russlands Interesse ein militärisches Ablenkungsmanöver inszeniere:

Es bestehe gar kein Zweifel daran, dass im Falle eines solchen Ostkrieges die Armeekorps Preußens bzw. des Norddeutschen Bundes in ihrer Mehrzahl direkt an der französischen Grenze aufmarschieren müssten, wohingegen „eine Konzentration nach der österreichischen Grenze hin durch die Degarnierung unserer westlichen Provinzen gerade Frankreich zur Teilnahme am Kriege<sup>53</sup> verlocken<sup>54</sup> würde.“ Zugegeben, so Bismarck, eine kleine Beobachtungsmacht könne man immer an die österreichische Grenze entsenden, „*um Österreich zu hindern, seine ganze Kraft im Orient gegen Rußland zu wenden.* Nur müßte unsere hauptsächlichste Machtentfaltung immer so gegen Frankreich gerichtet sein, daß wir letzteres zu verhindern suchten, Österreich im Orient gegen Rußland zu unterstützen. *Ich brauche wohl nicht erst hervorzuheben, daß jedenfalls uns dabei die schwierigere Rolle zufällt; und daß es eine viel größere Anstrengung erfordert, Frankreich in Schach zu halten als Österreich.*“<sup>55</sup>

Und dies war nicht allein die Auffassung des Kanzlers, König Wilhelm höchstpersönlich habe diese Logik gutgeheißen und einen Westaufmarsch als einzige Alternative bezeichnet: „Nach der Ansicht S.M. des Königs würde, wie es die Aufgabe Rußlands wäre, uns bei unserem Kriege mit Frankreich gegen Österreich zu decken, uns in einem russisch-österreichischen Kriege dieselbe Rolle in Bezug auf Frankreich zufallen. Einem österreichischen Kriege allein erachtet S.M. die russische Macht vollkommen gewachsen; und Preußens Aufgabe würde es sein, Frankreich von der Theilnahme am Kriege abzuhalten.“ Allerdings ließ Bismarck jene eventuell etwas zu heikle Passage seines Konzepts über die persönliche Meinung Wilhelms I. nachträglich wieder streichen.

Denn vielleicht mochte der greise Monarch wirklich daran glauben, dass ein Aufmarsch gegen Westen eine abschreckende Wirkung auf Frankreich haben werde – man darf getrost annehmen, dass Bismarck nicht so naiv dachte. Selbstverständlich würde Napoleon III. (schon auf den Druck der Scharfmacher an seinem Hofe bzw. der Pariser Straße) gezwungen sein, seinerseits die Generalmobilmachung auszurufen. Aus dem „*si vis pacem para bellum*“ würde jene „self-fulfilling prophecy“, die Wilhelm I. angeblich so fürchtete, und aus der Konflagration der beiden militärisch rückständigen östlichen Großmächte (deren vollständige Mobilmachung und Aufmarsch jeweils Wochen dauern würde) über eine untergeordnete Balkanstreitigkeit würde – eine bittere Ironie der Geschichte – der lange erwartete Duellkrieg der beiden militärischen „Supermächte“ Europas erwachsen. Und auch wenn direkte Vergleiche mit den Ereignissen der Julikrise 1914 natürlich eindeutig zu weit führen würden, so lässt sich andererseits ebensowenig ganz ausblenden, dass sich bereits im Vorfeld des Reichsgründungskrieges von 1870/71 so etwas wie Echos und Splitter jener Konstellationen und militärischen Strategiekonzepte abzeichneten, welche das Kaiserreich später in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges stürzten.

Bismarck und Wilhelm I. hatten sich gegen eine präzise und in Vertragsform gegossene Fixierung der Ententeabsprachen gewehrt, angeblich im Dienste des Friedens – andererseits war nur so Bismarcks Aufmarschdisposition gegen Frankreich zu retten, Alexander II. hätte sie wahrscheinlich niemals unterschrieben.

<sup>53</sup> Ursprünglich, dann gestrichen: „Kriege gegen uns.“

<sup>54</sup> Im ersten Konzept folgte an dieser Stelle: „oder ihm freie Hand lassen würde, am österreichischen Kampfe gegen Rußland sich zu beteiligen.“

<sup>55</sup> Kursiv = nachträglich am Rande eingefügt. Bismarck hatte den letzten Satz ursprünglich folgendermaßen formuliert: „*und daß es eine viel größere Anstrengung erfordert, Frankreich in Schach zu halten als es Rußland kosten kann, Österreich durch eine Bedrohung seiner Grenze vom Kriege zurückzuhalten.*“

Bismarck war sich der Brisanz dieser Zeilen bewusst, deshalb versuchte er sie in seinem Schreiben an Reuß etwas zu relativieren. Zum einen sei dieser „Unterschied zwischen den Auffassungen“ in Berlin und Petersburg von rein theoretischer Natur: „Denn ich halte es nicht für möglich, daß Österreich allein und ohne der aktiven Unterstützung Frankreichs sicher zu sein, einen Krieg mit Rußland wagen sollte. Wie kühn auch die Politik des Freiherrn von Beust sein möge, so wird er doch Anstand nehmen, Österreich in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln ohne ein Bündnis mit Frankreich, welches ihm dessen aktive Theilnahme zusichert.“ Dann, so hatte Bismarck noch im ersten Konzept formuliert, trete „stets der Fall zweier Mächte gegen eine ein [sic], für welchen ich die allgemeine Theilnahme Preußens oben als durch die dringendsten Interessen unserer Politik und die Auffassung S.M. des Königs selbst geboten bezeichnet habe.“ (Diese Passage wurde nachträglich wieder ausgestrichen).

Zum zweiten habe Oubril natürlich Bismarck versichert, „daß es nicht in der Absicht Rußlands liege, den Kriegsfall herbeizuführen.“ Dass gleiches für König Wilhelm gelte, wisse Reuß ja, „und ich darf es daher als gegenseitige Voraussetzung aussprechen, daß *die Solidarität der Politik beider Mächte einen wesentlich<sup>56</sup> defensiven Charakter tragen wird.*“

Nun habe Reuß alle nötigen Informationen, um in Gesprächen mit dem Zaren und Gortschakow (auf dessen „volles Verständnis“ Bismarck hoffte) die Dinge gerade zu rücken und „etwaige Entstellungen des Hrn. v. Oubril über meine Besprechung mit ihm zu kontrollieren u. zu berichtigen.“

Die Entente mit Russland war in Bismarcks Augen eine Schicksalsgemeinschaft, keine geschäftsmäßige Partnerschaft, die auf einem schriftlich penibel fixierten Do-ut-des basierte, das schärfte der Kanzler Reuß nochmals in einem Privatschreiben vom folgenden Tage ein:<sup>57</sup> „Das Zusammenhalten mit Rußland behandeln Sie wie eine politische Naturnotwendigkeit, an der persönliche Intrigen u. Willkürlichkeiten gar nichts ändern können. [...] Der König werde ungern etwas unterschreiben u. ist das auch durchaus nicht nötig, aber er ist in der prinzipiellen Auffassung der Sache ebenso fest u. klar wie ich. Beide Kabinette würden wie die Narren handeln, wenn sie auf dem brüchigen Eise der Situation eins die Hand des andern fahren lassen wollten, um ihr Heil auf die Lügen von Paris oder Wien zu bauen. Die Glaubwürdigkeit der Personen fehlt an beiden Orten, u. die Identität der Interessen oder vielmehr die Kompatibilität der Interessen ist nicht vorhanden, um über diese persönlichen Interessen hinwegzuhelfen. Sie könnte sein, aber sie ist nicht.“

Oubrils Bericht wurde umgehend dem Zaren vorgelegt, und Oubril bekam die Order, das Geschäft endgültig unter Dach und Fach zu bringen.<sup>58</sup> Der Gesandte sollte noch einmal Bismarck aufsuchen und ihm zusammenfassend ausrichten: Russland sehe sich fortan durch eine „innige Entente“ („une entente intime“) mit Preußen verbunden, basierend auf den gemeinsamen Interessen und in ihrer Natur nach geradezu unverbrüchlich – zumindest solange in Berlin Wilhelm I. herrsche und sein leitender Staatsmann Otto v. Bismarck heiße. Und es sei tatsächlich nicht notwendig, das Ganze in Form eines schriftlichen Vertrages zu fixieren.

Für den Moment erschienen der Regierung des Zaren jene biegsamen Zusicherungen ausreichend zu sein, so fügte Gortschakow in seiner Instruktion hinzu, machte aber aus seinem Herzen keine Mördergrube: Irgendwie blieb Bismarck ein unsicherer, allzu trickreicher Kantonnist, und das, was er seinerseits den Russen an Allianzdiensten bei ihrem Orientproblem zugesichert habe, sei doch reichlich vage ausgefallen – allein, dies sei einfach nicht der Moment, um ungebührlich herumzumäkeln. Parallel dazu ließ es sich Alexander nicht nehmen, Wilhelm I. persönlich seine endgültige Zustimmung zur Entente zu signalisieren: Unmittelbar, nachdem Schweinitz von einem Aufenthalt in der Heimat nach Petersburg zurückgekehrt war,

<sup>56</sup> Bismarcks erster Entwurf lautete noch: „dass die gegenwärtigen Verabredungen einen *rein defensiven* Charakter tragen und *jedes* aggressive Vorgehen ausschließen.“

<sup>57</sup> Bismarck an Reuß, 23.3.1868, - Privatbrief -, abschriftlicher Auszug, AAPA Russland 46, Bd. 1.

<sup>58</sup> Gortschakow (Petersburg) an Oubril (Berlin), 24.3.1868, pr. 28.3., in: Clark Collection Rp 68.2.

gewährte Alexander II. ihm eine Audienz unter vier Augen. „Bestimmter als sonst drückte sich der Kaiser diesmal dahin aus, daß er eine Armee aufstellen wolle, wenn Preußen von zwei Mächten bedroht würde“, berichtete der Militärbevollmächtigte an Wilhelm I.<sup>59</sup> „Ich erwiderte hierauf, daß dies genau dasselbe sei, was E.K.M. als Vorbedingung der entsprechenden Gegenleistung bezeichnet hätten; ich fügte, meine Äußerungen vom 7. März wiederholend, hinzu, es sei unwahrscheinlich, daß Österreich, ohne von Frankreich sich unterstützt zu wissen, einen Schritt tun werde, der ihm von hier aus als gleichbedeutend mit Krieg gegen Rußland bezeichnet worden sei. S.M. gab dies zu [...], sagte aber: ‘Man ist in Österreich sehr erregt gegen uns; gegen Sie aber auch.’“

Die russische Seite ließ auch den Strom nachrichtendienstlichen Materials über die französische militärische Bedrohung nicht abreißen: So übergab Oubril im Mai 1868 einmal mehr Bismarck geheime Informationen, welche belegen sollten, wie schnell Napoleons Armee vom Friedensstand in die Kriegsbereitschaft zu wechseln vermochte – eine seltsame Ironie, wo doch später die reale Mobilmachung Frankreichs im Jahre 1870 derartig ins Chaos abgleiten sollte!<sup>60</sup> Bismarck, der die Dokumente auch an König Wilhelm weitergeben sollte, knüpfte an seine früheren Ausführungen über die Szenarien des Zukunftskrieges mit Frankreich an, und dieses Mal war er gewillt, ein Stück weit auf die russischen Warnungen einzugehen: Falls Napoleon seine Truppen im Feldlager von Châlons von drei auf sechs Divisionen verstärken sollte, wäre er tatsächlich in der Lage, binnen drei oder vier Tagen 130.000 Mann zusammenzuziehen, um im Handstreich linksrheinisches Gebiet zu besetzen, ehe die preußisch-deutsche Mobilmachungsmaschinerie angelaufen sei. Daher werde innerhalb der preußischen Führung über mögliche Optionen diskutiert – solle man mit den Präsenztruppen jene Invasion direkt abzuwehren suchen, oder solle man gleich einen strategischen Rückzug auf die Rheinlinie planen (wobei die Franzosen u.a. durch die Sprengung von linksrheinischen Eisenbahnlinien aufgehalten werden würden), um dann nach Mobilmachung und Aufmarsch im Raum Mainz-Koblenz mit der vollen Überlegenheit des eigenen Feldheeres zum Gegenangriff überzugehen? Bismarck deutete an, dass man wohl der letzteren Alternative den Vorzug zu geben gedachte. Der preußische Ministerpräsident wollte im übrigen nicht an der Validität der Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Süden zweifeln, auch wenn er Bayern und Württemberg unterstellte, statt den möglichen 160.000 Soldaten wohl nur 60.000 Mann zur Unterstützung des Norddeutschen Bundes ins Feld zu schicken, aber das sei schlussendlich noch immer ausreichend. Kurz zuvor hatte Bismarck bei einer ähnlichen Unterredung Oubril versichert, wenn die Franzosen tatsächlich so töricht wären und ihre Invasion im Süden Deutschlands beginnen würden, würden sie sich wundern, wie schnell eine halbe Million Mann unter dem Kommando König Wilhelms vor den Toren von Paris stehen könnten.<sup>61</sup>

Am Ende, so Bismarcks Botschaft an die russische Regierung im Mai 1868, gebe es am preußisch-deutschen Sieg im direkten Duell mit Frankreich keine Zweifel, man sei dem Gegner im Verhältnis 2 zu 1 überlegen, und Napoleon könne nur nachziehen, wenn er in Frankreich die Allgemeine Wehrpflicht in vollstem Umfang einführte. Aber natürlich, so berichtete Oubril, habe Bismarck ihm nochmals beteuert, er werde wirklich alles tun, um den Frieden zu erhalten.

<sup>59</sup> Schweinitz an Wilhelm I., 10.4.1868, in: AAPA Russland 46, Bd. 1. Am 14. April notierte Schweinitz in sein Tagebuch: Fürst Gortschakow, den ich beim Osterfest im Palais sah, bat mich, ihn zu besuchen; er sprach mit mir, als ich dies tat, dasjenige nochmals durch, was ihm der Kaiser über meine Mitteilungen erzählt hatte; er betonte dabei, dass die Präzisierung der Verabredungen für den Fall, dass Preußen oder Russland durch zwei Mächte bedroht würden, von Berlin ausgegangen, hier angenommen worden sei.“ (Schweinitz, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 245).

<sup>60</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), 21.5.1868, - très secrète -, in: Clark Collection Rp 68.3.

<sup>61</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), 20.4.1868, - confidentielle -, in: Clark Collection Rp 68.3.

## **2. Will Bismarck Napoleon zum Marschieren bringen? – Neujustierungen zum einjährigen Hochzeitstag der Entente**

Fast exakt zum einjährigen Jubiläum jener preußisch-russischen Zweckliaison begann es in der Entente zu kriseln. Auslöser war der für Russland enttäuschende Ausgang der Kreta-Konferenz, für den nicht wenige in Petersburger Regierungskreisen die mangelnde Unterstützung der Bismarckschen Diplomatie verantwortlich machten.

Vor allem die russische Presse nahm kein Blatt vor den Mund. Die Zeitung „Wesstj“, Organ gerade der konservativ-aristokratischen Partei, warf Preußen vor, „Rußland im Interesse seines Ehrgeizes auszubeuten.“<sup>62</sup> Welchen Sinn mache für Russland überhaupt noch eine enge Partnerschaft mit Preußen, das ja seit 1866 „in die Bahnen der Revolution getreten“ sei? „Weder die Unterdrückung Süddeutschlands unter das preußische Szepter noch die Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie durch ein erweitertes Deutschland liege im russischen Interesse; ja selbst eine mit Preußens Hilfe bewirkte Lösung der orientalischen Frage könnte nicht in den russischen Wünschen liegen“, sonst fordere Bismarck zum Dank noch mehr Einfluss in Rumänien.

Alexander II. hielt es für höchste Zeit, in Berlin nachzufragen, wie es um den Wert der Entente mit König Wilhelm und Bismarck stand. Als konkreter Anlass bot sich für den Zaren eine der zahlreichen Sticheleien von Graf Beust, der gegenüber dem russischen Vertreter in Wien, Baron Üxküll, bemerkt hatte, es kursierten da gewisse Gerüchte über eine preußisch-russische Allianz, er aber könne nicht so recht an solche Geschichten glauben – denn dann hätte man ja auf der türkisch-griechischen Konferenz etwas von einer preußischen Schützenhilfe für den Zaren merken müssen. Nein, genau das Gegenteil sei der Fall: Berlin bemühe sich in letzter Zeit offenbar sehr eifrig wieder um eine Verständigung mit Frankreich.<sup>63</sup>

Am 10. Februar 1869 nahm Alexander II. bei einem morgendlichen Jagdausflug Prinz Reuß beiseite, um ihm „ein neues Stückchen von unserem Freunde Beust“ mitzuteilen: „Derselbe habe dem Baron Üxküll gesagt, E.E. scheinen eine sehr rüde Depesche gegen ihn, den Kanzler, gerichtet, nach Paris zur Mitteilung geschrieben zu haben und hätten sich in viel stärkeren Ausdrücken, wie dies Fürst Gortschakoff gethan, über die österreich[ische] Politik ausgesprochen. Hieran habe Gf. Beust die Bemerkung geknüpft, es scheine überhaupt als wolle sich Preußen hinter dem Rücken von Rußland wieder an Frankreich annähern, wenigstens würden hierzu allerhand Versuche gemacht.“ Aber natürlich, so Alexander, sei dies alles intriganter Unsinn, wer wolle schon daran glauben, dass sich Russlands engster Verbündeter von Frankreich kaufen lasse? Reuß mochte das Misstrauen des Zaren wohl bemerkt haben, behalf sich aber einmal mehr mit Floskeln: „Ich <sup>a</sup>habe nicht verfehlt, dem Kaiser meinen Dank für diese Mittheilung auszusprechen und“ erwidert, daß der Regierung S.M. des Königs gleichfalls Notizen zugegangen wären, woraus man schließen dürfte, daß es in der Absicht des österreich. Staatsmannes liegt, den Samen des Mißtrauens zwischen die beiden so eng befreundeten Höfe auszustreuen; ich sei aber überzeugt, daß ihm dies hier ebensowenig wie in Berlin gelingen werde.“<sup>64</sup>

Also war es wieder an Oubril in Berlin, kurz vor seiner Abreise in den Heimaturlaub von Bismarck klarere Aussagen zu erhalten, und Bismarck bemühte sich seinerseits, im Gespräch mit dem preußenkritischen Diplomaten die russischen Verdachtsmomente zu zerstreuen.<sup>65</sup> Der

<sup>62</sup> Pressebericht No. 50 vom 27.2.1869, in: AAPA Russland 47, Bd. 1: Schriftwechsel der Königlichen Gesandtschaft zu Petersburg, sowie mit anderen Königlichen Missionen und fremden Kabinetten über die inneren Zustände und Verhältnisse Rußlands, vom 1. Januar 1869 bis 15. September 1869 = R 9865.

<sup>63</sup> So auch Werther (Wien) an Bismarck, 3.2.1869, pr. 4.2., in: AAPA Russland 46, Bd. 1.

<sup>64</sup> Reuß an Bismarck, - ganz vertraulich -, 10.2.1869, in: GStA Berlin-Dahlem I. HA Rep. 81 I Petersburg Nr. 226, Vol. II [M]. Die durch <sup>a</sup>markierte Passage ist eine nachträgliche Einfügung am Rande durch Reuß, der hinzufügte: „Es wird E.E. interessant sein, aus den Worten des Kaisers ersehen zu können, welchen Eindruck jene österreich. Intriguen auf seinen Geist gemacht haben.“

<sup>65</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow (St. Petersburg), 24.2.1869, - très confidentielle -, in: Clark, Bismarck,

Kanzler versicherte, dass die ernststen Spannungen zwischen dem Osmanischen Reich und Griechenland und die Gefahr eines größeren Konfliktes durchaus Gegenstand vertraulicher Gespräche zwischen den Mitgliedern des Norddeutschen Bundes sowie Thema jüngster Diskussionen im preußischen Kabinett gewesen seien; und dabei sei es auch um die Haltung gegangen, welche der Bund im Falle einer solchen Eskalation im Osten gegenüber Frankreich einnehmen sollte. Es sei die einhellige Meinung aller gewesen, so Bismarck, dass es im ureigensten deutschen Interesse liege, gemeinsame Sache mit Russland zu machen, auch wenn dies Krieg mit Napoleon III. bedeuten würde. Bismarck verwies stolz auf Baron v. Friesen, der nun wirklich nicht für seine Russophilie bekannt war: Sogar der sächsische Staatsminister habe seiner vollsten Überzeugung Ausdruck verliehen, dass der Norddeutsche Bund in einem solchen Falle Russland nicht in Stich lassen werde. Kunststück, kurz zuvor hatte Bismarck durch seinen Gesandten Eichmann Friesen das Szenario eines neuen Krimkrieges mit anti-deutschen Konsequenzen ausmalen lassen und ihm eine pro-russische Sprachregelung dringend ans Herz gelegt: „Ich machte Herrn von Friesen darauf aufmerksam, daß Gf. Beust im Orient eine ähnliche Situation wie in den Jahren 1853/55 hervorzurufen bemüht gewesen sei. Wenn es ihm gelänge – sagte ich – Rußland dort mit Hilfe Frankreichs und Englands zurückzudrängen, so sei zu befürchten, daß er alsdann mit dem isolierten und seines möglichen Bundesgenossen beraubten Preußen werde Abrechnung halten wollen. Diese Politik würde uns in die unangenehme Lage versetzen, Rußland in Stiche zu lassen, oder einem in Deutschland wenig populären Krieg im Bund mit dieser Macht zu führen. Herr von Friesen gestand, daß in einem solchen Falle Deutschland unbedingt Rußland rechtzeitig zu Hilfe kommen müsse.“<sup>66</sup>

Endlich, so bemerkte Oubril in seinem Rapport an Gortschakow, hätten die führenden Köpfe des Norddeutschen Bundes die französische Salamitaktik durchschaut und die Gefahren erkannt, welche für Deutschland aus der Möglichkeit resultieren könnten, dass es sich allein im Streit mit Frankreich wieder finden würde bei einem Krieg im Orient, der sich zu Napoleons Gunsten entwickelte, oder der, wenigstens für eine gewisse Zeit, Russland geschlagen, gelähmt und passiv zurückließe.

Oubril jedenfalls schien mit Bismarck zufrieden zu sein; dabei sollte der interessanteste Teil in seinem Gespräch mit dem Kanzler erst noch kommen. Aus Oubrils Bericht wird freilich nicht ganz klar, ob er die Bedeutung der folgenden Andeutungen Bismarcks in ihrer Tragweite begriff, zumal der Kanzler nicht in die Details gehen wollte, was er für unzeitgemäß und überflüssig hielt (das latente Misstrauen gegenüber Oubril wird eher Bismarcks Freimütigkeit Grenzen gesetzt haben – in seiner Depesche an Reuß war Bismarck natürlich weitaus präziser).

Bismarck griff seine Argumentation bei den Entente-Verhandlungen von 1868 wieder auf und führte deutlicher denn je aus, dass er die Absicht habe, die latenten Konfrontationen im Westen und im Osten Europas *nach seinen eigenen Regeln* zu verketteten. Denn im Falle einer derartigen Krise im Osten werde Bismarck auf jeden Fall bestrebt sein, das für Deutschland ungünstige orientalische Terrain zu meiden, um stattdessen Frankreich in eine Frontstellung gegen Deutschland selbst zu führen. Nichts wäre für ihn leichter, als die französische Regierung zum Marschieren zu zwingen, aus Angst vor der Pariser Straße; Konfliktstoffe gebe es genug, und Bismarck scheint explizit (nur) die deutsche nationale Frage genannt zu haben. Folglich würde sich Bismarck nicht in ein französisches Ablenkungsmanöver im Orient hineinziehen lassen, um dann als Friedensbrecher dazustehen und seinen Kredit in Deutschland zu verspielen, sondern er werde die Rollen vertauschen und Frankreich zwingen, gegenüber dem Norddeutschen Bund und vor aller Welt die Rolle des Aggressors einzunehmen. Bismarck werde dann mit Leichtigkeit die Situation im Griff haben und Napoleon den Russen „vorführen“.

Allerdings wollte Bismarck diese präventive Eskalation gegenüber Frankreich unter einige

---

Russia, and the Origins of the War, S. 197ff.; sowie Becker, Bd. I, Dok. Nr. 64 Anm. 2.

<sup>66</sup> Eichmann an Bismarck, 10.1.1869, AAPA Russland 46, Bd. 1.

Vorbehalte gestellt wissen: nur im Falle drohender Komplikationen im Orient; erst mittelfristig, denn die Bedingungen in Deutschland müssten erst noch weiter reifen; und natürlich werde er diese Schachzüge nicht gegen die Höhere Gewalt unternehmen.

Ob der Zar, als er jenen Bericht seines Gesandten in Berlin in Händen hielt, wirklich zufrieden war, mag man bezweifeln. Gegenüber Reuß gab sich Alexander jedoch demonstrativ gutgelaunt. Er habe sich sehr über die Depeschen aus Berlin gefreut, wo doch Bismarck so gnädig gewesen sei und gegenüber Oubril so weitreichende Zusagen (!) in Sachen Waffenhilfe gemacht hätte: „S.M. d. König hätten den Hrn. v. Oubril sehr gnädig empfangen und letzterer vor seiner Abreise eine Unterredung mit E.E. gehabt, die ihn, den Kaiser, sehr erfreut hätte. E.E. hätten u.a. dem Russ. Gesandten gesagt: <sup>a</sup>im Fall eines Konfliktes würde Rußland auf Preußen und auf den Norddeutschen Bund zählen können.<sup>a</sup>“

Kein Wunder, dass Reuß – ein unschönes *déjà vu* – einmal mehr verblüfft war und nicht so recht wusste, wie er antworten sollte. Was hatte Bismarck wirklich gesagt, und hatte er (wieder einmal) vergessen, seinen Mann in Petersburg rechtzeitig zu instruieren? Der ratlose Diplomat („... so gab mir der Kaiser keine weitere Andeutung, aus der ich hätte schließen können, worauf sich diese Äußerung E.E. bezogen hat“) wurde dadurch gerettet, dass an dieser Stelle seine Unterhaltung mit dem Zaren unterbrochen und fürs erste nicht wieder aufgenommen wurde.<sup>67</sup>

In der Tat, das alles dürfte Bismarck irgendwie bekannt vorgekommen sein: Er hatte versucht, Oubril einen kleinen Einblick in die Winkelzüge seiner Außenpolitik zu geben, und dann musste er aus Petersburg erfahren, dass seine Darlegungen dort auf taube Ohren gestoßen waren. Hatte Oubril Bismarcks Andeutungen so zusammengestrichen und hingebogen, wie es sein hoher Herr Alexander gerne lesen wollte, etwa, um seine Karrierechancen zu verbessern? Bismarck mag dies vermutet haben – zu Unrecht allerdings: Während Oubril durchaus präzise berichtete, war es der Zar selbst, der offenbar bewusst so tat, als ob er Bismarcks Entente-Konditionen überhört hatte, ja als ob der *casus foederis* für Preußen uneingeschränkt gelte.

Dies ist der Hintergrund der „Diversionsdepesche“, die Bismarck als Reaktion auf diese wiederholten Kommunikationsspannen am 9. März 1869 an Reuß sandte.<sup>68</sup> Es kann nicht verwundern, dass Bismarck die Klassifikation der Depesche auf „secret“ hinaufsetzte – nicht nur, weil er darin erstmals Spanien als kriegsauslösenden Faktor explizit nannte, sondern weil Bismarck eine grobe Blaupause lieferte, wie man als preußischer Staatslenker die Weichen in einem günstigen Moment auf Krieg stellen konnte und dabei Frankreich in die Rolle des Friedensbrechers drängte – ein Vergleich mit Bismarcks Krisendiplomatie im Juli 1870 drängt sich auf.

In seinem Memorandum für Reuß betonte Bismarck einmal mehr, Napoleon respektive Beust werde es nicht gelingen, durch Ablenkungsmanöver und Nebenkriegsschauplätze eine Falle aufzustellen, um den Norddeutschen Bund in einen unpopulären „aggressiven Cabinetskrieg“ zu manövrieren. Bismarck seinerseits habe genügend Optionen, Napoleon eine Falle zu stellen, die viel schneller zuschnappen würde als ihr französisches Pendant – präventive Diplomatie à la Bismarck. Bismarck erkannte, dass er in seinem ersten, Abeken in die Feder diktierten Entwurf den Terminus „Diversion“ etwas unklar verwendet hatte, und er korrigierte dies in der Endfassung: Nun war es Bismarck, der die „Diversionen“ präparierte, um Paris zu provozieren.

Bei aller Brisanz dieses Dokuments, so erschien es doch Bismarck ganz grundsätzlich notwendig, Reuß ins Vertrauen zu ziehen: Er war der „man on the spot“, der im Ernstfall einer Krise dem Zaren entweder verdeutlichen musste, dass es doch keinen preußischen Blankoscheck einer Waffenhilfe für einen Krieg mit dem Osmanischen Reich und Österreich geben würde; oder, dass ein rotes Tuch, welches Bismarck der französischen Regierung vor die

<sup>67</sup> Reuß (Petersburg) an Bismarck, 1.3.1869, in: AAPA Russland 46, Bd. 1. Die durch <sup>a...a</sup> markierte Passage wurde, offenbar durch Bismarck, am Rande mit Bleistift hervorgehoben.

<sup>68</sup> Bismarck an Reuß (Petersburg), 9.3.1869, - secret -, in: Becker, Bd. I, Dok. Nr. 64.



Nase hielt, doch ganz im Interesse Russland sei. Nach Bismarcks ausdrücklicher Regieanweisung war die Diversionsdepesche nur zu Reuß' persönlicher Orientierung bestimmt – angesichts der seltsamen Schwerhörigkeit der russischen Seite schien es offenbar geraten, sich in Zukunft noch etwas genauer zu überlegen, wann Reuß welchem Gesprächspartner gegenüber gewisse Andeutungen machen sollte.

Eine nicht unerhebliche Nuancierung: Im Bericht Oubrils und eigentlich auch in Abekens Konzept der Depesche stand die Deutschlandpolitik als „Diversionsmöglichkeit“ im Vordergrund. In der von Bismarck redigierten Endfassung wird diese Betonung etwas zurückgenommen zugunsten eines breiteren Spektrums an politischen Sprengfallen – Truppenaufstellungen, Belgien (wo sich ja gerade die Eisenbahnkrise mit Frankreich verschärfte), Italien – und eben auch Spanien.

Die Diversionsdepesche wurde im Übrigen ergänzt durch eine weitere Instruktion, die Bismarck am 9. März 1869 an Reuß sandte:<sup>69</sup> Reuß sollte nochmals in Erinnerung rufen, dass Russland bei seinen polnischen Problemen auf preußische Hilfe rechnen könne, während Beust einen Aufstand in Polen unterstützen und im Kriegsfall eine Separation von Russland betreiben wolle; und Reuß solle seine Gesprächspartner auf die antipreußische Einflussnahme Frankreichs in den süddeutschen Staaten aufmerksam machen, welche die Theorie von einer deutschen Einigung in Abstimmung mit Frankreich bei antirussischer Stoßrichtung ins Reich der Märchen verwies.

Wenn Reuß die Absicht gehabt hätte, Oubrils Botschafterdienste zu korrigieren, dann hätte er Anfang April dazu die Gelegenheit gehabt, als Alexander II. ihn bei einer Militärparade in Petersburg auf die innenpolitische Krise des napoleonischen Regimes ansprach:<sup>70</sup> „Wenn auch der Wunsch nach Erhaltung des Friedens allgemein sei, so sei doch immer zu befürchten, daß der Kaiser Napoleon in seiner Verlegenheit dazu gezwungen werden dürfte, zu einem Kriege seine Zuflucht zu nehmen.“ Alexander fügte hinzu, jene russischen Diplomatenberichte aus Frankreich „hätten ihn besonders frappiert, weil sie ganz mit denjenigen Bemerkungen übereinstimmten, welche Euer Exzellenz dem Herrn von Oubril vor Ihrer Reise nach Varzin gemacht hätten. Es sei ein rechtes Unglück, daß von jener Seite her die Welt in fortwährender Spannung und Besorgnis gehalten werde.“ Reuß enthielt sich freilich dazu jeglichen Kommentars.

In der Zwischenzeit agitierte die russische Presse weiter gegen Preußen, das bekanntlich den Zaren auf der Pariser Konferenz in Stich gelassen habe. Der Leitartikel der immer preußenfeindlicher auftretenden Moskauer Zeitung vom 5. März 1869 erklärte (in der Übersetzung durch Reuß): „Die Sache ist die, daß Preußen jeder Zeit bereit sein wird, die Dienste Rußlands zu benutzen; dagegen wird es nicht einen Schritt im Interesse einer Sache thun, die Preußen nicht berührt. Wir verneinen nicht die Möglichkeit einer vorteilhaften Einigung mit Preußen, aber eine solche Einigung kann sich jedes Mal nur auf eine bestimmte Frage beziehen und auf strenger Berechnung beruhen.“ Das Blatt erfreute sich der besonderen Sympathie Gortschakows, fügte Schweinitz hinzu.<sup>71</sup>

Bis zum Sommer wurde der Ton sogar noch schärfer. Im Juni 1869 agitierte die Moskauer Zeitung:<sup>72</sup> „Preußen wird gerade beschuldigt, der Welt durch die von ihm abhängige Presse (zu welcher lächerlicher Weise auch die Augsburger Allgemeine Zeitung gerechnet wird) einreden zu wollen, es sei der Gefahr eines französischen Überfalls bloß darum ausgesetzt, weil es treu zu Rußland halte, und diesem im Kampf gegen die Versuche zur Wiederherstellung Polens beistehen wolle. Die Moskauer Ztg. erklärte feierlich, sie halte sich verpflichtet, dieses

<sup>69</sup> Bismarck an Reuß, 9.3.1869, in: GW 6b, Nr. 1335.

<sup>70</sup> Reuß (St. Petersburg) an Bismarck, 4.4.1869, pr. 7.4., in: AAPA Russland 47, Bd. 1.

<sup>71</sup> Vgl. die Presseberichte von Schweinitz vom 15. und 20.3.1869, in: AAPA Russland 47, Bd. 1; sowie Reuß an Bismarck, 18.3.1869, in: AAPA Russland 46, Bd. 1.

<sup>72</sup> Bericht über die russische Presse, 5.6.1869, in: AAPA Russland 47, Bd. 1. Die Auszüge in der Übersetzung durch Reuß wurden von Bismarcks mit einem Pluszeichen als besonders wichtig markiert.

Lügendewebe zu zerreißen; Rußlands öffentliche Meinung sei durch die Pariser Conferenz darüber belehrt worden, daß das Petersburger Cabinet bezüglich seiner orientalischen Politik auf einen Beistand Preußens nicht rechnen könne.“ Wenige Tage später legte die Zeitung nach: „Preußen, und zwar Preußen allein, ist ernstlich bedroht, und sieht sich nach Bundesgenossen um, mit deren Hilfe es dem Strafgericht entgehen kann, das es durch seinen Ehrgeiz heraufbeschworen hat. Man sucht Rußland einzureden, die Freunde der Wiederherstellung Polens wollten es angreifen, und es sei darum preußischer Hilfe benöthigt [sic]. Der einzige Grund aus welchem Frankreich der russischen Regierung grollt, ist aber der, daß sich diese Regierung mit Preußen eingelassen hat. Frankreich hat sich alle Mühe gegeben, in der orientalischen Frage mit Rußland zusammenzugehen, es habe sich von Rußland zurückgezogen, als es sich davon überzeugt, daß diese Macht im Kriegsfall zu Preußen halten würde. Nicht für Rußland, sondern allein für Preußen erwachsen aus den französischen Allianzbestrebungen Gefahren – Preußen wolle aus russischem Blut und russischem Gelde Vorteil ziehen und beginne bereits, Rußland die Bedingungen für eine Allianz vorzuschreiben, ihm Zugeständnisse abzupressen, mit dem Anschluß an Rußlands Gegner zu drohen...“

Bismarck beklagte sich bitter über eine derartige Polemik, und Reuß fand Gelegenheit, die Pressehetze mit Graf Schuwalow zu besprechen, dem Chef des mächtigen Staatssicherheitsdienstes des Zaren:<sup>73</sup> „Ich wies darauf hin, daß wenn jenes Blatt in diesem gegen Preußen aufhetzenden Tone fortfahre, es dahin kommen müsse, daß sich die guten Beziehungen, welche zwischen beiden Staaten beständen, trüben würden. Daß ein solches Unglück aber in den Absichten des Kaisers liegen sollte, das könne ich nicht annehmen.“ Schuwalow verdächtige niemand Geringeren als Gortschakow selbst, hinter der Aktion zu stehen, versicherte zugleich aber: „Auf den Kaiser mache das keinen Eindruck; er wolle sich ebensowenig durch das leidenschaftliche Vorgehen jener Partei hinreißen lassen als den Einflüsterungen Gehör schenken, welche die königliche Regierung bei ihm anzuschwärzen suchten.“ Reuß wusste natürlich, dass Schuwalow seit langem an Gortschakows Stuhl sägte, er halte den Rivalen für einen „alten, halb kindisch gewordenen eitlen Herren“. Doch fürs erste müsse Preußen weiterhin mit Gortschakow rechnen, mahnte der Gesandte: „Graf Schouwaloff ist zwar sehr stark, aber nicht so stark, um den Kanzler jetzt mir nichts dir nichts aus dem Sattel zu heben.“

Diese Episoden lassen es verständlich erscheinen, wenn Reuß mit den Informationen aus der Diversionsdepesche äußerst vorsichtig umging; konkret kam das Thema der Diversionen im Juli 1869 wieder aufs Tapet.

Am 16. Juli empfing Alexander II. Reuß in Peterhof.<sup>74</sup> Der Zar las dem Gesandten einen Bericht von Graf Stackelberg vor, nunmehr russischer Botschafter in Paris. Stackelberg, der in diplomatischen Kreisen ebenfalls als möglicher Nachfolger Gortschakows gehandelt wurde, hatte die Situation in Paris in zutiefst schwarzen Farben gemalt, und auch der Zar sprach gegenüber Reuß deutlich aus, er sei „der Ansicht, daß man in Frankreich einer Katastrophe immer näher rücke, welche dem Bestehen des jetzigen Kaiserreichs gefährlich werden dürfte.“<sup>75</sup> Für Stackelberg gab es keinen Zweifel: Napoleon III. steckte tief in der Krise, agierte ohne

<sup>73</sup> Reuß an Bismarck, 14.6.1869, - vertraulich -, pr. 19.6., in: AAPA Russland 46, Bd. 1.

<sup>74</sup> Reuß an Wilhelm I., 16.7.1869, pr. 19.7., - ganz vertraulich -, in: AAPA Russland 46, Bd. 1.

<sup>75</sup> Fast genau einen Monat zuvor hatte sich Schweinitz mit dem Zaren über die französische Innenpolitik und die Wahlen unterhalten, die laut Alexander unruhiger als erwartet verlaufen seien. Für den preußischen Militärbevollmächtigten habe die Abstimmung jedenfalls bewiesen, „daß die hauptstädtische Bevölkerung noch schlechter sei als man dachte, daß Napoleon also im Falle eines nicht ganz populären Krieges noch mehr Truppen werde zurücklassen müssen, als man gewöhnlich in die Berechnung zog.“ Der Zar erwiderte, „im Augenblick sei gar keine Rede von Krieg, im Gegenteil, alle Berichte lauteten friedlich; ‚aber‘, fügte Sr. Majestät hinzu, ‚einmal kommt es doch‘.“ Schweinitz hatte die passende Antwort parat: „Gewiß, sobald Napoleon einen findet, der mit ihm geht und wenn es ihm gelingt, uns mit Rußland auseinanderzubringen.“ Alexander versicherte „mit dem ernstesten, fast feierlichen Ausdruck, den Sr. Majestät in solchen Augenblicken anzunehmen pflegt: ‚Mit dem Könige und mir wird ihm dies nicht gelingen und Gott gebe, daß es auch später nie geschehe.“ Schweinitz (Zarskoe Selo) an Bismarck, 16.6.1869; pr. 28.6., in: AAPA Russland 46, Bd. 1.

Energie, lasse jegliche politische Klugheit vermissen. Seine Konzessionen hätten sein Regime auf die schiefe Bahn gebracht, „bis die Wellen der Revolution über der Kaiserkrone zusammenschlagen würden. Jene Katastrophe sei nur eine Zeitfrage.“ Eigentlich sollte es die Regierung bei einer derartig feindlich gesonnenen Kammer schwer haben, sich auf kriegerische Abenteuer einzulassen, fuhr Stackelberg fort. Doch in diesem Falle wolle er „indessen keine Garantie übernehmen, ob nicht der Kaiser, durch die dringende Gefahr im Inneren gedrängt, doch nicht eines Tages den Versuch machen sollte, die Situation durch einen Krieg, und zwar einen populären Krieg mit Preußen, zu retten. Graf Stackelberg geht hierbei auf das so beliebte Capitel der Prätextur über und macht auf die Gefahren aufmerksam, welche für den Frieden Europas entspringen würden, wenn man, d.h. Preußen, irgend welche Prätexte geben sollte. Er spricht bestimmt aus, daß das Überschreiten der Mainlinie den Franzosen von der Kriegspartei den gewünschten Vorwand geben würde ‚pour prendre leur revanche de Sadowa‘, denn dieses sei immer noch die fixe Idee der Chauvinisten. Diesen Punkt entwickelt der Brief näher. Er meint, daß, wenn es wahr wäre, daß Preußen die Absicht hätte, seine Militärconventionen, welche es mit Hessen und teilweise auch mit Baden abgeschlossen, auch auf Bayern und Württemberg auszudehnen, so würde das in Paris ohne Zweifel als ein Überschreiten der Mainlinie angesehen werden. Das Gerücht, daß sich Graf Bismarck über diese Frage mit dem Kriegsminister Roon entzweit und sich teilweise deshalb vorläufig von den Geschäften zurückgezogen habe, sei allerdings beängstigend.“

Stackelberg ließ dieser Beschreibung des französischen Pulverfasses einen guten Rat an den Zaren folgen: Im dringenden Interesse des europäischen Friedens möge Alexander II. bei seinem Onkel Wilhelm seinen Einfluss geltend machen und den Freundschaftsdienst einfordern, dass Preußen den Franzosen nicht auch noch mutwillig das Rote Tuch für einen solchen innenpolitisch motivierten Krieg vorhalten möge.

Reuß beobachtete mit einigem Unbehagen, dass Alexander sich solchen Argumenten höchst aufgeschlossen zeigte, denn der Zar unterbrach seine Lektüre und schärfte Reuß ein: „Wenn Sie dem Könige schreiben, so theilen Sie ihm dies mit, es wäre gewiß sehr zu wünschen, daß man den Franzosen keinen Vorwand zum Krieg gäbe.“ Andererseits hatte Stackelberg seinen Report mit der Prognose geschlossen, dass „selbst wenn alle äußeren Vorwände vermieden würden, das doch die Katastrophe höchstens für ein paar Monate aufschieben könnte.“

Es gehörte zweifellos zum Einmaleins der diplomatischen Schule, einem Monarchen mit größtem Respekt zu begegnen, egal, was er beizeiten zu äußern pflegte – und erst recht, wenn es sich dabei um den Zar aller Reußen handelte. Doch in diesem Moment scheint diese respektvolle Contenance Reuß alles andere als leicht gefallen zu sein, wie er im Bericht an Wilhelm I. offen bekannte. Einen derartigen Ton hätten sich Stackelberg – und Alexander II. – gegenüber Bismarcks und Wilhelms Außenpolitik einfach nicht mehr zu erlauben, schon gar nicht nach den intimen Ententeverhandlungen der letzten Monate. Preußen respektive der Norddeutsche Bund war definitiv kein Juniorpartner mehr: „Ich kann Ew. Maj. nicht verbergen, daß mich diese Ermahnungen zur Vorsicht ärgerten, und daß mir das Blut etwas zu kochen anfing.“ Als Alexander den Stackelberg-Bericht zur Seite gelegt hatte, bekam er von Bismarcks Mann am Zarenhof eine leidenschaftliche Antwort zu hören. Zunächst einmal stellte Reuß einige Falschmeldungen Stackelbergs klar: Es sei ihm nicht bekannt, „daß E.M. Regierung die Absicht hätte, die Militär-Conventionen auf ganz Süddeutschland auszudehnen; wenn jene Regierungen dies wünschen sollten, so könne man Preußen jedenfalls nicht dafür verantwortlich machen. Auch wisse ich nicht von einer brouille zwischen jenen beiden Räten Ew. Majestät.“

Im Übrigen, so Reuß weiter, schien es inzwischen zur Gewohnheit in der europäischen Diplomatie geworden zu sein, Berlin zur Zurückhaltung und Mäßigung aufzufordern, damit sich der kranke Mann in Paris nur nicht beleidigt fühlen könnte. Langsam sei man aber diese Glacéhandschuh-Appelle leid, und wenn die Russen dauerhaft auf einen solchen Ton verfallen würden, sei dies den bilateralen Beziehungen sicherlich nicht dienlich. Als ob Preußen nach

1866 die Franzosen einmal ernsthaft provoziert hätte! Abgesehen davon sei gerade die umgekehrte Logik richtig: Je schwächer Preußen nach außen erscheine, umso schwerer werde es der französischen Führung fallen, ihren Drang nach militärischen Abenteuern zu zügeln: „Es sei seit einiger Zeit ordentlich zur Gewohnheit geworden, der Regierung Ew. K. Majestät Ratschläge zu erteilen, damit ja nichts geschähe, was die Franzosen verletzen könne. Solche Ratschläge, die uns von England und Italien her gekommen, seien aber, als ihr Ziel vollständig verfehlend, gebührend zurückgewiesen worden. Ich bat den Kaiser, sich der Vorgänge zu erinnern, welche dem Jahre 1866 gefolgt seien. Er würde finden, daß E.K.M. mit der größten Gewissenhaftigkeit alles vermieden hätten, was wie eine Provokation Frankreichs hätte ausgelegt werden können. Außerdem sei ein jeder Act der k[öniglichen] Regierung ein Beleg dafür, daß Preußen den Krieg nicht wünsche, sondern den Frieden wolle. Daß dieses noch heute der Wille des Königs [...] sei, das könne ich auf das Bestimmteste versichern. Ich könne aber ebenso bestimmt versichern, daß Ew.M. den Krieg nicht fürchteten, und daß es gut sei und den Frieden weit mehr sichern werde, wenn man dies in Paris wisse. Nichts wäre gefährlicher als der Glaube, Preußen weiche der Kriegsgefahr ängstlich aus; einem Nachbarn wie Frankreich gegenüber würde es zur unausbleiblichen Folge haben, daß man dort nur noch empfindlicher und erfinderischer in der Theorie der Vorwände werden, und daß man sich herausnehmen könnte, sich in unsere innern Verhältnisse einzumischen. Ich bat schließlich den Kaiser selbst zu entscheiden, ob ein solcher Zustand möglich sei.“

Alexander II. mag erkannt haben, dass er in diesem Punkt doch zu weit gegangen war: Er antwortete Reuß, er wolle ja dessen Argumentation keineswegs bestreiten und auch konzedieren, „daß es einen Augenblick geben könne, wo man gezwungen wäre, den Degen zu ziehen.“ „Der Kaiser schien übrigens meine entschiedene Sprache nicht ungnädig aufzunehmen, im Gegenteil, es schien ihm Freude zu machen, zu hören, daß man sich in Preußen nicht fürchtete.“ Reuß hatte schon im Frühjahr 1869 in einem Bericht an Bismarck geschrieben, es werde der preußischen Diplomatie in Petersburg überhaupt nicht schaden, bei passender Gelegenheit quasi den zackigen Klischeebildern der Russen gerecht zu werden, und „daß es mir bei der Persönlichkeit des Kaisers Alexander nützlich erscheine, Ihm zuweilen zu zeigen, daß sich andere nicht so leicht einschüchtern lassen, um so nützlicher bei der wahren Freundschaft und dem entschiedenen Vertrauen, welche der Kaiser zu Eur. Majestät hat. Es war mir deshalb sehr lieb, eine Gelegenheit zu finden, um mich gerade Ihm gegenüber gegen dieses Einschüchterungs-System entschieden auszusprechen, und ich wage zu hoffen, daß ich hiermit der Allerhöchsten Intention Euer Königl. Majestät nicht entgegen gehandelt habe.“ Das hatte Reuß in der Tat nicht. Von Bismarck erhielt er ein lobendes Telegramm<sup>76</sup>: „Seine Majestät der König ist in hohem Grad befriedigt von Ihrer Äußerung gegen S.M. den Kaiser Alexander“. König Wilhelm „vertraue zugleich darauf, daß der Kaiser ihn genügsam kenne, um zu wissen, daß er den Krieg weder suche noch fürchte; daß er alles nur meiden werde, was provocieren oder reizen könne, aber auch Preußen für stark genug halte, um unbeirrt seinen Weg zu gehen und mit Gottes Hilfe jede Einmischung Frankreichs abzuweisen. Es liege übrigens nichts vor, was Frankreich Anstoß geben könne...“. Exakt ein Jahr später ließ sich dies wahrhaft nicht mehr behaupten – nachdem Anfang Juli 1870 die „spanische Bombe“ geplatzt war und die russische Regierung sich den Fragen gegenüber sah, wie sie den Prätext Hohenzollernkandidatur beurteilen sollte und ob sie bereit war, nach Bismarcks Regie auch einen großen Krieg zu riskieren.

---

<sup>76</sup> Bismarck an Reuß, 21.7.1869, in: AAPA Russland 47, Bd. 1.

### 3. Vom Planspiel zur Realität: Bismarck und Russland in der Julikrise 1870

„Und ich bin der Meinung, dass wenn sie [die preußisch-deutschen Truppen vor Paris] dorthin gelangen, Napoleon schon nicht mehr Kaiser der Franzosen ist und dass die Franzosen in Paris seinen Sturz bekannt geben, und dass er nur das bekommt, was er für alle seine Ungerechtigkeiten an uns und so vielen anderen verdient. [...] Ich denke noch immer an Sewastopol, das der Grund für den Tod meines Vaters war, und Du weißt ja, wie sehr ich ihn bis heute verehere. Ich sehe in allen diesen Ereignissen die Hand Gottes, welche die Ungerechtigkeit bestraft.“

Alexander II. in einem Brief an Katharina Dolgorukaja<sup>77</sup>

Nach dem vorzeitigen „Platzen der Bombe“ bestand für Bismarck freilich die Gefahr, dass das Projekt Hohenzollernkandidatur nicht mit einem Krieg mit Frankreich, sondern mit einem peinlichen Fehlschlag für Preußen und für das Ansehen der Hohenzollern endete. Wie sah also nun Bismarcks Krisenmanagement aus, dessen eigentliches Ziel es war, sein Konzept aus der „Diversionsdepesche“ umzusetzen und Napoleon zum Marschieren zu zwingen?<sup>78</sup> Seine Strategie war einfach, robust, ja fast schon narrensicher, und sie umfasste vor allem zwei Elemente, die Bismarck bereits in jener geheimen Depesche an Reuß in Umrissen skizziert hatte.

Erstens musste es Bismarck gelingen, in der sich entwickelnden Konfrontation mit Frankreich allein Paris die Schuld für die weitere Eskalation zuzuschieben – es musste in den Augen des restlichen Europa so aussehen, als ob die französische Regierung die Kandidatur zum Kriegsgrund aufbauschte. Zweitens musste Bismarck auch weiterhin der französischen Regierung ein rotes Tuch vor die Augen halten, sie bis zum Weißglut reizen, die Konfrontation emotionalisieren – und nebenbei die Friedenspartei im eigenen Lager schachmatt stellen.

Welche Rolle spielte vor diesem Hintergrund Bismarcks Draht nach Russland? Unmittelbar vor Ausbruch der Julikrise war der Zar bei seinem Urlaubsaufenthalt in Ems auch mit König Wilhelm und Bismarck zusammengetroffen. Welche politischen Themen genau in diesem engsten Kreis besprochen wurden, lässt sich heute nicht mehr vollständig eruieren. Sicherlich wird Bismarck wenig erfreut über Alexanders Mahnung gewesen sein, die Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten weiterhin zu respektieren (und fast mochte es scheinen, als ob Bismarck dem Zaren aus dem Weg gehen wollte). Auch scheint der Zar die Lage in Frankreich momentan als eher harmlos eingeschätzt zu haben. Jedenfalls ist nicht davon auszugehen, dass Wilhelm oder Bismarck gegenüber Alexander II. konkrete Andeutungen gemacht hatten, in Spanien könnten sich die Herrschaftsverhältnisse bald schon schlagartig ändern. Eine Geheimniskrämerei unter Freunden, die Bismarck nun vor die Aufgabe stellte, für sein spanisches *Fait accompli* dennoch die volle Rückendeckung der russischen Diplomatie zu erhalten, respektive sicherzustellen, dass, für den Fall, dass sich der Krieg wirklich nicht auf ein Duell begrenzen ließ, der Zar dennoch zu seinen militärischen Zusagen stand. Dabei war Bismarck gezwungen, seinen engsten Verbündeten zumindest ein wenig in die Karten seines Krisenmanagements blicken zu lassen – nicht nur, weil dies es dem Zaren erleichtern würde, im Konfliktfall in einen „gerechten Krieg“ zu ziehen: Mitten in der Julikrise wurde Gortschakow in Berlin erwartet, er war schlichtweg auf dem Weg in die Ferien nach Wildbad. Natürlich war

<sup>77</sup> Zitiert nach: Detlef Jena, *Die russischen Zaren in Lebensbildern*, Graz 1996, S. 435.

<sup>78</sup> Eine in mancherlei Hinsicht alternative Analyse der Julikrise 1870 bietet David Wetzel, *Duell der Giganten. Bismarck, Napoleon III. und die Ursachen des Deutsch-Französischen Krieges 1870-1871*, Paderborn / München / Wien / Zürich 2005, S. 115ff. Vgl. auch die Rezension der englischen Erstausgabe dieses Werkes durch den Verfasser in: *The International History Review*, Vol. XXIV, Number 3 (September 2002), S. 653f.

es unumgänglich, dass Bismarck sich mit dem russischen Reichskanzler traf und ihn ins Vertrauen zog. Auch wenn Bismarck dem eitlen Gortschakow bereits damals aus tiefstem Herzen misstraut haben mag, er konnte sich jetzt nicht den Luxus leisten, die russische Seite quasi draußen vor der Tür, ohne diplomatische Hintergrundinformationen, stehen zu lassen. So zählten also auch die russischen Diplomaten zu den ersten, die in den Genuss von Bismarcks Beteuerungen kamen, der Staat Preußen sei an der Kandidatur nicht beteiligt, alles sei nur eine interne Angelegenheit des Hauses Hohenzollern.<sup>79</sup> Dass Überzeugungsarbeit noch zu leisten war, konnte Bismarck aus der Unterredung von Reuß mit Gortschakow vom 7. Juli herauslesen. Gortschakow hatte zwar gönnerhaft erklärt, die antipreußische Argumentation von Napoleons Botschafter Fleury zurückgewiesen zu haben, doch aus den „Ratschlägen“ des russischen Reichskanzlers ging hervor, dass er die Kandidatur selbst für unnötig und töricht hielt. Preußen, so Gortschakow, möge auf die französischen Anschuldigungen mit Mäßigung reagieren. Und Oubril hat Bismarcks Unbeteiligungsfigur offenbar niemals geglaubt: In einem Bericht an Gortschakow vom 8. Juli verwies der Gesandte auf die Spanienreise von Oberst Strantz und Rascons Besuch in Varzin – Bismarck müsse doch alles gewusst, wenn nicht sogar von langer Hand dirigiert haben, und nachträglich spiele er dann den Unbeteiligten, wie bereits in der rumänischen Causa.<sup>80</sup> Oubril mag andererseits den Franzosen unterstellt haben, seit langem insgeheim von dem Kandidaturprojekt gewusst zu haben. Von Rascon erfuhr Oubril auch einiges zur Rolle Salazars; und natürlich könne niemand ernsthaft behaupten, dass die Sigmaringer Hohenzollern nicht Teil des preußischen Herrscherhauses seien.<sup>81</sup> Allerdings unterschätzte Oubril zu Beginn der Julikrise die Sprengkraft der Kandidaturfrage – die Cortes würden den Hohenzollern sowieso ablehnen, und Bismarck würde zwar den französischen Forderungen nicht nachgeben, aber auch nicht mutwillig Öl ins Feuer gießen (diese Hoffnung habe auch er, notierte der Zar in einem Randkommentar). Russland könne sich zur Rolle eines unbeteiligten Beobachters gratulieren, schrieb Oubril nach Petersburg – ob er das selbst glaubte, mag man bezweifeln (noch am gleichen Tag berichtete er von Gerüchten, Napoleon werde Benedetti abberufen<sup>82</sup>). Jedenfalls wusste er, dass Alexander sicherlich nichts über preußische Kriegstreibereien in seinen Berichten aus Berlin lesen wollte. Daher mag Oubril auch dankbar dafür gewesen sein, seiner Zentrale über das offensichtliche Desinteresse Österreichs an einer Konfrontation berichten zu können.<sup>83</sup> Und wengleich Oubril Bismarcks Unschuldsbeteuerungen misstraute – gleichzeitig schätzte er die Kammererklärung Gramonts vom 6. Juli als so feindselig und verheerend undiplomatisch ein, dass Bismarcks Winkelzüge dagegen zurücktreten mussten. Der populistische Charakter der Politik Gramonts und Olliviers konnte bei der russischen Hocharistokratie nur Abscheu hervorrufen, ganz zu schweigen von den Reminiszenzen an das Jahr 1812 und den Krimkrieg. Für die Regierung Alexanders II. blieb Frankreich seit dem Krimkrieg und dem polnischen Aufstand der alte Feind, und so akzeptierten seine Diplomaten die Bismarckschen Schuldzuweisungen an Paris. Nach einem Gespräch mit Thile fand Oubril eine Einschätzung, die im Lichte der preußisch-russischen Entente politisch korrekt war und dennoch die Kriegsgefahren nicht untertrieb: Die preußische Regierung lege es nicht auf einen Waffengang an, aber man sei militärisch absolut bereit, und daher nicht gewillt, die überzogenen Forderungen und Ehrverletzungen der französischen Regierung einfach hinzunehmen.<sup>84</sup> In diesem Zusammenhang hatte Thile auch die Bedrohungsfigur bemüht, dass Frankreich bereits mit seinen Linientruppen, noch vor Durch-

<sup>79</sup> Vgl. Becker, Bd. II, Dok. Nr. 694.

<sup>80</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow, 8.7.1870 (= Becker, Bd. II, Dok. Nr. 727B).

<sup>81</sup> Oubril (Berlin) an Westmann, 10.7.1870, Clark Collection Rp 70.2.

<sup>82</sup> Oubril (Berlin) an Gortschakow, Telegramm, secret, 8.7.1870, Clark Collection, Rp 70.2.

<sup>83</sup> Oubril (Berlin) an Westmann, 10.7.1870, Clark Collection, Rp 70.2.

<sup>84</sup> Oubril (Berlin) an Westmann, 10.7.1870, Clark Collection, Rp 70.2.

führung der Mobilmachung, angreifen könnte – Oubril mochte dabei an seine Gespräche mit Moltke bzw. Bismarck aus dem Jahre 1868 zurückgedacht haben.<sup>85</sup>

Alexander II. wollte dem allen nicht mehr tatenlos zusehen, zu hoch erschien ihm das Risiko, von Bismarck ungefragt in einen Krieg hineingezogen zu werden, und dies ausgerechnet durch eine Thronkandidatur, die dem Zaren als die ultimative Dummheit erschien. Dies machte er Reuß in unmissverständlichen Worten deutlich, als er den Gesandten am 9. Juli in Krasnoje Selo zu einer längeren Unterredung empfing:<sup>86</sup> Die Sigmaringer Hohenzollern hatten sich schon durch das rumänische Abenteuer Carols die Abneigung des Zaren zugezogen, und Alexander habe eigentlich gedacht, „daß die Fürstliche Familie bereits an dem rumänischen Thron genug haben dürfte, um nicht dasselbe Experiment noch einmal zu versuchen.“ Bei aller Missbilligung der französischen Rhetorik – wie schon im Sommer 1869 mahnte Alexander II. dazu, Napoleon keinen „Prätex“ zum Krieg zu geben. Alexander verhielt sich geschickt und tat so, als ob er tatsächlich annehmen würde, Wilhelm I. hätte Leopold niemals seine Einwilligung gegeben: Nein, sein Onkel hätte doch niemals so töricht sein können, wo es doch für jeden sofort ersichtlich hätte sein müssen, dass die Kandidatur ein enormes Kriegsrisiko in sich barg. Reuß referierte: „Er, der Kaiser, glaube nicht, daß Eure Majestät einverstanden mit dem Entschluß des Erbprinzen sein könnten; Eurer Majestät läge es zu fern, einen Schritt zu unterstützen, der an und für sich nicht der Sympathien der alten Monarchien erfreuen könnte [sic], und der außerdem leicht zu Complicationen zwischen Preußen und Frankreich führen könnte. Das sei die spanische Krone gewiß nicht werth. Er hoffe daher, daß Eure Majestät für den Fall, daß die Cortes den Prinzen von Hohenzollern wirklich wählen sollten, Sich von diesem Mitglied AllerhöchstIhrer Familie lossagen und jedenfalls die Königliche Zustimmung zu jenem Schritt nicht ertheilen würden. [...] Der Kaiser erwiderte mir, wenn man uns freilich Händel suchen wolle, so wäre das gar traurig, Preußen sei aber stark genug, um vor denselben nicht zurückzuschrecken. Käme der Angriff in dieser Weise von Frankreich, so würde es ganz Deutschland gegen sich haben und ein schweres Spiel finden. Aber zu wünschen wäre es, wenn einer solchen Eventualität ausgewichen, jedenfalls aber alles vermieden würde, was den Franzosen einen Prätex zu Händeln geben könnte. Daher wiederhole Er mir seinen Wunsch, Eure Majestät möchten recht deutlich zu erkennen geben und aussprechen, daß Allerhöchstdieselben nichts mit dieser Thron-Candidatur zu thun haben wollen, dann würde ein jeder Prätex verschwunden sein und Frankreich keine äußere Veranlassung haben, sich über die Regierung Eurer Majestät zu beklagen.“ Bismarck hatte bei den Ententeverhandlungen doch immer davon gesprochen, dass Preußen und Russland gemeinsame Interessen verfolgten – nun statuierte der Zar, dass die spanische Kandidatur wirklich nichts mit preußischer Staatsraison zu tun haben könne. Und bemerkenswert: Hatte Alexander bei früheren Gelegenheiten fast inflationär von der russischen Militärhilfe gesprochen, so beschränkte er sich jetzt in jener ersten Stellungnahme nach dem Platzen der spanischen Bombe auf eine seltsam unscharfe Sympathiezusicherung: Noch war von den 100.000 russischen Soldaten keine Rede.

In einem zweiten Anlauf mobilisierte der Zar auch Oubril, der Wilhelm I. ans Herz legen sollte, Leopold zum Verzicht zu bewegen<sup>87</sup>; der Kandidat solle doch erklären, er könne angesichts des französischen Widerstandes nicht in Madrid regieren. Für Wilhelm I. und Bismarck war dies eine unangenehme, ja peinliche Situation: Der engste Verbündete stellte in der Sache die gleichen Forderungen wie Frankreich? Wenn Preußen an der Thronkandidatur weiter festhalten wollte – mit welchen Argumenten konnte man dies jetzt noch rechtfertigen? Und

---

<sup>85</sup> Oubril (Berlin) an Westmann, 11.7.1870. Bismarck wies auch Reuß an, Alexander II. an jenes vertraute Bedrohungsszenario nachdrücklich zu erinnern: „Da Solms meldet, dass man in Paris Vorbereitungen trifft und angeblich einen plötzlichen Handstreich ohne Mobilmachung in Absicht habe, so werden auch wir auf unsere Sicherheit bedacht sein müssen.“ (Becker, Bd. II, Dok. Nr. 782).

<sup>86</sup> Vgl. Becker, Bd. II, Dok. Nr. 757, Anm. 1.

<sup>87</sup> Vgl. Becker, Bd. II, Dok. Nr. 831B.

würde Russland im Kriegsfall dann den casus foederis der Entente überhaupt anerkennen? Wenn Bismarck also alle seine Trümpfe in der Hand behalten wollte, wäre es für ihn eigentlich das Beste gewesen, wenn Leopold einerseits zurückgetreten wäre, gleichzeitig aber Frankreich sich weiter in die Falle hineinlocken ließ.

Vielleicht, weil ihn die doch unerwartet deutliche Missbilligung Alexanders erstaunte, hielt Bismarck an seiner Argumentation der Nichtbeteiligung fest. Ihren Höhepunkt erreichte jene Variante aus des Kanzlers Legendenschatz zum Thema Kandidatur und Kriegsausbruch am 17. Juli (an eben diesem Tag sollte Wilhelm I. seine Bitte um Bündnistreue an den Zaren senden): Bismarck schob die Hauptverantwortung Fürst Karl Anton zu und legte ihm einige jener Pro-Argumente in den Mund, derer sich Bismarck selbst bedient hatte, als er dereinst für das spanische Abenteuer geworben hatte. Gegenüber den Russen jedenfalls wusch Bismarck seine Hände in Unschuld. Josef Becker hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Oubrils Bericht über die Besprechung mit Bismarck das erste Zeugnis „für die Bismarck-Legende über die hauptsächlichste, wenn nicht ausschließliche Verantwortung der Sigmaringer Hohenzollern für die Annahme der Thronkandidatur“ gewesen sein dürfte.<sup>88</sup> Allein, beim Zaren scheint Bismarck damit weiterhin keinen Erfolg gehabt zu haben, Alexander hat diese haarspalterische Konstruktion in seiner Antwort einer entlarvenden Kritik unterzogen.

Dagegen hatte Bismarck mehr Erfolg bei der Realisierung seiner zweiten Strategie, der Verschärfung der Krise gerade nach der Aufgabe der Thronkandidatur. Bismarck war ein Meister des diplomatischen Stils, und es mag ihm vielleicht noch mehr als den anderen Akteuren in der Julikrise klar gewesen sein, dass er sein Ziel erreichte, wenn er nur die Kommunikation zwischen Paris und Berlin erschwerte, Raum für Fehler, Missverständnisse und aggressive Auslassungen ließ. So wie ein Feldherr gemeinhin bemüht ist, vor einer Schlacht das Kriegs-„Theater“ nach seinen Vorstellungen zu präparieren, bereitete Bismarck gewissermaßen die Bühne des diplomatischen Duells vor. Dazu zählten nicht zuletzt folgende Schritte:

Bismarck fasste ins Auge, einen der wichtigen Drähte nach Paris zu kappen, indem er Wilhelm I. dazu brachte, seinen Botschafter Werther, der in Bismarcks Augen zur Fraktion der „Tauben“ zu zählen schien, am 14. Juli aus Paris abuberufen und in einen für Frankreich beleidigenden „Urlaub“ zu schicken – damit dieser keine weiteren Zumutungen und Insulten der französischen Regierung an Wilhelm I. weiterleiten müsse, so erläuterte es Bismarck gegenüber Oubril; wenn Gramont eine weitere Forderung habe, möge er sie durch seine französischen Diplomaten in Berlin oder Ems artikulieren. „Die Lösung der Sache durch den Rückzug des Erbprinzen macht hier auf die durch die Gramontschen Drohungen verletzte öffentliche Meinung keinen günstigen Eindruck. Man erwartet wenigstens eine genughuende Erklärung für die Gramontschen Reden, und um diesem Gefühl Rechnung zu tragen, schlage ich ehrfurchtsvoll vor, daß S.M. den Baron Werther veranlasse, auf Urlaub zu gehen. Meiner Auffassung würde es entsprechen, wenn das Motiv nicht verschwiegen würde.“ So schrieb Bismarck in einem Telegramm an König Wilhelm vom 12. Juli, welches ihm kurz vor der Promenade am 13. Juli mitgeteilt wurde.<sup>89</sup> Gegenüber dem russischen Gesandten erklärte der Kanzler, dies alles geschehe natürlich nur, um den Frieden zu erhalten<sup>90</sup> – doch in Wahrheit hatte Bismarck ein ganz anderes Motiv:

Tatsächlich war er bestrebt, die bilateralen Verhandlungen auf die Begegnungen zwischen Napoleons Botschafter Benedetti und Wilhelm I. zu begrenzen, zu kanalisieren. Wenn der Auslöser des Krieges nämlich nicht in realen, handfesten nationalen Interessenskonflikten zu finden war, sondern primär in verletzten Emotionen, dann würde es ein leichtes sein, aus dem alten Monarchen in Ems ein Opfer französischer Belästigungen und Beleidigungen zu machen. Die Beleidigung eines Staates, das war eine abstrakte Figur, mit der im Grunde nur Diplomaten und Politiker unmittelbar etwas anfangen konnten – doch unter der Beleidigung

<sup>88</sup> Becker, Bd. III, Dok. Nr. 873B. Vgl. insbesondere Anm. 2.

<sup>89</sup> Becker, Bd. III, Dok. Nr. 826, Anm. 1.

<sup>90</sup> Vgl. Becker, Bd. III, Dok. Nr. 862C.



eines greisen Königs im Urlaub, darunter konnte sich alle Welt und auch der kleine Mann auf der Straße etwas Plakatives vorstellen.

Als Option B hatte Bismarck aber noch etwas anderes vorbereitet, um die französische Regierung vor den Kopf zu stoßen (gerade so kurz vor dem Nationalfeiertag): Er stellte in Aussicht, von Paris „Erklärungen“ einfordern zu wollen; im eigenhändigen Konzept eines Schreibens vom 13. Juli hätte Bismarck beinahe das magische Wort niedergeschrieben, welches sich hinter diesem diplomatischen Euphemismus verbarg: der Kanzler halte es für nötig, dass „wir eine Aufforderung *ulti[mativ]* an Frankreich richten, sich über seine Intentionen gegen Deutschland zu erklären.“<sup>91</sup> Ultimatum – den Begriff strich Bismarck zwar wieder aus, doch dies war es, was er im Auge hatte.

Welchen Eindruck jene Winkelzüge hin zur Eskalation auf die Freunde Preußens machen würden, das konnte Bismarck gerade in seinen Unterredungen mit Oubril und Gortschakow austesten: Gortschakow traf am Morgen des 12. Juli in Berlin ein, und wenn Bismarck sich bislang geziert hatte, von Varzin nach Berlin zu fahren, so hätte es die russische Seite doch als eine Art von Kränkung aufgefasst, wenn Bismarck sich einem Krisentreffen mit Gortschakow verweigert hätte.

Bereits nach seiner ersten Unterredung mit Bismarck am 12. Juli referierte Gortschakow in einem Telegramm an den Zaren Bismarcks Version von einem aufdringlichen Botschafter Benedetti – Wilhelm wurde vom Kanzler in die Rolle eines Beleidigten und Gedemütigten manövriert.<sup>92</sup> Am 13. Juli suchte Bismarck Gortschakow erneut auf:<sup>93</sup> Im Gespräch mit dem Russen strich er die Unterredung zwischen Benedetti und Wilhelm in Ems verbal auf eine Szene von „ungebührlicher Forderung und Abweisung“ zusammen – dies war quasi die russische Version der Emser Depesche. Ferner warb Bismarck dafür um Verständnis, dass er nun, nach dem Ende der Kandidatur, seinerseits von Gramont Antworten über die aktuellen Absichten Frankreichs respektive Nichtangriffsgarantien verlangen müsse; und dass, wenn jene Antworten aus Paris nicht zufriedenstellend seien, der Reichstag einberufen werden müsse, um die notwendigen finanziellen Mittel für die Generalmobilmachung zu erhalten.

Bismarck bediente sich dabei jener Leitmotive, die er bereits 1868 und 1869 in seinen russischen Korrespondenzen hatte anklingen lassen: die Gefahr eines französischen Angriffs mit immobilen Truppen, welche einer militärischen Vorsichtsmaßnahme des schwächeren Preußen bedurfte; und seine Intention, den Reichstag einzuschalten und die zutiefst gekränkte deutsche Öffentlichkeit zu mobilisieren – klang dies nicht wiederum nach dem Instrument der „nationalen Manifestationen“ aus der Diversionsdepesche?

Offenbar, um nicht allzu kriegerisch in Gortschakows Augen zu erscheinen, erwähnte Bismarck seinen „Kriegsrat“ mit Moltke und Roon vom Vortag: Bismarcks Darstellung würde man heute auf die Kurzformel „guter Preuße - schlechter Preuße“ bringen können: Es seien die Militärs gewesen, die ein sofortiges Losschlagen gefordert hätten, während Bismarck den Präventivkrieg prinzipiell und auch aus moralisch-religiösen Gründen ablehne.

Ob Gortschakow dies alles tatsächlich glaubte, wird man bezweifeln können. Aber zu einer preußenkritischen Berichterstattung an den Zaren scheint ihm andererseits der Mut gefehlt zu haben, und so lobte er gegenüber Bismarck und in seiner Depesche an Alexander die Langmut König Wilhelms (Bismarck fand die Idee des Russen glänzend, die anderen Großmächte sollten Wilhelm für seine friedfertige Haltung ausdrücklich loben). Im Gefolge Gortschakows schwenkte auch der bislang eher kritisch oder neutral berichtende Oubril (vorerst) ins Lager der Bismarckanhänger über.<sup>94</sup> Nur einmal, am 15. Juli, nahm der Gesandte sich die Freiheit,

<sup>91</sup> Vgl. Becker, Bd. III, Dok. Nr. 854, Anm. 6.

<sup>92</sup> Gortschakow an Alexander II., 12.7.1870, Telegramm, - secrète -, in: Clark, Bismarck, Russia, and the Origins of the War, S. 200f.

<sup>93</sup> Vgl. das Telegramm und die ausführlichere Depesche Gortschakows an Alexander II., beide vom 13.7.1870, in: Clark, Bismarck, Russia, and the Origins of the War, S. 201f.

<sup>94</sup> Vgl. Becker, Bd. III, Dok. Nr. 862D.

über die Gemütsverfassung Bismarcks sehr genau zu berichten: Ungeachtet der ernsten Lage sei Bismarck doch ruhig und heiter aufgetreten: Gesundheitlich könne es ihm gar nicht besser gehen, die Wehwehchen, unter denen er zuvor gelitten habe, seien scheinbar vergessen. Bismarck habe auch keinen Hehl daraus gemacht, dass ihm der Krieg jetzt eigentlich wie gerufen komme: Wenn der Krieg mit Napoleon, wie allenthalben behauptet werde, unvermeidlich sei, so sei es besser, ihn jetzt auszufechten, als zu einem späteren Zeitpunkt.<sup>95</sup> Vielleicht im Lichte jener Erfahrung bemerkte Oubril später, Bismarck sei keineswegs völlig aufrichtig gegenüber Russland aufgetreten; und der Zar pflichtete ihm in einer Marginalie bei.<sup>96</sup>

Eigentlich bildete die Emser Depesche nur den krönenden Abschluss in Bismarcks taktischem Spiel, seit dem Platzen der spanischen Bombe und insbesondere seit der Aufgabe der Kandidatur in seinen engen Kontakten mit der Regierung Alexanders II. Frankreich als den Alleinschuldigen, als den Kriegstreiber hinzustellen. Nun wollte Bismarck die Früchte seiner PR-Arbeit ernten, und von Alexander II. eine klare Antwort erhalten, ob jener wirklich zu seinem Versprechen der Waffenhilfe stehen würde.

Den ersten Schritt tat der Kanzler selbst, als er am 14. Juli Oubril aufsuchte und den Gesandten bat, zwei Fragen an seine Regierung zu übermitteln: Erstens, ob nicht Russland und England den diplomatischen Druck auf Paris erhöhen könnten – dies war freilich von Bismarck nur als kosmetische Initiative gedacht. Zweitens, ob der Zar Preußen den Rücken freihalte, falls das Duell mit Napoleon eskalieren und Österreich mobilmachen werde – „si en cas de guerre, Autriche y prenant part, nous laisserions écraser Prusse, au risque de voir Français à Berlin et Posen.“<sup>97</sup>

Nun bemühte also Bismarck jene Metaphernsprache, die 1868 Alexander und Jomini so gerne verwendet hatten, nun beschwor er die Erinnerung an die Napoleonischen Kriege herauf und malte die Gefahren eines französisch-österreichischen Zweifrontenkrieges in den düstersten Farben – wie 1806 könnte demnächst wieder ein Napoleon vor Russlands Westgrenzen stehen. Sowohl der Zar wie auch Bismarck wussten, wie man Geschichte als Argument einsetzte und emotional aufgeladene historische Analogien formulierte – die freilich mit der Realität des Jahres 1870 nichts zu tun hatten, zu drückend war natürlich die Überlegenheit der preußisch-deutschen Armee gegenüber den Truppen von Napoleons Epigonen.

Bereits im Gespräch mit Gortschakow hatte Bismarck die Gefahr einer österreichischen Mobilmachung betont (der russische Kanzler wollte dies eher bezweifeln). Am 15. Juli suchte Bismarck Oubril auf und klagte darüber, dass Frankreich bald schon mit 120.000 Mann auf linksrheinisches Gebiet vorstoßen, Saar und Mosel überschreiten könne, ehe Preußen seine Kräfte vollständig auf der rechten Rheinseite konzentrieren könne.<sup>98</sup>

Um dem Charakter der Entente als persönlichem Freundschaftsbund zwischen den Monarchen Rechnung zu tragen, verfasste auch Wilhelm I. am 17. Juli ein Bittschreiben an den Zaren, welches Reuß, der noch am gleichen Tag die Rückreise nach Petersburg antrat, zu überbringen hatte.<sup>99</sup> Der preußische König gab sich bußfertig: Ja, er wisse durchaus, dass Alexander II. das Kandidaturprojekt missbilligt habe – jetzt aber, nach Leopolds Rückzug, sei allerdings jeglicher Kriegsgrund für Frankreich weggefallen, doch offenbar wünsche die französische Regierung den Waffengang um jeden Preis. Für Wilhelm I. werde es jedenfalls ein gerechter Krieg werden, dem sich notfalls das heilige Russland mit gutem Gewissen anschließen könne. Falls der casus foederis eintreten sollte, dann könne der Zar mit der Mobilmachung seiner Truppen nicht nur Wilhelm einen Freundschaftsdienst erweisen und die Allianz

<sup>95</sup> Oubril (Berlin) an Westmann (St. Petersburg), 15.7.1870, No. 140, in: Clark, Bismarck, Russia, and the Origins of the War, S. 205f.

<sup>96</sup> Oubril an Westmann, 1.8.1870, vgl. Clark, Bismarck, Russia, and the Origins of the War, S. 207, FN 9.

<sup>97</sup> Vgl. Becker, Bd. III, Dok. Nr. 862C sowie Oubrils Depesche No. 138 an Westmann vom 14.7.1870 (Clark, Bismarck, Russia, and the Origins of the War, S. 204f.).

<sup>98</sup> Oubril (Berlin) an Westmann (St. Petersburg), 15.7.1870, No. 140, in: Clark, Bismarck, Russia, and the Origins of the War, S. 205f.

<sup>99</sup> Becker, Bd. III, Dok. Nr. 872.

Alexanders I. wieder aufleben lassen, er werde dann gleichzeitig auch in der Verteidigung der höchsten Interessen Russlands handeln: „Une défaite que la Prusse subirait par la France et par l’Autriche ne manquerait pas de porter le danger jusqu’aux murs de Varsovie.“ Die Reminiszenzen an Jena und Auerstedt, an Eylau und Friedland, an den Aufenthalt Napoleons I. in Polen – diese Schreckbilder, so hoffte Wilhelm I. ganz ähnlich wie Bismarck, würden ihre Wirkung in Petersburg doch nicht verfehlen.

Jenes Erinnerungsschreiben sollte sich freilich als überflüssig erweisen, denn am 16. Juli hatte Alexander II. gegenüber Oberst Bernhard v. Werder seine Allianztreue für den Fall der Kriegseskalation unmissverständlich bekräftigt. Bismarck bekam schon am 16. Juli durch ein Telegramm des norddeutschen Geschäftsträgers in Petersburg, Pfuel, Bescheid, und Schweinitz’ Nachfolger im Amt des preußischen Militärbevollmächtigten konnte in seinem Immediatbericht vom 17. Juli an Wilhelm I. vermelden: „Der Kaiser hat mich autorisiert, Eurer Majestät zu schreiben, daß, im Fall Österreich aus seiner Neutralität heraustreten sollte, der Kaiser eine Armee von 300.000 Mann an der Grenze aufstellen würde, um die Streitkräfte Österreichs zu parallelisieren. Sollten die kriegerischen Verhältnisse es erheischen, so würde der Kaiser eventuell zur Besetzung Galiziens schreiten. - Der Kaiser ist natürlich sehr betrübt darüber, daß der Krieg nun entschieden ist. Nachdem alles das, was er gewünscht hatte, die Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern, stattgefunden hat, steht er durchaus auf Eurer Majestät Seite. [...] Die Stimmung ist hier im allgemeinen Preußen sehr günstig. Die Mehrzahl hofft, daß der Sieg Eurer Majestät Fahne folgen wird. Es wird im Publikum als ganz selbstredend angenommen, daß Rußland eine Teilnahme Österreichs am Kriege nicht dulden wird. Natürlich spricht da der vom Krimkriege herrührende Haß mit. In Wien ist man auch der Überzeugung, daß im obigen Fall die Kosaken, wie es in der Depesche heißt, gleich in Galizien sein würden.“<sup>100</sup> Unverzüglich ließ Wilhelm I. ein überschwängliches Dankschreiben an Alexander abschicken – der Zar habe sogar mehr in Aussicht gestellt, als man in Berlin erwartet habe.

Hatte sich Alexander II. mit Gortschakow abgestimmt? Der russische Diplomat Peter Saburov (1870 als junger Mann in der russischen Vertretung in Karlsruhe tätig) hat in der Retrospektive auf jene Julitage die These vertreten, Gortschakow habe die Zusage des Zaren entschieden missbilligt, jedoch nicht verhindern können.<sup>101</sup> Handfeste Belege für jene Behauptung lassen sich aber nicht vorbringen, sie muss mit einem großen Fragezeichen versehen werden – zumal Gortschakow sich im wahrsten Sinne des Wortes zu weit entfernt von Petersburg aufhielt, um Alexander direkt beeinflussen zu können.

Werder, der nach eigenem Bekunden beim Zaren ein- und ausgehen durfte und dem der Zar Einblick in die geheimsten Depeschen gewährte, konnte auch über ein weiteres bemerkenswertes Eigentor der französischen Diplomatie berichten: Fleury habe angeblich den Auftrag, ausgerechnet den Zaren dazu zu drängen, Druck auf Wilhelm I. auszuüben.

Alexander II. war jedoch keineswegs gewillt, Bismarcks kreativen Umgang mit der Wahrheit stillschweigend hinzunehmen, und generell war er über die spanische Überraschungsaktion seines preußischen Juniorpartners alles andere als erfreut. Es sei ja gerade die innige persönliche Verbundenheit zu seinem Onkel Wilhelm, die ihm eine besonders offene Sprache erlaube, schrieb der Zar, und manche seiner Bemerkungen mögen einer verbalen Ohrfeige recht nahe

<sup>100</sup> Vgl. Becker, Bd. III, Dok. Nr. 873A, Anm. 2. Vgl. dort auch den Hinweis auf die Kürzungen der Werderschen Berichte in ihrer publizierten Fassung (Aus Jahrzehnten deutsch-russischer Freundschaft. Immediatberichte des deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg General d. Inf. Bernhard von Werder. Eingeleitet und hrsg. von Wolfgang von Werder, in: Berliner Monatshefte, Jg. 17, 1939, S. 764f.). Vgl. ferner Becker, Bd. III, Dok. Nr. 831B, Anm. 1 und Nr. 888A.

<sup>101</sup> Vgl. J. Y. Simpson (Ed.), *The Saburov Memoirs or Bismarck and Russia*, Cambridge 1929, S. 33. In einem Aufsatz aus dem Jahre 1912 hatte Saburov geschrieben: „The Chancellor, Prince Gortchakov, had, from the beginning, viewed the unification of Germany with apprehension. At the commencement of the war, he had disapproved – without being able to prevent it – of the promise, spontaneously [!] given by the Emperor Alexander, to prevent Austria from taking sides by placing two hundred thousand men [sic] on her frontier.“

gekommen sein.<sup>102</sup> Es sei schon sehr bedauerlich, dass Wilhelm geglaubt habe, ausgerechnet zu jenem spanischen Abenteuer sein Plazet geben zu müssen. Preußen hätte doch überhaupt keinen ernsthaften Nutzen daraus gewinnen können (wenn Alexander nur Bismarcks Argumentation in seinem geheimen Immediatbericht gekannt hätte!), und wie hätte ein vernünftig denkender Prinz wie Leopold nur annehmen können, er werde sich dauerhaft in Madrid halten können, unter der Feindschaft der Franzosen? Alexander erinnerte daran, wie ungleich verantwortungsvoller er damals selbst in der Causa Leuchtenberg gehandelt hatte, als er seinem Neffen untersagte, die griechische Krone anzunehmen – als Chef der Dynastie wie auch als staatlicher Souverän, Funktionen, die man ja sowieso nicht trennen könne (ergo dürfte Bismarcks Liebesmüh, die Kandidatur als rein interne Hohenzollernangelegenheit zu verkaufen, zumindest beim Zaren umsonst gewesen sein).

Folglich sah es Alexander nicht ein, Frankreich die alleinige Kriegsschuld zuzuschreiben, so wie dies Oubril und Gortschakow ja für opportun erachtet hatten – wenngleich die relativ kritische Formulierung aus Alexanders erstem Konzept („et suis le premier à reconnaître que dans la suite Votre attitude a été ce qu'elle devait être en présence d'une si étrange négociation“) in der Schlussfassung doch noch abgemildert wurde („et suis le premier à reconnaître qu'un enchaînement fatal de circonstances a rendu plus tard toute conciliation impossible sans un sacrifice incompatible avec Votre dignité et Votre honneur“).

Nun also, so der Zar, stehe Europa unweigerlich vor einem Krieg, „dont tout le monde souffrira“, und der natürlich auch sein Reich in Mitleidenschaft ziehen könne. Der Zar nannte die beiden Hauptgefahren: Entweder gebe Österreich dem Druck aus Paris sofort nach und führe direkt die Mobilmachung durch, woraufhin natürlich der *causus foederis* der Entente eingetreten sei. Oder aber, die Glut des polnischen Aufstands werde wieder angefacht, und zwar mit aktiver Hilfe Wiens – denn genau diese Absicht vermutete man in Petersburg hinter der Berufung Potockis. Krieg war in Alexanders Augen der Vater der zutiefst gefürchteten Revolution – eine Befürchtung, die der Zar auch gegenüber der österreichischen Diplomatie nicht hervorzuheben vergaß.

Es war eine seltsame Ironie der Geschichte: Am Anfang der Entente hatte die Absicht der russischen Seite gestanden, die neue Militärmacht Preußen bzw. den Norddeutschen Bund für ihre Zwecke einzuspannen, Rückversicherungen für eine Orientpolitik zu erlangen, die militärisch über ihre Verhältnisse lebte. Und nun, gut zwei Jahre später, hatte der preußische Juniorpartner das große Zarenreich am Leitseil gefasst und würde es im schlimmsten Fall in einen Krieg zur Unzeit hineinschlittern lassen. Ein Ergebnis, welches nicht nur am Ego und Selbstverständnis der östlichen Großmacht kratzte, sondern sogar in einem neuen Desaster enden konnte.

Vor diesem Hintergrund blieb Alexander II. nichts anderes übrig, als eine glaubwürdige Abschreckungskulisse aufzubauen. Im Gespräch mit Fleury drohte der Zar mit den Konsequenzen, die eine effektive französisch-österreichische Militärallianz haben würden, nämlich eine Mobilmachung Russlands. Ähnliche Signale gingen natürlich auch nach Wien. Um gleichzeitig dem vermeintlichen Druck Napoleons III. auf Kaiser Franz Joseph ein wenig entgegenwirken zu können, verband Alexander II. jene Mahnungen auch mit einer bemerkenswerten Zusicherung, einem Akt präventiver Diplomatie (Anlass war eine Bemerkung Fleurys, Preußen könnte auch Truppen gegen Österreich ins Feld schicken): Er, der Zar aller Reußen, spreche im Namen Wilhelms I. die Garantie aus, dass Preußen keine Truppen gegen ein passives Österreich werde aufmarschieren lassen. In seinem Schreiben an Wilhelm rechtfertigte der Zar das eigenmächtige Vorgehen: „Je l'ai donnée, il est vrai, sans Votre assentiment préalable, mais je la crois dans Vos intérêts et dans les miens et vu la rapidité avec laquelle les événements se suivent il n'y avait pas des temps à perdre. Il dépendra de la France de rendre un service essentiel à l'humanité et de diminuer les maux de la guerre en s'abstenant d'y

<sup>102</sup> Vgl. Becker, Bd. III, Dok. Nr. 887.

entraîner l'Autriche. Mes résolutions ont été nettement posées et portées en même temps à la connaissance de l'Empereur de l'Autriche.“ Tatsächlich mag der Zar ernsthaft ein militärisches Eingreifen der Österreicher befürchtet haben (ungeachtet des betont freundschaftlichen Charakters der Mission Erzherzog Albrechts nach Warschau Anfang Juli 1870). Darüber hinaus aber dürfte Alexander II. jene Komparsenrolle, die Bismarck den Russen zuwies, zunehmend missfallen haben – und wenn Bismarck und Wilhelm I. sich die Freiheit herausnahmen, ohne Wissen Russlands eine solch riskante Thronkandidatur auf den Weg zu bringen, dann war es nur billig, wenn der Zar im Namen Bismarcks handelte, um jenes Eskalationsrisiko ein wenig einzudämmen. Auf diese Weise blieb er wenigstens symbolisch der Seniorpartner in der Partnerschaft mit Preußen. Bei Wilhelm I. stieß dieser Schritt natürlich auf vollste Zustimmung – der König bedankte sich artig dafür, dass der Zar seine Gedanken erraten und entsprechend gehandelt habe.<sup>103</sup>

Was nun die österreichische Regierung anbetraf, so fehlte es eigentlich nicht an Gründen für die im Kronrat am 18. Juli 1870 gefällte Entscheidung, dass die Habsburgermonarchie jenem Duellkrieg (zumindest fürs erste) lediglich als interessierter Zuschauer beiwohnen sollte.<sup>104</sup> Abgesehen von den finanziellen Problemen der Habsburgermonarchie und der nicht ganz zu vernachlässigenden Tatsache, dass die österreichische Militärführung um Erzherzog Albrecht und Kriegsminister Kuhn v. Kuhnenfeld nicht einmal einen einzigen vorzeigbaren Operationsplan in der Schublade hatte: Kaiser Franz Joseph hatte sich die Mahnung Erzherzog Albrechts zu Herzen genommen, dass seine Armee derzeit über 40 Tage für Mobilmachung und Aufmarsch benötigen würde – und dann immer noch nicht wirklich kriegstauglich sei. Albrecht konzidierte durchaus, dass auch der Zar etwa zwei Monate für die vollständige Aufstellung einer Westarmee benötigen werde. Aber, so der Erzherzog, die russischen Truppen seien weit besser für einen Winterkrieg vorbereitet als die österreichischen Soldaten; im übrigen hatte Albrecht selbst bei seinem jüngsten Besuch in Warschau Anfang Juli die 50.000 Mann starke russische Präsenzarmee in Polen inspizieren können – sie ließ sich jedenfalls rasch in Richtung Galizien in Marsch setzen. Nur einer, der hitzköpfige, radikale Kriegsminister Kuhn v. Kuhnenfeld (der Intimfeind Erzherzog Albrechts), drängte auf einen Kriegseintritt, denn ein Sieg Preußens würde mit dem Zerfall der Donaumonarchie und dem Anschluss der deutschsprachigen Gebiete an Preußen enden. Natürlich bedeute dies Krieg mit Russland, aber besser jetzt, als zuzuwarten, bis sich dessen Militärmacht weiter verstärkt habe. Kuhn stellte in Rechnung, dass Russland bei dieser Gelegenheit auch die Südslawen in der Türkei zu Aufständen anstacheln würde, um türkische Truppen zu binden und einen Kriegseintritt des Osmanischen Reichs an der Seite Österreichs zu verhindern. Im Gegenzug, so der k. u. k. Kriegsminister, müsse Österreich eben in Russisch-Polen Insurrektionen in Gang bringen – dabei hatte gerade Ministerpräsident Potocki (den ja Petersburg im Verdacht hatte, einen neuen polnischen Aufstand zu planen) im Kronrat für Neutralität votiert mit der Begründung, der Zar würde mit dem Argument präventiver Revolutionsbekämpfung sofort in Galizien einmarschieren. Kleine Kriege (heute würde man dies asymmetrische Kriegführung nennen) als militärische *Diversionen* der Großmächte – ein solches Szenario konnte Franz Joseph wirklich nicht gefallen.

Wenn es aber noch weiterer Argumente gegen den Kriegseintritt bedurft hätte, so wurden sie von den österreichischen Diplomaten respektive Spionen in der preußischen Hauptstadt geliefert. Beust hatte bereits im Kronrat argumentiert, die Deutschlandreise Gortschakows lasse darauf schließen, dass Russland Preußen Hilfe anbieten werde für den Fall einer klaren Nie-

<sup>103</sup> Vgl. Dok. Nr. 887 Appendix und Nr. 889A.

<sup>104</sup> Vgl. Heinrich Lutz, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867-1871, Frankfurt u.a. 1979; Johann Christoph Allmayer-Beck, Der stumme Reiter. Erzherzog Albrecht. Der Feldherr „Gesamtösterreichs“, Graz / Wien / Köln 1997, S. 226ff. und Scott Lackey, The Habsburg Army and the Franco-Prussian War: The Failure to Intervene and its Consequences, in: War in History 2 (2), S. 151-179.

derlage oder eines österreichischen Kriegseintritts. Am 20. Juli unterrichtete Beust den österreichischen Botschafter in Petersburg, Chotek: „Nach Meldungen unseres zeitweiligen Geschäftsträgers in Berlin, die auf verlässlichen Informationen beruhen, sind zwischen dem russ. Reichskanzler und dem Grafen Bismarck Abmachungen getroffen worden, welchen zufolge Russland nicht nur Verpflichtungen übernommen hat in dem Falle in die kriegerische Action einzutreten, wenn wir uns an dem Kriege betheiligen werden, sondern auch dann, wenn das Waffenglück Preußen ungünstig wäre, so wie auch wenn auf irgend einem Punkte des preußischen oder deutschen Gebietes revolutionäre Bewegungen ausbrechen sollten.

Wie wir ferner aus einer geheimen, aber vollkommen sicheren Quelle wissen, hat der Kaiser von Russland in Berlin erklären lassen, er werde mit einem Heere von 300.000 Mann in's Feld rücken, sobald Österreich-Ungarn aus seiner Neutralität heraustritt. Unabhängig hiervon könnte wohl auch an eine Besetzung Galiziens gedacht werden und diese letztere Eventualität verdient unsere ganz besondere Aufmerksamkeit, einerseits weil sie schon längst und vielfach in Aussicht gestellt wurde, und andererseits, weil es kaum große Mühe kosten dürfte, den Kaiser Alexander mit diesem Gedanken vertraut zu machen, indem man ihm denselben als nicht gegen unsere Monarchie gerichtet, sondern als Act der Nothwehr und der Selbsterhaltung, als das einzige wirksame Mittel, möglichen Aufstandsversuchen in Polen die Stütze und Nahrung zu entziehen, darstellen könnte.“<sup>105</sup> Möglicherweise hatten die Österreicher einen Weg gefunden, Werders Telegramm nach Berlin abzufangen und zu entschlüsseln; oder aber sie hatten Zugriff erlangt auf eine Depesche Westmanns an Oubril vom 19. Juli mit ähnlichem Inhalt.<sup>106</sup>

Beust jedenfalls ermahnte Chotek zu äußerster Wachsamkeit, um erste Anzeichen von russischen Kriegsabsichten und Mobilmachungsvorbereitungen sofort zu identifizieren. Österreich werde vor diesem Hintergrund gewisse militärische Vorbereitungen nicht unterlassen können, doch peinlich drauf achten, den russischen Bären nicht zu reizen: „Unsere Haltung ist, um sie in kurze Worte zu fassen, eine für Frankreich freundliche, doch sind wir gewillt, Alles sorgfältig zu vermeiden, was irgendwie geeignet wäre, eine Interpellation oder eine Missdeutung von preußischer Seite hervorzurufen“, so fasste Beust für Chotek die politische Kursvorgabe zusammen. Ergo: Auch wenn derartige Nachrichten natürlich nicht allein ausschlaggebend waren für die österreichische Neutralitätsentscheidung, so hatte doch die russische Abschreckungspolitik offenbar ihre positive Wirkung nicht verfehlt.

---

<sup>105</sup> Beust an Chotek, 20.7.1870, - vertraulich -, in: Clark Collection, Ar 70.2. Chotek konnte nach einem Gespräch mit Westmann bald schon Entwarnung geben: In den Kreisen der russischen Hocharistokratie sei die Stimmung zwar „etwas kriegerischer“, dagegen tendiere die nationalistische Presse „seit gestern für Frankreich besser“. „Befremdliche Beorderung zweier Kosaken-Regimenter an galizische Grenze, trotzdem bittet General Fleury, unsererseits um vollkommenste Unbeweglichkeit, namentlich in Galizien, damit Russland keinen Vorwand zu Neutralitäts-Aufgeben finde. Russlands militärische Bewegungen sollen unbedeutend, bloß auf moralischen Effekt in Polen berechnet sein.“ (Chotek an Beust, 21.7.1870, Telegramm, in: Clark Collection, Ar 70.2).

<sup>106</sup> Westmann hatte geschrieben: „Très confidentiellement et uniquement pour Votre information personnelle, je crois devoir Vous dire que le 4 du courant [16. Juli] l'Em[pereur] a fait savoir au Roi Guillaume par l'entremise du Colonel Werder que, dans le cas où l'Autriche déclarait la Guerre à Prusse, Sa Maj. se chargerait de paralyser les forces autrichiennes par une armée de 300.000 hommes, et que, si les circonstances le rendaient nécessaire, Elle ferait occuper la Galicie.“ (Becker, Bd. III, Dok. Nr. 872A, Anm. 2.)

#### ***4. Sandkastenspiele: Die militärischen Planungen Russlands, Preußens und Österreichs für den Krieg im Osten***

Oder sollte man den Begriff „russische Abschreckungspolitik“ lieber ersetzen durch: das Potemkinsche Dorf Alexanders II.? Hätte der Zar denn im Ernstfall sein Versprechen gegenüber Bismarck und Wilhelm einlösen können? Alexander war für sein Faible für Uniformgepränge und Paradenherrlichkeit bekannt – von den Gesetzen und Problemen militärstrategischer Planungen hatte er freilich wenig Ahnung.

Gortschakow scheint sich da mehr Sorgen gemacht zu haben. Während er zum Treffen mit Bismarck reiste, ließ er am 12. Juli durch einen seiner Mitarbeiter Kriegsminister Miljutin um eine Einschätzung der militärischen Lage Russlands bitten.<sup>107</sup> Aus der Perspektive des russischen Außenministeriums wäre eine militärische Inaktivität Österreichs und demnach auch Russlands die optimale Lösung, und dann könne auch Preußen seine gesamte Militärmacht am Rhein konzentrieren. Doch auch den russischen Diplomaten war natürlich bewusst, dass die österreichische Armee viel rascher auf Kriegsfuß gesetzt werden konnte als die russische. Wäre also die schwerfällige russische Militärmaschinerie gezwungen, präventive Mobilmachungsschritte einzuleiten, auch wenn keine Provokationen oder Alarmsignale aus Österreich vorlagen? Sei Russland imstande, rechtzeitig die nötigen Kräfte zu versammeln, oder riskierte es, von Österreich überrannt zu werden?

Tatsächlich hatte die Armee Alexanders II. noch einen sehr langen Weg vor sich, ehe sie die Modernisierungsziele von Militärreformer Miljutin erreicht hatte. Dennoch scheint Miljutin damals jene Befürchtungen der Diplomaten zerstreut zu haben. Die russische Armee begnügte sich fürs erste mit einer Urlaubssperre und einer personellen Aufstockung der Artilleriedivisionen; zudem wurde die laufende Umrüstung auf ein neues Gewehrmodell beschleunigt.

Letztendlich war die stärkste militärische Trumpfkarte, über die Russland Mitte 1870 verfügte, jenes 50.000 Mann starke russische Kontingent, welches Alexander II. im Sommerlager in der Region Warschau zusammengezogen hatte und dessen Parademarsch er soeben einem durchaus beeindruckten Erzherzog Albrecht vorgeführt hatte.

Am 19. Juli unterrichtete Miljutin den russischen Militärattaché in Wien, Tarkow, über die Entscheidung, fürs erste keine größeren Mobilmachungsschritte zu unternehmen; umso lebenswichtiger sei es, den Beginn einer österreichischen Mobilmachung nicht zu verschlafen.<sup>108</sup>

Am 9. August 1870 legte Miljutin dem Zaren seinen Operationsplan gegen Österreich vor.<sup>109</sup> Die russische Hauptmacht von 350.000 Mann sollte in Polen aufmarschieren, eine schwächere zweite Armee von 117.000 Mann in Wolhynien eine Flankenstellung beziehen. Zusätzlich müssten weitere starke Reserveverbände nach Polen einrücken, um einen Aufstandsversuch im Keim zu ersticken, und auch die Truppen an den Grenzen zum Osmanischen Reich müssten deutlich verstärkt werden. Doch wie lange würde dieser Aufmarsch dauern? Die Mobilmachungsdauer war je nach Militärbezirk verschieden: 1867 lag sie im Kiewer Militärbezirk bei 25 Tagen, im Kaukasischen Bezirk aber bei 111 Tagen. Zum Aufmarsch gegen Österreich würde die Armee des Zaren zwischen 63 und 70 Tagen benötigen – während die russischen Militärs befürchteten, dass die Österreicher bereits nach 30 bis 33 Tagen Gewehr bei Fuß standen.<sup>110</sup>

Miljutin hielt Offensivoperationen mit beiden großen Heeresgruppen für durchführbar – etwas anderes wäre für Alexander II. kaum akzeptabel gewesen. Miljutins Ziehsohn Nikolai Obrut-

<sup>107</sup> Vgl. L. M. Sneerson, Die russische Reaktion auf den Ausbruch des französisch-preußischen Krieges von 1870, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der F. Schiller-Universität Jena, 19 (1970), S. 365-374, hier S. 368f.

<sup>108</sup> Vgl. Sneerson, Russische Reaktion, S. 369.

<sup>109</sup> Vgl. ebenda, S. 369.

<sup>110</sup> Vgl. Bruce Menning, Bayonets before Bullets. The Imperial Russian Army, 1861-1914, Bloomington 1992, S. 20.

schew, damals noch Strategie an der Militärakademie und Russlands zukünftiger Generalstabschef, teilte diesen Optimismus jedenfalls nicht: Auf dem Höhepunkt des Deutsch-Französischen Krieges kam er zu der Einschätzung, die russische Armee sei kaum angemessen auf Defensivoperationen vorbereitet, und noch weniger in der Lage, in die Offensive zu gehen.<sup>111</sup> Wie stellten sich die russischen Militärs den Verlauf jenes französisch-deutschen Duellkrieges vor? Bismarck bekam auf diese Frage bald eine erste, skizzenhafte Antwort, denn Reuß hatte seine Petersburger Kontakte spielen lassen und einen befreundeten russischen Kommandeur gebeten, sich bei seinen Kameraden umzuhören, um herauszufinden, welche Informationen die russische Militärführung bzw. die Auslandsspionage über die Pläne verfügte, „welche man in Frankreich mit Bezug auf die Kriegführung haben dürfte.“ Ob das, was Reuß nach Berlin melden konnte<sup>112</sup>, dem Kriegsbild der französischen Militärs entsprach, sei dahingestellt.<sup>113</sup> In erster Linie spiegelten jene Informationen die Erwartungen und pessimistischen Prognosen der russischen Militärexperthen und möglicherweise auch des Zaren wider (wie sie übrigens auch im Organ des russischen Kriegsministeriums und in der militärisch informierten Presse geäußert wurden)<sup>114</sup>. Manches davon klingt eher nach den langen, zermürbenden Kämpfen des Amerikanischen Bürgerkriegs denn nach einer Wiederholung von Königgrätz/Sadowa in größerem Maßstab:

Frankreich werde auf eine Ermattungsstrategie setzen und versuchen, einen langen Abnutzungskrieg zu führen, „um die Hilfsmittel Deutschlands zu erschöpfen“ – und wohl auch in der Hoffnung auf einen Kriegseintritt Österreichs und Italiens. Die russischen Militärs hielten es für wahrscheinlich, dass die französischen Kollegen auch einem regelrechten Grabenkrieg nicht abgeneigt wären: „Was die Taktik anbetrifft, so will man sich so viel als möglich eingraben, um sich vor dem überlegenen Feuer zu schützen. Dies ist auf die Veranlassung der Generale Leboef und Frossart bei der Infanterie in den letzten Monaten vielfach geübt worden und ist die Infanterie zu dem Ende mit reichlichem Handwerkszeug versehen.“

Zugleich würde die französische Marine versuchen, ihre Überlegenheit auszuspielen, nicht zuletzt durch mehrfache Vorstöße in die Ostsee, ja durch amphibische Landungen an der preußischen Küste: „Die Expedition nach der Ostsee soll nur eine vorläufige sein und im nächsten Frühjahr mit größerer Energie wiederholt werden, wenn man in Deutschland schon matter geworden.“<sup>115</sup>

Auch anfängliche Niederlagen der französischen Truppen seien einkalkuliert, man sei „auf ein Vordringen der deutschen Heere durch das Marne- und Seine-Thal vorbereitet“. Sollte dagegen Napoleons Armeen ein rascher Vormarsch gelingen, so sei beabsichtigt, Mainz zu belagern und durch ein Bombardement von 800 Geschützen – an dem auch französische Kanonenboote und Monitore auf dem Rhein teilnehmen könnten – zur Kapitulation zu zwingen.

Dies war das antiquierte militärische Denken alter Schule, welches mit Moltkes Operationsplänen gegen Frankreich nichts mehr zu tun hatte. Was aber hielt im Gegenzug der preußische Chefstrategie von dem großzügigen Angebot des Zaren? Fanden Moltkes Äußerungen im Gespräch mit Oubril vom Februar 1868 einen konkreten Niederschlag in den Aufmarschdispositionen? Welche militärische Rolle maß er in seinen Planungen für einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Österreich vor 1870 einer derartigen russischen Diversion bei? Kurz

<sup>111</sup> Vgl. ebenda, S. 19.

<sup>112</sup> Reuß an Bismarck, 30.7.1870. Dieser Bericht findet sich nicht in den Akten des Auswärtigen Amtes, wird jedoch in vollständiger Abschrift wiedergegeben bei Fritz Gempp, Geheimer Nachrichtendienst und Spionageabwehr des Heeres, Anlagen, No. 2 (BA-MA Freiburg, RW 5 / FB 2143 P und 2144 P).

<sup>113</sup> Vgl. dazu Michael Howard, *The Franco-Prussian War. The German Invasion of France, 1870-1871*, London / New York, 2<sup>nd</sup> edition 2001, S. 44ff.

<sup>114</sup> Sneerson, *Russische Reaktion*, S. 369.

<sup>115</sup> Tatsächlich gab es auf französischer Seite konkrete Absichten, amphibische Landungen mit etwa 30.000 bis 40.000 Mann (plus eventuell weiteren 30.000 dänischen Soldaten) an den Nord- und evtl. auch Ostseeküsten durchzuführen. Die Projekte wurden durch interne Streitigkeiten der französischen Militärführung torpediert und durch die schnellen deutschen Siege obsolet. Vgl. Howard, *Franco-Prussian War*, S. 74ff.



gesagt: Sie war Teil seiner Kalkulationen, und er setzte auch darauf, dass die russische Streitmacht einen Teil der Habsburgerarmee binden würde – aber er wusste andererseits auch nur zu gut um die eklatanten Schwächen der russischen Armee, und den Zaren betrachtete er wohl doch als unsicheren Kantonisten.

In seiner Denkschrift „Erste Versammlung der Armee in einem Kriege gegen Frankreich und Österreich“, deren Entwurf Moltke im Jahre 1868 zusammenstellte und die er im Januar und März 1869 nochmals überarbeitete, fand die Entente mit Russland eine versteckte Erwähnung:<sup>116</sup> Im Kampf gegen Frankreich sei das norddeutsch-süddeutsche Heer auf sich allein gestellt, „während im Osten doch voraussichtlich Rußland einen mehr oder weniger aktiven Beistand leisten dürfte.“ „Rücken wir gegen Wien vor, so hat wohl Rußland kein direktes Interesse, uns dabei zu helfen; anders aber, wenn die Österreicher Berlin bedrohen.“ Moltkes Aufmarsch- und Operationsplan sah vor, mit 10 Korps gen Westen zu ziehen, während 3 Korps plus Landwehr (120.000 Mann) notfalls eine hinhaltende Defensive gegen eine österreichische Invasionsarmee zu führen hätten: „Wollte Österreich seine ganze Macht gegen uns wenden, so würde Russland völlig freie Hand behalten, etwaige Absichten im Orient durchzuführen; Österreich kann die Wallachisch-Moldauische Grenze schwerlich von Truppen ganz entblößen.“ Moltke vermutete, dass der Zar sicherlich eine Streitmacht im Raum Tschenschau entlang der strategischen Bahn Warschau-Kattowitz versammeln werde, allein schon, um polnische Aufstandsversuche im Keim zu ersticken. Österreich freilich käme dann nicht umhin, eine Beobachtungsarmee bei Olmütz zu dislozieren; und dennoch würde eine österreichische Invasion Schlesiens „ernsthaft gefährdet“ sein, wenn sich jene russische Armee in Polen zum aktiven Eingreifen entscheiden würde.

Als es andererseits darum ging, ob die preußischen Verteidigungslinien gegen Habsburg sich entlang der Elbe oder der Oder ausrichten sollten, beurteilte Moltke die Oder-Variante samt eine Vereinigung mit einem Heer Alexanders II. eher negativ: Es bleibe zu erwägen, „dass die Russische Hülfe nur eine eventuelle, und dass es misslich ist, sich einem stärkeren Verbündeten unmittelbar anzuschließen.“ Besser sei es, das preußische „Defensionsheer“ auf die Elb- linie zu basieren, während gleichzeitig auch die bayerische Armee (etwa 50.000 Mann) nicht am Feldzug gegen Napoleon III. teilnehmen, sondern „sich am unteren Inn versammeln“ sollte<sup>117</sup>. Damit wären die österreichischen Strategen vor eine unangenehme Wahl gestellt: „Österreich kann nicht gleichzeitig die Russen beobachten, in Schlesien, in der Lausitz und in Bayern angriffsweise vorgehen. Es wird in einer dieser Richtungen schwach sein, und dort werden wird die Offensive ergreifen und so das bedrängte Nebenheer degagieren.“ Strategische Grundsatz-erwägungen, welche sich auch in Moltkes großer Denkschrift für den Krieg gegen Frankreich allein sowie gegen Frankreich und Österreich vom Winter 1868/69 bzw. Juli 1870 finden lassen.<sup>118</sup> Moltke umriss darin klar das Zeitfenster für den Zweifrontenkrieg: „In finanzieller Bedrängnis, mit schwachen Friedenskadres, braucht Österreich jedenfalls eine längere Zeit zu seinen Rüstungen, und es ist sehr wahrscheinlich, dass wir sechs bis acht Wochen freie Hand gegen Frankreich allein haben werden, wenn wird die Initiative ergreifen.“ Andererseits formulierte Moltke in jenem Memorandum auch eine Forderung, welche wie das militärstrategische Fundament von Bismarcks Diversionsdepesche anmutet: „Weder Österreich noch Frankreich sind stark genug, um mit Aussicht auf Erfolg den Krieg gegen Norddeutschland ohne Bundesgenossen aufzunehmen. Beginnen die Rüstungen in Österreich, so ist der Augenblick für uns gekommen, um Frankreich den Krieg zu erklären. Der Schein der

<sup>116</sup> Moltkes Militärische Werke, hg. vom Großen Generalstabe, Abteilung Kriegsgeschichte, Berlin 1897, Militärische Korrespondenz, dritter Teil, S. 98ff., hier S. 108f.

<sup>117</sup> An dieser Stelle fügte Moltke mit Nachdruck hinzu: „Womit wir uns aber nicht einverstanden erklären würden, wäre eine Versammlung der Bayern etwa im verschanzten Lager von Ingolstadt, behufs passiven Zuwartens.“

<sup>118</sup> Moltkes Militärische Werke, hg. vom Großen Generalstabe, Abteilung Kriegsgeschichte, Berlin 1897, Militärische Korrespondenz, dritter Teil, S. 114ff.

Aggression darf davon nicht abhalten, denn wir dürfen sicher sein, dass jene Rüstungen nicht stattfänden, ohne daß ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte fest beschlossen ist, für welches Frankreich nur noch die erforderliche Zeit dem Alliierten lässt.“ (Diese Passagen waren sicherlich schon Teil der ersten Fassung vom Winter 1868/69!) Bismarcks Diplomatie und Moltkes Operationsplanungen – beiden war ein gewisses präventives respektive präemptives Kalkül alles andere als fremd.

Eine Stärkeeinschätzung der russischen Armee in den Jahren vor 1870 aus der Feder Moltkes ist uns nicht erhalten geblieben, aber es darf bezweifelt werden, dass er vor dem Deutsch-Französischen Krieg die Streitmacht Alexanders II. positiver beurteilte als in seiner Denkschrift vom April 1871 – dann freilich zählte Russland bereits zum Lager der potentiellen Gegner.<sup>119</sup> Russlands Westarmee verfüge maximal über eine Stärke von 325.000 Mann in 27 Divisionen – von denen aber für offensive Operationen bestenfalls 240.000 Mann zur Verfügung stehen würden, „da schon in Polen der Krieg ungefähr so geführt werden muß, als wäre das russische Heer in Feindesland. [...] Man darf wohl behaupten, dass Russland für einen Angriffskrieg verhältnismäßig schwach organisiert ist. [...] Sonach darf angenommen werden, dass Russland nicht leicht einen Krieg (außer etwa gegen China oder Persien) führen wird, wenn es nicht einen Verbündeten im westlichen Europa findet.“ Zum Vergleich: Österreich zog 1866 immerhin mit 340.000 Soldaten ins Feld, und mit einer derartigen habsburgischen Streitmacht rechnete der Preußische Generalstab auch zwischen 1868 und 1870.

Vielleicht hatte Moltke ja auch ein anonymes Memorandum mit der Überschrift „Kurzer Ueberblick über den Zustand und die Kriegsbereitschaft der Russischen Armee“ gelesen, welches Reuß am 3. September 1870 an Bismarck schickte<sup>120</sup>; Reuß sprach von einem „bemerkenwerthen Aufsatz [...], welcher auf meinen Wunsch von sachkundiger Seite angefertigt worden ist und der mit meinen eigenen Beobachtungen übereinstimmt.“ Das Fazit jener Studie, welche auf Abekens Anweisung auch dem Generalstab übersandt wurde, war alles andere als schmeichelhaft für Alexanders Heeresmacht: „Zu einer beweglichen Kriegführung, selbst bei vollständiger vorhergegangener Organisation und Ausrüstung – einer europäischen, strategisch und taktisch gut geführten Armee gegenüber – ist die russische Armee unfähig nach allen Richtungen hin, und dürfte es schwer sein sich auch nur annähernd ein Bild davon zu machen. Selbst der gute Wille des gemeinen Mannes könnte, wie bei Sewastopol, das Fehlende nicht ausgleichen, es würden Katastrophen eintreten an die man nicht geglaubt hat; alles Prahlen und Großthun würde wie eine Seifenblase platzen.“ Nur im Defensivkrieg und der Verteidigung russischer Erde könnte die Armee eine gewisse Kampfkraft entwickeln. „Der preußischen Armee gegenüber auf dem Schlachtfelde nur in doppelter Zahl, auf dem Kriegstheater aber in dreifacher, wäre ein Widerstand, aber kein Sieg denkbar, besonders, wenn der Feind es verstünde, dauernd die russische Armee zu Bewegungen zu zwingen. Feuergefecht in geschlossener Ordnung hielte die Infanterie nicht aus, da sie dazu nicht geübt und zu wenig Disziplin besitzt. Vor den Waffen der preußischen Armee haben die Offiziere Respekt und Angst; dass man mit der Organisation und den Zuständen nicht konkurrieren kann, fühlt Jeder und sagt Mancher. Gern in einen Krieg zöge wohl nur der kleinste Theil der Offiziere, bei denen zu diesem Bewusstsein noch ökonomische Familiensorgen in hohem Maße kämen. [...] Das Land sieht aus weiterer und engerer Finanznoth mit Sorge einem Kriege entgegen; direkt gegen Oesterreich und im slawischen Geiste ausgesprochen, würde er allein populär, wenn auch nicht grade gewünscht sein. Von einer Waffenbrüderschaft mit der preußischen Armee herrscht keine Spur.“

<sup>119</sup> Vgl. Moltkes Denkschrift vom 27. April 1871: Aufmarsch gegen Frankreich und Russland, in: Stig Förster (Hg.), Moltke. Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl, Bonn / Berlin 1992, S. 598ff.

<sup>120</sup> Reuß (St. Petersburg) an Bismarck, 3.9.1870, pr. 5.9., in: AAPA Russland 48, Bd. 1: Schriftwechsel mit der Gesandtschaft zu Petersburg, sowie mit anderen Missionen und fremden Kabinetten über die inneren Zustände und Verhältnisse Russlands. Depeschen, 1.1.-31.12.1870 = R 9867.

Ein Einschätzung, die Moltke in diesem oder jenem Punkt auch unterschrieben hätte. In einer anderen Frage irrte der Generalstabschef allerdings, denn Moltke scheint bei seinen worst-case-Planungen den österreichischen Kameraden mehr Wagemut zugetraut zu haben, als jene tatsächlich an den Tag legten:

Erzherzog Albrecht hatte von einem sofortigen Kriegseintritt Österreichs abgeraten, er wusste nicht nur um die Schwächen der eigenen Armee, ihre langsame Mobilmachungs- und Aufmarchgeschwindigkeit: Seine Mission nach Paris im Februar 1870 hatte seine geringe Meinung von der Schlagkraft des weit überschätzten Napoleonischen Heeres eher noch verstärkt – ganz zu schweigen vom Misstrauen Albrechts gegenüber der Person des französischen Kaisers.<sup>121</sup> Abgesehen davon konnte er sich mit den französischen Generälen nicht auf eine gemeinsame strategische Stoßrichtung einigen.

Die französische Generalität hatte sich natürlich enttäuscht darüber gezeigt, erst nach etwa sechs Wochen mit einem österreichischen Diversionsheer rechnen zu können. Im Juni 1870 war Napoleons Generaladjutant Lebrun mit dem Entwurf eines entsprechenden gemeinsamen Operationsplanes nach Wien gereist: Demnach sollte die französische Hauptmacht durch die bayerische Pfalz auf Mainz vorstoßen und sich dann mit den von Süden heranrückenden Österreichern vereinigen. Erzherzog Albrecht legte Widerspruch ein, er erwartete, dass die Franzosen gewissermaßen den Österreichern räumlich entgegenmarschieren sollen, damit sich die Anreise für die k. u. k. Armee zum gemeinsamen Treffpunkt nicht so weit gestaltete: Die französische Stoßarmee hätte demnach durch Süddeutschland vorgehen und sich im Raum Würzburg – Nürnberg mit der Hauptmacht Kaiser Franz Josephs vereinigen sollen, zum gemeinsamen Angriff auf Sachsen. Man vergleiche dies mit jenen militärstrategischen Szenarien, welche bereits Anfang 1868 zwischen Bismarck und Oubril erörtert worden waren! An eine ehrgeizige *separate* österreichische Offensive gen Schlesien oder Berlin, wie Moltke dies durchspielte, schien der vorsichtige Albrecht gar nicht erst gedacht zu haben. Und schließlich gab es für ihn zunächst wichtigere Feinde zu bekämpfen als die Preußen – nämlich Kriegsminister Kuhn v. Kuhnenfeld, dessen Einfluss auf die Armee zurückgedrängt werden musste, auch wenn man dabei das Risiko einging, die Revanche gegen Bismarck zu verschlafen.

### ***5. Die preußisch-russische Entente – eine vergessene Episode mit Tiefenwirkung***

Mit der österreichischen Passivität und schließlich mit dem preußisch-deutschen Sieg über Frankreich war die unmittelbare Geschäftsgrundlage der Entente als heimlicher Zweckehe zwischen Preußen und Russland weggefallen – und so stellt sich an dieser Stelle die Frage, frei nach dem braven Soldaten Schwejk, ob man denn schon wisse, wer gewonnen habe.

Die russische Seite hatte von Preußen viel gefordert, konnte im Gegenzug relativ wenig anbieten und hatte unter dem Strich nicht viel gewonnen: Den positiven Resultaten der Revision der Schwarzmeerklausel und eines gewissen Zeitgewinns, um die militärische Schwächephase hinter sich zu lassen, stand der Aufstieg eines beängstigend mächtigen Nachbarn in Russlands Westen gegenüber. Zugegeben, man hatte auch gewisse Einsichten in die Bismarckschen Winkelzüge erlangt, aber dies ließ für die Zukunft nicht unbedingt Gutes erwarten.

Die preußische Seite hatte relativ wenig versprochen, dies aber in eine möglichst attraktive Verpackung gehüllt und am Ende – so schien es jedenfalls für den Moment – alles richtig gemacht.

So blieb denn die preußisch-russische Schattenallianz eine Episode am Rande, die im Schatten der Geschichte verschwinden sollte – und doch entfaltete sie eine nachhaltige Tiefenwirkung: Was Bestand hatte, war etwa das latente Misstrauen in Petersburg, welches sich zur offenen Verstimmung steigerte, als Alexander II. die deutsche Solidarität einforderte, und nun

---

<sup>121</sup> Vgl. Allmayer-Beck, *Der stumme Reiter*, S. 216-228.

Bismarck nicht liefern wollte. Russland konnte 1877 endlich den lange vorbereiteten Krieg gegen das Osmanische Reich führen, wurde aber aus seiner Sicht am Grünen Tisch des Berliner Kongresses um die Früchte des Sieges gebracht: Wie halte Bismarck es mit der russischen Expansion im Osten, lautete stets die Gretchenfrage, und der rote Faden sollte sich von der Schattenallianz über die „Doktorfrage aus Livadia“ des Zaren (nun bemühte die russische Seite das Argument der nationalen „Würde“) bis hin zu Bismarcks diplomatischem Geniestreich (respektive Kartenhaus) des Rückversicherungsvertrages spannen.

Nicht zu vergessen die militärstrategischen Dimensionen. Ende 1871 mahnte Miljutin dringend dazu, Russlands bewaffnete Macht müsse sich am Vorbild der preußischen Armee orientieren:<sup>122</sup> Von den Preußen lernen, heißt siegen lernen – allein, bereits damals zeigte Obrutschew noch eine andere Alternative auf, um die Langsamkeit und Unterlegenheit der russischen Heere bei Mobilmachung und Aufmarsch zu kompensieren.<sup>123</sup> Dann müssten eben in Friedenszeiten bereits starke Verbände hoher Einsatzbereitschaft nach Polen und Westrussland vorgeschoben werden, um jene chronische militärische Unterlegenheit beim Aufmarschwetlauf gegen Deutschland und Österreich auszugleichen. Es war genau jener „stille Aufmarsch“, den die russische Militärführung unter Zar Alexander III. in den späten 1880er Jahren durchführte und der – obwohl defensiv motiviert – bei den Militärstrategen in Berlin und Wien die Alarmglocken schrillen ließ. Für die deutsche Kriegspartei um Waldersee und Prinz Wilhelm waren sie der passende Vorwand, um durch einen Präventivkrieg gegen das Zarenreich sich jenes Gegners rechtzeitig zu entledigen, ehe eine Koalition aus Frankreich und Russland in Zukunft nicht mehr durch einen kurzen Krieg niedergeworfen werden konnte. Ende Dezember 1887, als die Gefahr eines Krieges zwischen dem Deutschen Reich und Österreich einerseits und dem Zarenreich andererseits ihren Höhepunkt erreichte, schrieb Bismarck in einem sekretierten Erlass an den deutschen Botschafter in Wien (dessen Inhalt erneut ausschließlich zu dessen *privater Information* bestimmt war):<sup>124</sup> „Daß für uns der Krieg gegen Frankreich dem Ausbruch des russisch-deutschen Krieges unverzüglich folgen wird, ist nicht zweifelhaft: Sollte er wider Erwarten nicht von selbst eintreten, so würde es für uns mehr oder weniger geboten sein, ihn ohne Verzug herbeizuführen. Wir können einen Krieg nach Osten so lange nicht mit *voller Kraft* und *weit* über unsere Grenzen hinaus leisten, als wir noch die volle französische Macht ungeschwächt und angriffsbereit im Rücken haben. Wir wissen nicht, wie es in dem Fall dann in Frankreich aussehn wird, aber wenn unser Friede dort nicht gesicherter ist, wie heute, so wird es vielleicht geboten sein, daß wir dem Ausbruche des russisch-österreichischen Krieges unsere Kriegserklärung gegen Frankreich folgen lassen, um dann nach Sicherstellung unserer Westgrenze unsere volle Macht gegen Rußland zur Verfügung zu haben.“ Mit anderen Worten: Österreich dürfe fürs erste nicht auf die vollständige deutsche Waffenhilfe gegen Zar Alexander III. rechnen, denn zunächst habe das Reich noch ein Duell mit dem „Lieblingsfeind“ im Westen auszufechten – und das sei natürlich auch zum Wohle der Habsburger. *Klang diese Argumentation nicht seltsam vertraut?* Und der Adressat, jener Botschafter in Wien, war – eine bemerkenswerte historische Koinzidenz – kein anderer als der uns so bekannte Prinz Reuß.

Allein, die Absicht hinter Bismarcks Botschaft des Jahres 1887 war eine andere als in den Jahren 1868 und 1869: Nun galt es vielmehr, den österreichischen Bundesgenossen durch eine

<sup>122</sup> Vgl. die Denkschrift von Kriegsminister Miljutin vom 31.12.1871, wiedergegeben bei: W. C. Askew, Russian Military Strength on the Eve of the Franco-Prussian War, in: Slavonic and East European Review 30 (1951/52), S. 185-205.

<sup>123</sup> Vgl. Menning, Bayonets before Bullets, S. 20.

<sup>124</sup> Bismarck (Friedrichsruh) an Reuß (Wien), 27.12.1887 (abgegangen am 29.12.), - geheim -, in: Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Thimme, Bd. 1 - 40, Reihe 1-5, Berlin 1922-27, hier Bd. 6, Nr. 1186, S. 66-69. Vgl. auch Michael Schmid, Der „Eiserne Kanzler“ und die Generäle. Deutsche Rüstungspolitik in der Ära Bismarck (1871-1890), Paderborn / München / Wien / Zürich 2003, S. 419-434.

Art kalten Wasserstrahl nach Wien von der Versuchung abzuschrecken, das Deutsche Reich in einen Krieg mit Russland hineinzuziehen; und Bismarcks Bellizismus mochte auch dazu gedient haben, den Vorwürfen der Berliner Kriegspartei, Bismarck sei auf seine alten Tage ängstlich geworden und betreibe eine schwächliche Außenpolitik, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vor 1870 agierte Bismarck als Falke im Federkleid einer Taube (dass wird gerade aus jenen russischen Korrespondenzen deutlich), am Ende seiner Kanzlerschaft musste er quasi als Taube im Federkleid eines Falken auftreten. So war Bismarck einer der wenigen Staatsmänner der Geschichte, der sich ein und derselben Argumentation und Logik bedienen konnte – einmal, um dadurch einen großen Krieg anzubahnen, und ein anderes Mal, um einen noch größeren Konflikt zu verhindern.